Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 13 Pf. für den mm Höhe u. Spalte; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle (Red.) 21045 (Verl.) 21047, (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle; Friedmann & Co., Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krod, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, 25. Januar 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 21

Notschrei der Erwerbslosen im Reichstag

„Wir wollen Arbeit und Brot!" — „Nieder mit den sozialdemokratischen Verrätern!"

Die Erwerbslosen als Schacherobjekt

für die Bildung der Großen Koalition

(Eig. Meldg.) **Berlin**, 24. Januar.

Nach einer Pause von über vier Wochen gaben sich heute die Volksvertreter ihr erstes Stelldichein im neuen Jahre. Die Frage der Regierungserweiterung ist im Moment die einzige Frage, die die Gemüter, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, ein wenig anregt. Loebe hat schon dafür gesorgt, daß keine Gebiete berührt werden, die einer Regierungserweiterung hinderlich sein könnten. Was kümmert auch die bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten die Not der Erwerbslosen, welches Interesse hätten sie wohl an der Behandlung der Groener-Geheimschrift zum Panzerkreuzer? Solche Fragen gehören jetzt nicht ins Parlament.

Um 3 Uhr begann die Sitzung. Sogleich erfolgte der Vorstoß der kommunistischen Fraktion durch Genossen Stoecker. Mit scharfen Worten verlangte er unbedingt die Behandlung der kommunistischen Interpellation, die bereits im November vergangenen Jahres eingebracht wurde, verlangte ferner die Beratung der Erwerbslosenanträge und forderte die Erklärung der Regierung zu Groeners Kriegsdenkschrift. Doch da erhob sich der alte Philisi Leicht aus den Reihen der Bayrischen Volkspartei und protestierte, und schon war

die Beratung der kommunistischen Anträge abgewürgt.

Es folgt nun als einziger Tagesordnungspunkt die Beratung eines Gesetzes über die Wartegeldempfänger. Zuerst sprach Hilferding, an dem die neue Lautsprecheranlage erprobt wurde. Genosse Torgler sprach für die kommunistische Fraktion über die Bemittelnfeindlichkeit des neuen Gesetzes.

Als nach anderthalbstündiger Beratung Präsident Loebe die Sitzung schließen wollte, sprang Genosse Torgler noch rasch zur Rednertribüne und verlangte, daß wenigstens auf die Tagesordnung der morgigen Reichstagssitzung die kommunistischen Anträge für die Erwerbslosen wie die Groener-Interpellation gestellt würden. Aber

sowohl gegen die Behandlung der Erwerbslosenanträge wie auch der Groener-Interpellation stimmten in geschlossener Einheitsfront Sozialdemokraten und Deutschnationale.

In diesem Moment erhoben sich plötzlich auf allen Zuhörertribünen die Massen erschienene Erwerbslose und riefen wuchtig in den Saal: „Wir wollen Arbeit und Brot!"

Präsident Loebe schloß schnell die Sitzung, ohne jedoch den weiteren Verlauf der Erwerbslosenkundgebung auf den Tribünen dadurch unterbrechen zu können.

Ein großes Transparent mit den Forderungen der Erwerbslosen flatterte in den Sitzungssaal.

Die Abgeordneten strömten zusammen. Händeklatschen auf den Bänken der Kommunisten. Verwirrt laufen die Sozialdemokraten umher, denn weitere Zurufe folgen: „Hier sieht man die Verräter!" „Wo bleiben denn die Gewerkschaftsführer?" Fäuste erheben sich und wütende Reden werden von den Tribünen zu den Reihen der bürgerlichen Abgeordneten gehalten. Diese versuchen zu erwidern, doch geschlossen der neue Ruf: „Wir wollen Arbeit und Brot!" Noch zehn Minuten nach Schluß der Sitzung waren die Tribünen überfüllt. Keiner wollte weichen. Eine wuchtige Demonstration. Ein

Alarmruf an alle Erwerbslosen im Reich, an die gesamte Arbeiterklasse!

Wie immer: die Staatsgewalt erschien darauf in Gestalt der Schupo des Herrn Jörgiebel. Ein Ueberfallkommando war zur Stelle. Man wollte Verhaftungen vornehmen, die jedoch durch das Eingreifen der kommunistischen Abgeordneten verhindert wurden.

Die sozialdemokratische Presse wird wieder einmal von kommunistischem „Theater" schreiben. Das wird nichts nützen. Die Erwerbslosen auf den Tribünen des Reichstages konnten mit eigenen Augen sehen und mit eigenen Ohren hören, welch Schindluder Regierung und Regierungsparteien, einschließlich der Deutschnationalen, mit ihnen treiben. Sie konnten sehen, daß

Sozialdemokraten und reformistische Gewerkschaftsführer Arm in Arm mit den brutalsten Scharfmachern

gegen die Behandlung der Erwerbslosenfragen stimmten.

Bald wird Reichskanzler Müller die Regierung der Großen Koalition vorstellen, geschaffen auf dem Hunger der Erwerbslosen und dem wachsenden Massenelend.

Doch der Ruf der Erwerbslosen von den Tribünen des Reichstags muß gehört werden von allen Erwerbslosen draußen im Lande, von allen, die noch im Betriebe stehen.

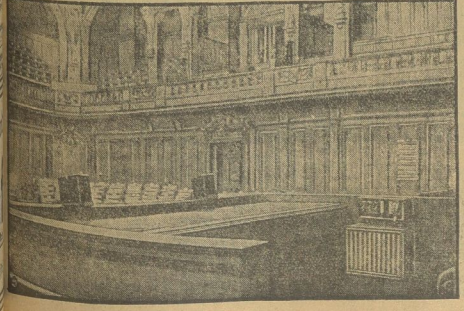
Nieder mit der Regierung!" Wir wollen Arbeit und Brot!"
„Jagt die Verräter zum Teufel!"

Schart Euch um die Kommunistische Partei zum Kampf um die Diktatur des Proletariats!

Die Erwerbslosen auf der Reichstags-Tribüne

übertönten mit ihren Stimmen die neue Lautsprecheranlage

Mit der Klingel kann es Loebe im Reichstag nicht mehr schaffen. Dieser sozialdemokratische Ordnungshüter hat sich oft — und immer vergeblich — bemüht, die Sturmglocke zu schwingen und damit heftige kommunistische Zwischenrufe zu ersticken. Aber die Stimmen der Opposition, die im Reichstag die Interessen der Arbeiter wahrnimmt, läßt sich nicht unterdrücken. Deshalb hat Loebe jetzt ein anderes Mittel ersonnen, um die Opposition nicht besonders wirksam werden zu lassen. Er hat im Reichstag eine Lautsprecheranlage anbringen lassen. Nun kann er ganz nach seinem Belieben mädchenhafte Stimmen bürgerlicher Abgeordneter oder Liebeserklärungen sozialdemokratischer Abgeordneter für die Bourgeoisie verstärken. Zwischenrufe kann Herr Loebe durch die laute Stimme des Redners übertönen lassen. Er selbst kann Ordnungsrufe nun mit seiner Donnerstimme erteilen.



Unser Bild zeigt den Präsidentenplatz mit den aufgebauten Apparaten, deren Hebel von ihm je nach Gebrauch betätigt werden können. Er ist jetzt also Präsident und Radiobastler zugleich. Die Lautsprecher sind in ganz unauffälliger Form über die Wände des Reichstags verteilt.

Unser Bild zeigt auch die Tribünen, von denen gestern die Erwerbslosen ihre Forderungen verkündeten. Diesen Zwischenrufern war allerdings Loebe nicht einmal mit seinen Lautsprechern gewachsen. Der sozialdemokratische Präsident holte sich Polizei heran, um die Erwerbslosen mit dem Gummiknüppel vertreiben zu lassen. So betätigen **sich die Sozialdemokraten für die Erwerbslosen . . .**

Bürgerblocketat der Koalitionsregierung

(Eig. Meld.) **Berlin**, 24. Januar.

Das „Berliner Tageblatt" veröffentlicht Einzelheiten aus dem Reichsetat für 1929, der in einigen Tagen den Abgeordneten zugestellt wird.

Der Haushalt des Reichstages umfaßt 8 574 750 Mark und für die Vorarbeiten zum Erweiterungsbau des Reichstages sind 450 000 Mark eingestellt worden. Der Neubau soll einschließlich der Innenausstattung 2 420 000 Mark kosten. Die noch immer bestehende Vertretung der Reichsregierung in München erfordert fast 60 000 Mark.

Im Haushalt des Auswärtigen Amtes ist wieder wie im Vorjahre unter dem Titel „Geheime Ausgaben" eine Summe von 6 Millionen Mark enthalten, die nichts weiter als einen Spitzelfonds darstellt.

Im Haushalt des Ministeriums des Innern ist die Durchführung des Schund- und Schmutzgesetzes, für die Aufrechterhaltung der drei Prüfstellen in Berlin, München und Leipzig eine Summe von 112 400 Mark gegenüber 103 920 Mark im Vorjahre enthalten.

Der Etat der Reichswehr und der Reichsmarine sieht einen Gesamtbedarf von 703 878 290 Mark vor und bleibt damit gegenüber dem Vorjahre um 22 Millionen Mark zurück. Im Etat ist die Errichtung von fünf neuen Kasernen vorgesehen, und die einmaligen Ausgaben der Marine werden vorwiegend zu Schiffsbauten verwendet. Für den Panzerkreuzer A ist im Etat die zweite Rate von 9,8 Millionen Mark angefordert worden. Der Reichswehretat ist keineswegs in diesem Jahre niedriger als im vorigen, denn im Haushalt des Reichsverkehrsministeriums werden für Zwecke der Luftfahrt 43 486 500 Mark angefordert, die ebenfalls verschleierte Kriegsrüstungen darstellen.

Diese wenigen Zahlen, die aus den ersten Veröffentlichungen des „Berliner Tageblatts" entnommen sind, charakterisieren, daß dieser Etat das Gesicht der herrschenden Klasse trägt. Diesen Etat hätte ebenso gut die Bürgerblockregierung vorlegen können. Die neuen Steuern, die der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding den werktätigen Massen zur Durchführung der imperialistischen Politik aufzwingt, müssen von den breiten Massen mit einem Proteststurm beantwortet werden.

Elsaß-Debatte in Paris

(Eig. Meld.) **Paris**, 24. Januar.

In der französischen Kammer beginnt heute die Debatte über Poincarés Politik in Elsaß-Lothringen. Dazu sind 11 Interpellationen angemeldet, und man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß die Debatte mindestens fünf Sitzungen in Anspruch nehmen wird. Poincaré wird im Namen der Regierung antworten, hat aber bereits jetzt in einem Brief an den Stadtrat von Metz die Debatte eröffnet.

Auch in Budapest fordern die Erwerbslosen Arbeit und Brot

(MTB.) **Budapest**, 24. Januar.

Etwa 150 Arbeitslose veranstalteten heute mittag vor dem Parlamentsgebäude unter den Rufen: „Gebt uns Brot und Arbeit!" eine Kundgebung. Die Polizei zerstreute die Demonstranten. Drei Personen wurden festgenommen. Die übrigen sammelten sich in Nebengassen und zogen dann über den Großen Ring, wo sie die Kundgebungen fortsetzten, bis ihnen wieder Polizei entgegentrat. Es wurden 28 Personen festgenommen, während die übrigen sich zerstreuten.

„Sowjet-Rußland in Aufruhr"

Das ist der neueste Schlager der antibolschewistischen Presse von der „Halleschen Zeitung" bis zum „Volksblatt" und zum „Volksbote". Was liegt wirklich vor? Die Internationale Pressekorrespondenz meldet aus Moskau:

„Vor einigen Tagen wurden die Mitglieder einer illegalen trotzkistischen Organisation wegen antisowjetistischer Tätigkeit verhaftet, insgesamt 150 Personen, darunter Mitpani, Pankratow, Globus, Drobnis, Kamaradje, Woronski, Gojenski, Grinstein und andere. Bei Hausdurchsuchung bei den Verhafteten wurden illegale antisowjetistische Schriften beschlagnahmt. Die Verhafteten unterliegen als der proletarischen Diktatur feindlichen Elemente strenger Isolierung."

Daraus ergibt sich also, daß die proletarische Diktatur gegen jene Gruppe ihrer Feinde, mit denen Menschewiki, Kadetten, Kulaki und Bourgeois gemeinsame Geschäfte machen wollen, mit Recht vorgegangen ist, daß es aber wieder einmal mit dem „Aufruhr" nichts ist. Die deutschnational-sozialdemokratische Antibolschewistenfront wird schon noch zeitig genug einen Aufruhr erleben, aber einen, der sich allerdings nicht in Moskau, sondern überall da abspielen wird, wo die bürgerlich-sozialdemokratische Lügenpresse **heute noch ihren Schwindel verbreiten kann.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290125-14/fragment/page=0001

Hilferding für Trustkapital und Hausbesitz

Zur ersten Beratung das Steuervereinheitlichungsgesetzes

Am Freitag beginnt im Reichstag die Beratung eines Gesetzes von weittragendster steuerpolitischer Bedeutung für den neudeutschen Imperialismus, das Steuervereinheitlichungsgesetz. Um es vorweg zu sagen: Man soll diesem Gesetz, das im Entwurf 66 enggedruckte Quartseiten zählt und dessen Begründung sogar 236 Seiten desselben Formats umfaßt, den Titel Steuerhinterziehungsvereinfachungsgesetz geben, denn es legalisiert nicht nur die berüchtigte Praxis der besitzenden Klasse, sondern es regelt sie in Zukunft von Reichs wegen. Aber darüber hinaus bescheert es nach seinem Inkrafttreten (1930) dem Hausbesitz neue Millionengeschenke auf Kosten der Mieter.

Das Gesetz umfaßt drei Steuerarten: die Grundsteuer, die Gewerbesteuer und die Hauszinssteuer (Gebäudeentschuldungssteuer), und regelt in weiteren Gesetzen die Technik des neuen Erhebungsverfahrens und schließlich die sich daraus ergebenden Veränderungen in der Personalpolitik der Steuerverwaltung (Uebertritt von Länder- und Gemeindebeamten in den Reichsdienst). Es sind Rahmengesetze, die die Besteuerungsgrundlagen und die Meßziffern der formell weiter als Ländersteuer erhobenen oben erwähnten Abgaben reichsgesetzlich festlegen und vereinfachen sollen. Es wird hier der Weg fortgesetzt, der mit der Reichssteuerreform 1925 beschritten wurde und auf dem nunmehr auch die letzten, noch nicht reichsgesetzlich geregelten Realsteuern der Länder erfaßt werden sollen. Da diese Steuern bisher ganz oder teilweise den Gemeinden übertragen werden und zu ihren Haupteinnahmequellen gehören, wird sofort klar, daß es hier um die Selbstverwaltung und die Finanzen der Gemeinden geht — und damit, auf der Ausgabeseite, um die kommunale Sozialpolitik.

Die Kommunisten lehnen alle drei Steuerarten ab, da sie auf die Massen abgewälzt werden. Das gilt sowohl für die Grundsteuer als auch für die Gewerbesteuer. Besonders aber für die Hauszinssteuer, diese unsozialste aller Steuern. Eine Durchsicht des Entwurfes und seiner Begründung zeigt, daß an dem mieterfeindlichen Charakter dieser Steuer nicht nur nichts geändert, sondern daß er sogar noch verschärft wird. Die Hauszinssteuer wird ab 1930, nachdem sie von den Ländern bisher verschieden erhoben wurde, zentral für das ganze Reich geregelt unter Zugrundelegung der Friedensmiete. Beibehalten bleibt die Verwendung dieser Steuer in der Hauptsache für den „allgemeinen Finanzbedarf", d. h. für Polizei und Justiz, auch wenn vorgeschrieben wird, daß die Hälfte der auf insgesamt 1550 Millionen Mark ab 1930 geschätzten Einkünfte zur „Förderung der Bautätigkeit" verwandt werden soll. Es bleibt wie bisher, daß diese Steuer, die in eine Sacherhaltungssteuer und eine Entschuldungssteuer zerfällt, schematisch, ohne Rücksicht auf die werktätige Bevölkerung, und ohne stärkere Heranziehung der bemittelten Schichten erhoben wird. Es kommt hinzu, daß in Zukunft keine Stundungen mehr zulässig sind, die Hausbesitzer aber erhalten noch größere Millionengeschenke als bisher, die ihnen die Mieter als Tribut darzubringen haben.

Gegen die Hauszinssteuer muß daher auch in der neuen Form der schärfste Kampf geführt werden, auch wenn die SPD. zur Verschleierung ihrer prinzipiellen Linie der steuerlichen Belastung der Massen auf angebliche „Verbesserungen" verweisen sollte. Die kommunistische Reichstagsfraktion wird nicht nur für die Beseitigung dieser Steuer mit allem Nachdruck eintreten, sondern bei Ablehnung dieses Antrages klare Aenderungsanträge stellen, die im Interesse der proletarischen Mieter liegen.

Das ganze sogenannte Steuervereinheitlichungsgesetz liegt in der Linie der immer stärkeren Massenbesteuerung einerseits und der Besitzsteuermilderung andererseits. Gleichzeitig drosselt es die Finanzen der Gemeinden noch mehr und liefert diese vollkommen dem Diktat der Industrie und dem guten Willen des „Vaters Staat" aus.

Die Gemeinden fragen nicht danach, ob eine Steuer abgewälzt wird. Für sie ist maßgebend der finanzielle Effekt einer Steuer, der sich schließlich in ihren Kassen realisiert und für kommunale Zwecke verwandt werden kann. Das kann auch nicht anders sein, solange es ein kapitalistisches Steuersystem gibt, das sich immer in der Richtung der Abwälzung der Lasten durch die Reichen auf die Armen auswirkt. Aber es gibt Steuern, die nicht oder schwerer abzuwälzen sind wie die Grund- und Gewerbesteuer, z. B. die Erbschafts-, Vermögens-, Körperschafts- und Einkommensteuer. Der kapitalistische Staat denkt natürlich gar nicht daran, diese, so weit sie wirklich den Besitz treffen, radikal zu erhöhen und hieraus größere Ueberweisungen an die Länder zu leisten, sondern verweist die Gemeinden auf die Ausnutzung der abwälzbaren Steuern. Um nur ein Beispiel zu nennen: allein die Gewerbesteuer deckt bis zu 25 Prozent der Ausgaben der Gemeinden.

Nunmehr verfolgt der Gesetzentwurf den klaren Zweck, diese Steuern zu senken. An einer Stelle der Begründung heißt es wörtlich:

„Hinsichtlich der Realsteuern wird eine klare Scheidung der Steuergegenstände . . . herbeigeführt. Zugleich werden damit für die Zeit, in der die finanzielle Lage von Reich, Ländern und Gemeinden dies gestattet, die Voraussetzungen für eine Senkung der Realsteuern geschaffen."

An einer anderen Stelle:

„Wie bei jeder Umstellung werden sich auch hier Aenderungen ergeben. Es wird Steuerpflichtige geben, die für ihre Grundstücke und gewerblichen Betriebe geringere Beträge zu zahlen haben, und es wird solche geben, für die die Umstellung zu einer Erhöhung der Belastung führt."

Das erste wird durchgängig der Fall sein und besonders den über mehrere Länder und Gemeinden sich erstreckenden Trusts zugute kommen, denn die ganze Tendenz des Gesetzes bewegt sich in der Richtung der Steuersenkung und der Schonung der Substanz der „Wirtschaft". Nun wäre es aber vollkommen falsch, zu glauben, daß eine Senkung sich preisherabsetzend oder lohnerhöhend auswirken wird, wenn sich die Summe der von den Unternehmern zu zahlenden Steuern verringert. Karl Marx sagte schon 1850: „Die Abschaffung einer alten Steuer erhöht nicht den Arbeitslohn, sondern den Profit." Dasselbe gilt natürlich auch bei der Senkung einer alten Steuer. Die exparte Steuersumme kommt der Profitrate zugute. Woraus man nur zu folgern hat, daß alle Steuerreform im kapitalistischen Staate vom Standpunkte des Proletariats an sich zwecklos ist, wenn sie nicht gleichzeitig begleitet wird vom aktiven außerparlamentarischen Kampf der Arbeiter für die Erhöhung ihres Realeinkommens, und die Steuerpolitik der Bourgeoisie nur die Notwendigkeit des Kampfes für den Sturz der Bourgeoisie demonstriert.

(Fortsetzung folgt.)

Lohnabbau in der Großindustrie

Streik — ist die Antwort . . .

(Eig. Drahtm.) Kiel, 25. Januar.

Die Direktion der Deutschen Werke in Kiel bittterte den im Betriebe beschäftigten Schweißern eine willkürliche Herabsetzung der Akkordsätze. Daraufhin trat sowohl die Früh- wie die Spätschicht geschlossen in den Streik.

. . . auch in Berlin

(Eig. Drahtm.) Berlin, 25. Januar.

Die Direktion des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf bei Berlin stellte an die Lohnkommission der Belegschaft des Betriebes das Ansinnen, in eine Akkordpreisreduzierung der Abteilung Feinblech, die bis zu 30 Prozent ausmachen würde, einzuwilligen. Die Lohnkommission lehnte diese Forderung der Direktion einmütig ab. Als die Verhandlungen gescheitert waren, erklärte der Vertreter der Direktion, daß ab Montag, den 21. Januar, rückwirkend die neuen niedrigen Akkordsätze berechnet werden, falls die Lohnkommission auf ihrer Weigerung verharrt.

Zu dieser unglaublichen Provokation nahmen die betroffenen Kollegen sofort Stellung und verließen am Mittwochvormittag um 11 Uhr den Betrieb.

Am Donnerstag früh fand eine allgemeine Belegschaftsversammlung statt. Nach dem dort gegebenen Bericht streiken 308 Kollegen und weitere 300 Kollegen aus anderen Abteilungen sind bereits ausgesperrt. Die Bewegung hat die Sanktion des DMV.

Sozialdemokraten wählen Reaktionäre

In Königswald (Sachsen) besteht eine Mehrheit von KPD. und SPD. Die letzteren haben allerdings nur zwei Mann im Gemeindeparlament. Diese stimmten bei der Wahl des Bürgermeisters nicht etwa für den von unseren Genossen vorgeschlagenen Kandidaten, sondern für den bisherigen Bürgermeister Roch, einem der übelsten Reaktionäre. Auch bei den Stellvertretermahlen stimmten die SPD.-Abgeordneten für die bürgerlichen Vorschläge, so daß ein reinbürgerliches Präsidium trotz einer kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit zustande kam. Und so was nennt sich noch Arbeitervertreter!

Republikanische Polizei schützt Streikbrecher

Schwere Provokationen der kämpfenden Textilarbeiter

(Eig. Drahtm.) Gera, 25. Januar.

Auf Drängen der Teppichweberei-Unternehmer von München-Bernsdorf entsandte die Kreisdirektion Gera am Mittwochnachmittag zwei Lastautos mit Landespolizei, welche die Stadteingänge besetzte. Die Streikbrecher wurden von den Polizisten zu ihren hundeweit entfernt liegenden Bergdörfern gebracht und gestern früh hat man sie wieder abgeholt. Derselbe Vorgang wiederholte sich am gestrigen Nachmittag. Die Polizisten benehmen sich mitsamt der aufgebotenen Gendarmerie äußerst provozierend. Sie zogen ohne jeden Grund die Passanten von den Bürgersteigen und nahmen wahllos Verhaftungen vor.

Der Arbeiterschaft hat sich große Erregung bemächtigt. Je ein sozialdemokratisches und kommunistisches Mitglied der Streikleitung begaben sich gestern zum Landtag nach Weimar, um Protest gegen die Provokationen einzulegen. Auch der nichtsozialdemokratische Bürgermeister von München-Bernsdorf erhob Einspruch gegen die Anwesenheit der Landespolizei.

Folgen der Textilarbeiteraussperrung

(Eig. Drahtm.) Berlin, 25. Januar.

Die „Vossische Zeitung" berichtet, daß die Berliner Damenkonfektion mit wachsender Sorge die Stillegung der Textilindustrie im Gera-Greizer Bezirk verfolge, weil diese Fabriken der Hauptlieferant der Berliner Damenkonfektion sind. Man befürchtet, mit der Herstellung der Sommergarderobe nicht rechtzeitig fertig zu werden. Eine ganze Reihe von Berliner Schneidermeisterstellen müssen bereits verkürzt arbeiten und es sei zu befürchten, daß der Kurzarbeit bald die völlige Betriebsstillegung folgen wird.

Auch in Plauen Textilarbeiterstreik

Jetzt haben die Textilarbeiter auch in der wichtigen Textilstadt Plauen den Kampf begonnen. Am 22. Januar trat die Belegschaft der Gardinenweberei B. u. D. Mayer, sowie die Belegschaft der Webspitzenwerke, Hartenstein, Rich. Ganz GmbH. in den Streik.

Die Plauener Textilarbeiter kämpfen trotz des verbindlich erklärten westsächsischen Textilschiedsspruches um eine Erhöhung der erbärmlich niedrigen Löhne.

Kampf ist der einzige Weg, um zu einer Lohnerhöhung zu kommen. Jetzt müssen die Textilarbeiter auf der ganzen Linie unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen zum Angriff vorgehen.

Für unser Geld . . .

Nach den „Hofnachrichten" aus Doorn wird am Sonntag die ganze Holzhackerfamilie zum 70. Geburtstag Wilhelms von „Gottes Gnaden" versammeln sein. Bei der Lebensluft, die dieser zu seinen Herrscherzeiten entfaltet hat, besteht diese Familie aus etwa 60 Mitgliedern. Außerdem werden aber noch alle jene zur Geburtstagsfeier nach Doorn fahren, die die schöne Zeit noch nicht vergessen haben. In Doorn wird es hoch hergehen. Das Schloß, in dem Wilhelm auf Kosten der deutschen Steuerzahler ein gemütliches Leben führt, soll nicht einmal für die Gäste ausreichen, so daß man die erstklassigen Hotels der näheren Umgebung für die Gäste hat reservieren lassen. Hundert Arbeiter sind allein dazu angestellt worden, um den Schloßpark zu illuminieren. Bier und Wein werden in großen Fässern herbeigeschafft.

Indessen baut der Sozialdemokrat Hilferding einen Etat zurzeit das Massenelend noch vergrößern wird.

Britische Flugzeuge und Panzerwagen sind requiriert worden, um gegen die Wahabiten vorzugehen.

Krise oder Große Koalition?

(Eig. Drahtm.) Berlin, 25. Januar.

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt zu der Frage der Regierungskoalition im Reiche:

„Es ist selbstverständlich, daß die bisherige Form des Regierens, die sogenannte lockere Bindung, ihre Grenzen hat, und es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß wir uns einem kritischen Moment nähern. Er liegt in der Notwendigkeit, den Etat zu verabschieden und für die Defizite eine Deckung zu finden. Daraus ergibt sich für den Reichskanzler die Notwendigkeit, jetzt mit den leitenden Stellen der einzelnen Parteien Fühlung zu nehmen und das Terrain zu sondieren. Mit diesen Unterhandlungen ist auch bereits am Mittwoch begonnen worden. Sicherlich werden die Sozialdemokraten, Demokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei die Frage nach ihrer grundsätzlichen Bereitschaft zur koalitionsmäßigen Bindung mit einem Ja beantworten. Nicht ganz so gewiß ist es, ob sie alle auch gewillt sind, auf eine neue Diskussion der sachlichen Voraussetzungen zu verzichten. Aber damit sind die Schwierigkeiten noch nicht beseitigt. Sie liegen jetzt insbesondere auf dem Gebiete der zahlungsmäßigen Vertretung der einzelnen Fraktionen im Kabinett. Mit diesen Schwierigkeiten aber ist es noch nicht genug. Die Volkspartei hält an ihrem Anspruch auf Hinzuziehung zur preußischen Regierung fest. Auf die Dauer werden die Parteien mit ihren Wünschen und ihren Forderungen in den Kompromißvorschlägen des Kabinetts nicht zurückhalten. Sie werden jede ihre eigenen Ersparnis- und Steuerpläne der Oeffentlichkeit unterbreiten. Das würde dann die Verwirrung auf die Spitze treiben. Das wäre dann die Krise. Und die es angeht, sollten es sich wohl überlegen, ob sie es auf diesen Ausgang ankommen lassen wollen und wie sie sich die Beendigung der Krise denken."

*

Einflußreiche Kreise der deutschen Großbourgeoisie haben weder Lust zu einer Erweiterung der jetzigen Regierung, wenigstens im jetzigen Moment, noch zur Entstehung einer Regierungskrise. So schreiben besonders die „Leipziger Neueste Nachrichten" in ihrer heutigen Ausgabe, daß nur die „Drahtzieher" Vorteile von der Großen Koalition hätten, die „Masse der Regierten" aber mit den „LNN." der Meinung sei, daß „in Deutschland schon schlechter regiert worden ist, als unter dem gegenwärtigen Kabinett. Das bedeutet also, daß die deutsche Bourgeoisie zurzeit ihre politischen Geschäfte bei Severing, Wissell, Hilferding und Müller-Franken in zuverlässigen Händen weiß, daß diese ganz im Sinne der Großbourgeoisie den Haushaltplan bearbeiten und die sonstigen Aufgaben erledigen und außerdem die Großbourgeoisie noch von der Verantwortung dafür entbinden. Es ist also sehr verständlich, daß die Bourgeoisie mindestens zurzeit kein Interesse an einer Aenderung des Regierungsverhältnisses hat. Daran ändern auch die Ausfälle nichts, die sich hin und wieder bürgerliche Zeitungen gegen die jetzige Regierung erlauben. Diese Tatsachen sollten der Arbeiterklasse allein schon zum Beweis dafür dienen, daß die Koalitionspolitik genau so eine arbeiterfeindliche Politik ist wie die des Bürgerblocks.

„Ein übles Erbe"

Getreu ihrer Rolle, das arbeiterfeindliche Treiben der sozialdemokratischen Koalitionspolitiker vor den Blicken der Massen zu verdecken, betätigen sich auch diesmal die linken sozialdemokratischen Phrasenre. „Es ist ein schlimmes Erbe, das Genosse Hilferding im Reichsfinanzministerium angetreten hat," jammert z. B. Bergholz im „Volksbote", um dann weiterhin festzustellen, daß er „objektiv genug" ist, „neben der Belastung der traurigen Bürgerblock-Erbmasse auch die Bemühungen Hilferdings anzuerkennen, dem neuen Haushaltplan ein anderes Gesicht zu geben."

Was sind diese Redensarten anderes als Versuche, dem sozialdemokratischen Arbeiter vorzuheucheln, als ob es den Panzerkreuzerministern tatsächlich noch darauf ankäme, Klassenpolitik im Interesse der Werktätigen zu machen!? Die Bemühungen Hilferdings bestehen aber tatsächlich aus nichts weiter als aus dem Versuch, auf Kosten der Steigerung der Massensteuern der Bourgeoisie Vorteile zu verschaffen. Das beweist eigentlich auch Bergholz, wenn er in seinem Artikel die Angaben der „Frankfurter Zeitung" wiederholt, nach der die Mehrbelastung des Besitzes durch Hilferdings Steuerpläne nur 84 Millionen, die der Massensteuern aber 291,5 Millionen betrage. Prompt „vergißt" Herr Bergholz dabei, daß diese Besitzsteuern nur als einmalige Steuern für das kommende Steuerjahr festgelegt worden sind, daß sich also das Steuerbelastungsverhältnis im Laufe der Zeit noch mehr als bisher zuungunsten der werktätigen Massen auswirken muß. Das verschweigt Herr Bergholz offensichtlich nur, um den vollkommen arbeiterfeindlichen Charakter der sozialdemokratischen Koalitionspolitik noch etwas zu verdecken und ihre reaktionäre Demaskierung als konsequente Fortsetzung des Bürgerblocktaktes möglichst weit hinauszuschieben.

Immerhin stellt Bergholz folgendes fest: „Am Verhältnis der Steuerlastenverteilung hat sich trotz der Koalitionsbeteiligung so gut wie nichts geändert." Gar nichts hat sich geändert. Nicht einmal die großmäulig versprochene Lohnsteuersenkung wird durchgeführt. Es wird sich eben dann erst etwas ändern, wenn das Proletariat nicht mehr im Koalitionsschlamm, sondern nur im revolutionären Klassenkampf der Bourgeoisie erfolgreich entgegentritt.

Schlimmer als in Polen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 25. Januar.

Genosse Lunartscharski, der Volkskommissar für Aufklärung usw., hatte unter dem Titel „Salamander" einen Film fertiggestellt, in dem das Unwesen des bürgerlichen Universitätsbetriebes scharf gebrandmarkt wird. Schon seit Monaten betreibt die deutsche Rechtspresse eine unbeschreibliche Hetze, um das Verbot des Films, der bereits in Warschau und anderen Städten gelaufen ist, zu erzwingen. Nicht ohne Erfolg. Die Filmoberprüfstelle hat es tatsächlich fertiggebracht, die Aufführung des Films für ganz Deutschland zu verbieten, obwohl er einer gründlichen Umarbeitung unterzogen wurde und einige der schärfsten Bildstreifen bereits entfernt waren.

Kölling und Hoffmann befördert

Die Entscheidung im Disziplinarverfahren

Im Disziplinarverfahren gegen Kölling und Hoffmann wurde folgende Entscheidung gefällt:

„Der Angeschuldigte Kölling wird wegen Dienstvergehens zur Versetzung in ein anderes Richteramt bei gleichem Gehalt unter Ersatz der Umzugskosten und zu einer Geldbuße von 50 Mark verurteilt. Die Berufung des Generalstaatsanwalts gegen die Entscheidung im Falle Hoffmann sowie die Berufungen der Angeschuldigten werden zurückgewiesen. Die baren Auslagen für das Verfahren werden zu einem Viertel den Angeschuldigten, zu drei Vierteln der Staatskasse auferlegt."

Diese Entscheidung ist eine Beförderung für die beiden Angeklagten und für die Zukunft ein Freibrief für willkürliches Schalten und Walten für jeden Staatsanwalt dieser Republik.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290125-14/fragment/page=0002

Ein Erfolg der Sowjetunion

Die „DAZ." zu den Kriegsvorbereitungen im Osten

In einer außenpolitischen Uebersicht schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 24. Januar über die Friedensaktion der Sowjetunion gegenüber Polen:

„Der Notenwechsel zwischen Moskau und Warschau hat dank der überaus geschickten Taktik Litwinows die Fadenscheinigkeit der polnischen Einwände vor der Weltmeinung bloßgestellt und zu einem offenkundigen Erfolg der Sowjetpolitik geführt."

Für das volksparteiliche Blatt ist das ein Grund mehr, um die Politik Deutschlands anzupreisen oder mit anderen Worten: die Rolle Deutschlands als eines aktiven militärischen Faktors gegenüber der Sowjetunion hervorzuheben. Die „DAZ." tut das der Form einer Verteidigung der Groenerschen Kriegsdenkschrift, wenn sie schreibt:

„Ernsthaft erörtert auch die Denkschrift die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben können, daß zwischen Polen einerseits, Litauen und Rußland andererseits offene Konflikte entstehen, insbesondere aber durch den Auftrag des Konfliktes zwischen London und Moskau. Groener weist mit Recht (!) auf die Notwendigkeit hin, daß auch unter diesen Voraussetzungen Deutschland die Möglichkeit haben muß, die Wahrung seiner Neutralität (?) im Notfall aktiv zu erzwingen."

Die sogenannte Wahrung der Neutralität ist bekanntlich nichts anderes als eine Flausel, die von den deutschen Kriegspolitikern zur Verhüllung ihrer Angriffsabsichten gegen die Sowjetunion vorgeschoben wird. Das neuerliche Bekenntnis einer so bedeutenden Zeitung, wie der „DAZ.", zur Groenerschen Kriegspolitik gegen Sowjet-Rußland muß ein Alarmzeichen sein für die werktätigen Massen, die aktive Verteidigung der Sowjetunion noch besser und entschiedener vorzubereiten und zu organisieren als bisher.

Schwerer Unglücksfall bei indischen Probemanövern

für den Einfall in Afghanistan

Ein schwerer Unglücksfall bei der indischen Armee verrät zugleich die militärische Uebungen, die jetzt in Indien vor sich gehen und im Zusammenhang mit den Ereignissen in Afghanistan stehen.

Bei Uebungen von Bombenflugzeugen in Peschawar geriet infolge eines Mißverständnisses eine Schwadron indischer Kavallerie ins Gebiet, das für die Uebungen der Flugzeuge abgesperrt war. Eine abgeworfene Bombe fiel unter die Reiter und tötete 14 Soldaten. 15 wurden außerdem verwundet und auch die Pferde gingen verloren.

An Indien wird also tüchtig geübt. Wir gehen nicht fehl in der Annahme, daß es sich um Probemanöver für den Einfall in Afghanistan handelt.

Der englische Imperialismus will das Zugangstor zur Sowjetunion also mit allen Mitteln erobern.

Die kroatische Bauernpartei zuversichtlich

Der Führer der kroatischen Bauernpartei, Matschek, gab dem Vertreter des Mailänder „Chorriere della Sera" ein Interview, dem er erklärte, daß die kroatische Bauernpartei ihre jetzige Aufstellung ebenso gut überstehen werde, wie sie das schon vor zweimal getan habe. Die Partei sei nicht nur in Kroatien stark organisiert, sondern zähle auch in den Vereinigten Staaten 200 000 Mitglieder. Das Mißtrauen gegen die neue serbische Regierung und die Befürchtung, daß Serbien das Ziel der Unterdrückung Kroatiens, das es durch den Pseudo-Parlamentarismus erreicht habe, jetzt durch die Diktatur erreichen wolle, sei in Kroatien allgemein. Der neue Versuch, die serbische Hegemonie zu errichten, werde wie alle früheren ähnlichen Versuche unweigerlich fehlschlagen. Matschek forderte abermals die Errichtung des kroatischen Parlaments und volle Autonomie Kroatiens in der Gesetzgebung und Verwaltung.

Bei der Noske-Partei gelandet!

„Den Dolchstoß der Maslow-Ruth Fischer-Scholem hat eine von der Noske-Partei schon längst korrumpierte Clique im Vorstand des „Volkswillen" zum Vorwand genommen, um den Uebergang zur KPD. zu bekleinigen."
Bartels, Mai 1928.

F.D. Die Kommunistische Partei hat den Renegaten, die ausgezogen, den Kampf um die „Rettung der Partei" zu führen — handelte es sich nun um ultralinke oder um rechte Liquidatoren — jedesmal prophezeit, daß sie entweder im Sumpfe der Sozialdemokratie oder in der völligen Indifferenz enden werden. An der eisernen Kraft unserer Partei, an ihrer Vermurzelung in den besten Teilen des deutschen Proletariats, zerschellen die Angriffe jener Leute, die unsere Bewegung als im proletarischen Sinne ungeeignet, als im Kern arbeiterfeindlich, als politisch korrupt ausgeistesen hat. Wie haben die Leute des Lenin-Bundes unsere Partei bekämpft, sie des Uebergangs zur Sozialdemokratie bezichtigt, wie gebärdeten sie sich als die wahren „orthodoxen Marxisten-Leninisten"!

Und jetzt hat sich der „Chef" des ultralinken „Volkswillen", als ihm der von uns bereits gemeldete Zusammenbruch des Lenin-Bundes jede materielle Grundlage entzog, mit einem Satz an den sozialdemokratischen Trog gesetzt. Dem Herrn Wolfgang Bartels haben wir vor Jahren seine Laufbahn vorausgesagt; wir prophezeiten ihm sogar, daß er unter gegebenen Voraussetzungen beim Faschismus landen wird. Die erste Etappe hat er schon hinter sich.

Bartels kam vom national-liberalen Frankfurter „Generalanzeiger" zur USP., von da zur KPD., wo er als Zeitungsredakteur eine untergeordnete Bedeutung hatte, bis ihn die ultralinke Opposition eine Zeitlang in den Vordergrund wirbelte. Wegen seiner betonten Kleinbürgerlichkeit und seiner Veranlagung zum Karrierismus, warf ihn die Partei aus ihren Reihen. Beim Suhler „Volkswillen" fand er als Redakteur Unterschlupf. Er mußte aber dort weichen, als die SPD. die Familie Heym samt der Zeitung für 45 000 Mark aufkaufte. Schon damals hatte Bartels gehofft, mit von der Partei zu sein. Seine Mission zur Täuschung der linksgerichteten Arbeiter war jedoch noch nicht zu Ende. Er wurde der leitende Redakteur des neuen „Volkswillen", Berlin. Heute sehen wir das Fazit des „orthodoxen" Kampfes, den er dort gegen die KPD. geführt hat. In Wirklichkeit arbeitete er von Anfang an Hand in Hand mit der „Vorwärts"-Redaktion. Jeden Arbeiter, auch jeden sozialdemokratischen Arbeiter wird der Ekel ergreifen, wenn er jetzt liest, mit welcher hündischen Ergebenheit dieser Ultra-Radikalinski von gestern heute zu „Noske" (dies Wort sprach Bartels immer mit besonderem Abscheu aus) übergelaufen ist.

Wir hoffen, daß die letzten Arbeiter, die heute noch hinter dem sogenannten Lenin-Bund stehen, die Lehre aus diesem Ende ihrer „Führer" ziehen werden und zur Partei zurückkehren. Für uns ist der Fall Bartels erledigt; die SPD. hat ein skrupelloses Subjekt mehr in ihren Reihen; ein verkappter Feind des Leninismus mehr hat das Visier gefüllt und kämpft in den Reihen von Noske jenseits der Barrikade gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.

Noch eine andere Meldung bringt der „Vorwärts": Der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Kenzler — der bei den Ultralinken noch als proletarisches Element galt — hat ebenfalls die Entdeckung gemacht, daß zurzeit nur in der SPD. für ihn etwas zu gewinnen sei (ihn hatten die badischen Arbeiter mitleidslos abgesägt). Es ist möglich, daß dem Beispiel dieser zwei Ultralinken jetzt noch weiter solcher in der revolutionären Bewegung erledigter Leute folgen werden.

Wann, Hugo Urbahns, Kilian, seid Ihr an der Reihe?
Wann, Ihr Herren Walcher, Thalheimer, Enderle, erfolgt Eure Liebeserklärung an Wels?

Schon sieht Rudert, der engste Freund von Hausen, in der offenen Tür zur Sozialdemokratie. Schon ist Rehbein führende Größe (Referent) in der SPD.-Metallfraktion. Schon ist der Leipziger Morgenstern (der engste Freund Böttchers) in der SPD.-Stadtverordnetenfraktion gelandet.

Der Start der ultralinken und rechten Liquidatoren zur „Mutterpartei" hat begonnen. Wer wird am raschesten am Ziele sein?

Aus der Partei

Drescher und König ausgeschlossen

Die Angestellten der Ortsverwaltung Halle des DMV., Paul Drescher und Georg König, sind hiermit aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen.

Drescher und König haben durch ihr Verhalten in der letzten Bewegung der mitteldeutschen Metallarbeiter den Reformisten offen Vorschub geleistet und eine parteifeindliche, die Gewerkschaftsopposition zerfetzende Linie eingehalten. (Siehe „Klassenkampf" vom 18. Januar.) Beide erklären der Bezirksleitung der Partei schriftlich,

„daß sie die Beschlüsse des vierten Kongresses der RGI. und des sechsten Kongresses der RI. und damit zugleich die Linie der Partei . . . nicht vorbehaltlos und bedingungslos anerkennen und, soweit die Gewerkschaftsfrage in Betracht kommt, ablehnen."

Die von ihnen verlangte revolutionäre Disziplin in bezug auf die Durchführung der Beschlüsse bezeichnen sie in derselben Erklärung im verräterischen Tone als „Unsinn, Phrase und Hanswurstereі". Wörtlich erklären sie in einem weiteren Schreiben an die Bezirksleitung:

„Weiter lehnen wir das Ansinnen, bedingungslos unter „Anerkennung unserer Fehler" zu kapitulieren und unsere Funktionen der Partei zur Verfügung zu stellen, mit aller Konsequenz ab."

Mit der allen Renegaten eigenen zynischen Frechheit behaupten sie weiter, „die von der Partei angewandte Taktik bei den Wirtschaftskämpfen führe objektiv und praktisch zur Stärkung des Reformismus". Dabei steht einwandfrei fest, daß ihre Haltung zur Stärkung des Reformismus geführt hat. Sie traten ein für den Burgfrieden mit dem Reformismus, für den Verzicht auf eine selbständige revolutionäre Kritik und Kampftaktik, was doch besonders heute, wo die reformistischen Führer immer enger mit dem bürgerlichen Staatsapparat verwachsen und sich immer offener zu Elementen der Erhaltung des Kapitalismus, zu Stützen der Trustbourgeoisie entwickeln, zur vollkommenen Kapitulation vor dem Reformismus und damit vor der Trustbourgeoisie führen muß.

Die politische Stellungnahme dieser Leute entspricht vollkommen den parteifeindlichen Bestrebungen Brandlers und Thalheimers, deren Politik sie konsequent in das arbeiterfeindliche Lager des Reformismus führen muß. Von der Parteileitung in sachlicher Diskussion vor die entscheidende Frage gestellt, mit uns und mit der revolutionären Arbeiterklasse vorwärts zu marschieren oder in den reformistischen Sumpf abzuwandern, haben sie selbst „mit aller Konsequenz" den letzteren Weg gewählt, sich damit außerhalb der Partei gestellt und als Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung demaskiert.

Bezirksleitung der KPD. für den Bezirk Halle-Merseburg.

Neuer Marsch nach London

(Eig. Drahtm.) London, 25. Januar.

Weit über 200 arbeitslose Bergarbeiter aus allen Teilen Schottlands haben sich gestern auf den Weg gemacht, um nach London zu marschieren. Dieser Marsch bedeutet eine machtvolle Protestaktion gegen das Hungerelend in den englischen Kohlengebieten. Die arbeitslosen Bergarbeiter Englands verlangen Abschaffung des bestehenden Arbeitslosengesetzes, das die Erwerbslosen zum Hungertode verurteilt. Durch ihren Hungermarsch nach London protestieren sie gegen die Politik der reaktionären Baldwin-Regierung und gleichzeitig gegen die verschwommene Haltung der englischen Gewerkschaften.

PETROLEUM

ROMAN VON UPTON SINCLAIR
Autorisierte Übersetzung aus dem amerikanischen Manuskript von HERMYNIA ZUR MÜHLEN

Copyright 1927 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50

Ein wirklich guter Jurist bringt alles fertig. Es soll eine kanadische Körperschaft werden, die sich nicht den Gesetzen der verschiedenen Staaten zu fügen braucht. Die Aktionäre werden letzten Endes ihre Pachten erhalten. Das Unglück ist nur, daß niemand genau weiß, was die Pachten wert sind. Peter O'Reilly und Fred Cowper wollen Verne und mich veranlassen, einen zu großen Teil der Summe zu zahlen. Verne ist wütend, sagt, sie mögen zum Teufel gehen. Deshalb soll ich eine Zeitlang in Neuyork bleiben und die Ausschüsse. Könntest Du Dich entschließen, auf das Semester an der Universität zu verzichten, vielleicht hier mit einem Lehrer zu arbeiten und das Examen erst im Herbst zu machen?"

Bunny erwiderte, ihm läge gar nichts an der Universität. „Nur eines macht mir Sorge: was hast Du mit der kanadischen Körperschaft zu schaffen?"

Der Vater erklärte, alles wäre in Ordnung, sie hätten den besten Juristen im ganzen Land.

Bunny aber fragte: „Bist Du überzeugt, daß Verne Dich nicht hereinlegen will?"

Der Vater war empört. „Wie kannst Du so etwas denken? Verne ist der beste Geschäftsfreund, den ich je gehabt habe; er ist die Ehrlichkeit selbst."

Ach, Vater, aber im Petroleumspiel gibt es keine Ehrlichkeit. Weshalb besteht Verne nicht selbst die Leute? Warum kommt er nicht nach Neuyork?"

„Aber, mein Sohn, Verne muß mit dem Streik fertig werden; er weißt doch, daß er jetzt nicht abkommen kann. Du sollest froh sein, daß er es mir abgenommen hat." Der Vater fügte naiv hinzu, daß ihn die Unternehmer nicht mit den Arbeitern verhandeln lassen wollten; er wäre zu „weich". Das Wort klang Bunny vertraut.

Es zeigte sich, daß Vi und der Vater gemeinsame Pläne gemacht hatten. Auch Vi bedurfte der Erholung. Sie wollten nach Kanada fahren, Herr Roß konnte dort seine Angelegenheiten regeln, dann wollten sie irgendwo ein Lager aufschlagen, und Vi dachte, statt des langweiligen Turnens mit Bunny durch die Wälder zu wandern und in einem schönen See zu schwimmen. Herr Roß telegraphierte an den Rektor Alonzo T. Cowper und erklärte, dringende Geschäfte zwängen den Sohn, im Osten zu bleiben. Wäre es möglich, daß Bunny im Herbst sein Examen an der Universität ablege? Herr Cowper telegraphierte zurück, die Fakultät erfülle gerne diese Bitte.

Am Morgen, nachdem all dies geregelt war, erhielt Bunny ein Telegramm. Er riß es auf. Unterschrift: Ruth Watkins. Hastig überflog er den Inhalt: Paul und Eddie Platt, Bud Stoner, Sid Duggan und vier andere aus dem Freundeskreis waren wegen Uebertretung des „Syndikalistengesetzes" verhaftet worden. Sie saßen sie im San Elido-Gefängnis, die Kaution für Paul betrug 10 000 Dollars, die für jeden der anderen 7500 Dollars. „Sie haben kein Geld, das wissen alle Leute, das Ganze verfolgt nur den Zweck, sie während des Streiks im Gefängnis zu halten. Das Gefängnis ist gräßlich, Pauls Gesundheit wird es nicht aushalten, ich bitte Sie um unserer alten Freundschaft willen, alle Kautionen aufzutreiben, brauche Ihnen wohl nicht zu versichern, daß das Geld bei unseren Jungens sicher ist."

VIII

Zuerst quälte Bunny der böse Verdacht, der Vater habe von den Verhaftungen gewußt und ihn deshalb von Kalifornien fernhalten wollen. Dann aber sah er ein, daß Vernon Roscoe das „Bolschewistennest" ausheben wollte und deshalb ihn und den Vater fortgeschickt hatte. Jedenfalls wird ihm sein Manöver nichts nützen; Bunny wird nicht gestatten, daß seine Freunde derart behandelt werden.

Der Vater war nicht daheim; Bunny zeigte Vi das Telegramm und sprach mit ihr darüber. Sie wollte wissen, was er vorhabe, und Bunny erwiderte, der Vater werde zumindest für Paul die Kaution hinterlegen müssen.

„Aber, Bunny, Du weißt doch, daß er es nicht tun kann; das hieße Vernes sämtliche Pläne in bezug auf den Streik durchkreuzen."

„Er muß es tun, Vi. Ich wäre ein Hund, ließe ich einen Menschen, wie Paul, in dem dreckigen Loch."

„Und wenn er es nicht tut, Bunny?"

„Dann muß ich heimreisen, das ist alles."

„Was könntest Du ausrichten?"

„Mich nach jemandem umsehen, der etwas Anstandsgefühl und auch ein wenig Bargeld hat."

„Diese Zusammensetzung ist nicht leicht zu finden, Liebster; ich weiß das, weil ich selbst danach gesucht habe. Außerdem würde es den Vater sehr unglücklich machen und unsere ganzen Ferien verderben. Ich habe eben von einem wundervollen Ort gehört, ein Lager, das Schmolitz am Ontario-See gekauft hat. Er selbst hat noch nie Zeit gefunden, hinzufahren. O, Bunny, ich habe mich schon so auf die schönen Tage gefreut!"

Sie umschlang ihn; er aber bemerkte sie kaum, so sehr quälte ihn der Gedanke an Paul im Gefängnis. Und er, Bunny, flieht vor den Sorgen, lungert müßig umher, lügt sich vor, er habe Ferien. Er hatte geglaubt, das soziale Problem zu verstehen, besaß ein Ideal, oder ahnte zumindest, was gut und gerecht sei. Er befreite sich aus Vis Armen, schritt auf und ab, nannte sich einen Renegaten und beschimpfte die gemeinen Gauner, die das Gefängnis von San Elido verwalteten und das Geld stählen, mit dem das Gefängnis sauber gehalten und die Nahrung der Gefangenen bezahlt werden sollte. Vi beobachtete ihn bestürzt; das war ein neuer Bunny, den sie nicht kannte.

„Sör' mich an, Liebster," unterbrach sie ihn plötzlich. „Sei einen Augenblick still und rede ruhig mit mir. Du weißt ja, daß ich wenig von diesen Dingen verstehe."

„Was willst Du?"

„Wie kannst Du bestimmt wissen, daß Paul nicht das Gesetz übertreten hat?"

„Weil ich ihn kenne. Alle seine Ideen kenne. Ich habe alles von A bis Z mit ihm besprochen, den ganzen Streik, wie er geführt werden soll, wie wichtig es ist, daß die Arbeiter als Einheit handeln. Alles andere müsse sich dieser Notwendigkeit beugen. Danach hat er auch gehandelt, und darum hat ihn Verne ins Gefängnis geworfen."

„Bist Du ganz sicher, daß Verne es getan hat?"

„Selbstverständlich, er und die übrigen vom Unternehmerkomitee. Was anders sind die Behörden von San Elido, als Laufburschen der Petroleumleute? Ehe Verne hinkam, beherrschte der Vater das Land. Ich sah mehr als einmal mit eigenen Augen, wie er den Beamten Geld gab."

„Glaubst Du nicht, es könnte vielleicht doch Beweise dafür geben, daß Paul Gewalttätigkeiten geplant hat?"

„Ich weiß nicht, was für Beweise die Leute haben. Verne sagte mir, daß es unter den Arbeitern Spitzel gibt, und ich ahne nicht, was die geplant haben; auch Verne weiß es nicht. Uebertretung des Syndikalistengesetzes. Was die Leute kriminellen Syndikalismus nennen, ist der Versuch, die Regierung zu stürzen oder mit Gewalt das bestehende gesellschaftliche System zu ändern. Aber verhaftet wird man bereits, wenn man „im Verdacht" des Syndikalismus steht. Mit anderen Worten, wenn man für eine Idee eintritt, die irgendein blöder Polizist oder ein schurkischer Beamter für gefährlich hält. Dann kommt man ins Gefängnis und bleibt dort. Die Gerichte sind überfüllt, und die Untersuchungshaft darf auf ein Jahr ausgedehnt werden."

„Das ist doch nicht möglich, Bunny."

„Es geschieht immer wieder. Ich kenne Burschen, denen es passiert ist. Die Kaution wird absichtlich äußerst hoch festgesetzt, damit kein Arbeiter sie erlegen kann. Und zu denken, daß dies Paul Watkins angetan wurde, meinem besten Freund, dem anständigsten Menschen, den ich kenne. Bei Gott, und er diente in Sibirien, machte den Krieg mit, kam krank heim, der Bursche, der vorher hart war wie eine Nuß, schlicht und gerade, ohne Laster. Das ist der Lohn dafür, daß er dem Vaterlande gedient hat. Bei Gott, sie sollten versuchen, von mir zu verlangen, einem derartigen Lande zu dienen!"

Bunny wischte sich die Tränen aus den Augen. Dann schritt er von neuem auf und ab und stieß schließlich gegen einen Sessel. Vi umschlang ihn und flüsterte: „Hör mich an, Liebster, ich kenne Leute, die Geld haben, vielleicht kann ich Dir helfen. Ueberlasse die Sache einige Stunden völlig mir, und sage dem Vater nichts; was für einen Sinn hat es, ihm nutzlos Sorgen zu machen? Gelingt es mir, die Angelegenheit zu regeln, so kann er mit gutem Gewissen Verne sagen, er hätte nichts davon gewußt, und das ist weitaus besser."

Sie verließ das Haus und kehrte nach zwei Stunden zurück. Bunny solle Ruth telegraphieren, daß weder er noch der Vater etwas tun könnten; hingegen interessiere sich ein Freund für den Fall. Das nötige Geld sei bei der American Bonding-Gesellschaft deponiert worden, deren Filiale in Angel City Pauls Freilassung bewerkstelligen werde.

„Wie ist Dir das gelungen?" fragte Bunny.

„Je weniger Du darüber weißt, desto besser. Ich kenne jemanden, der in Angel City Grundstücke besitzt und Gagen bezieht, außerdem liegt seiner Firma viel daran, ihn zufrieden und glücklich zu sehen."

„Es ist viel Geld," warf Bunny ein. „Ich müßte es eigentlich zurückgeben."

„Ja, eine Menge Geld, und Du wirst es in Liebe und Zärtlichkeiten zurückzahlen. Kannst sofort damit beginnen." Damit flog Vi ihm in die Arme, und er bedeckte sie mit Küssen; es war, als spielte ein Orchester in den Herzen der beiden, und das ist eine verwirrende Sache.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290125-14/fragment/page=0003

Billiger geht's nicht!

Um Platz zu schaffen für neue Frühjahrsmoden sind viele Preise für heute und Sonnabend nochmals

radikal herabgesetzt

Schotten für Kleider und Röcke ..... Meter jetzt 0,78 **0,58**
Travers moderne Muster in guten Qualitäten, Meter jetzt 1,75 **0,98**
Mantelstoff 140 cm breit, kräftige Qualität ..... Meter jetzt **1,95**
Crêpe de chine reine Seide, doppelt breit, in vielen schönen Farben ..... Meter jetzt **2,95**
Unterkleid Seidentrikot, in modernen Farben ..... Stück jetzt **1,45**
K.-Taffet-Kleid jugendl. Form, mit Volant, in den neuesten Farben ..... Stück jetzt **5,90**
Ottomane-Mantel mit Bisen u. Seal-Electric-Kragen ..... Stück jetzt **10,50**
Strumpfhaltergürtel in Drell, mit auswechselbaren Haltern ..... Stück jetzt **0,35**
Kinder-Schlüpfer starke Qualität, in verschied. Farben, Stück jetzt von **0,45** an
Mädchen-Barchent-Hemd prima Qualität ..... Stück jetzt von **0,95** an
Im Erfrischungsraum: 1 Tasse Ia. Bohnen-Kaffee und 1 Windbeutel mit Schlagsahne, zusammen **0,45**

Ein Posten Kopftücher reine Wolle, in verschiedenen Farben ..... Stück jetzt **0,95**
Gerstenkorn-Handtücher gesäumt und gebändert ..... Stück jetzt **0,28**
Drellhandtücher schwere Qualität, gef. u. geb. ..... Stück jetzt **0,48**
Kaffeedecke hübsch, in vielen Fürstellungen ..... Stück jetzt **0,95**
Kinder-Badelaken gute, saugfähige Qualität ..... Stück jetzt **1,25**
Velour-Barchent für Kleider und Röcke, feste, haltb. Qualitäten ..... Meter jetzt **0,48**
Hemdenbarchent gestreift, ein- u. doppelseitig gerauht, Meter jetzt 0,75 **0,48**
Schlafdecken Wiesenmuster, einfarbig und bunt gemustert ..... Stück jetzt 2,45 1,95 **0,95**
Madrasstoff blaudr., ca. 130 cm breit, hochwertige Qualität, in mod. Mustern, Meter jetzt **1,65**
Stepp-Decke zweifarbig, in vielen ganzbaren Farben, mit Halbwollfüllung ..... Stück jetzt **9,75**

RESTE aus sämtlichen Abteilungen zur Hälfte des ausgezeichneten Preises

Ein Posten Stickereien
(II. Wahl) in verschiedenen Breiten und Ausführungen
Serie I . . . Mtr. jetzt 0,03
Serie II . . . Mtr. jetzt 0,08
Serie III . . . Mtr. jetzt 0,18

ALEX MICHEL
Halle-Saale — Am Markt

Stadt-Theater
Heute 267 Freitag 20—23 Uhr **Undine**
Sonnabend 21—23 Uhr **Rathan der Weise**
Zahlung der dritten Stammkarten-Rate erbeten

Walhalla
Telephon 2885 Dir.: O. Kleinhomes
Täglich 20 Uhr: **Die ungekürzte Eva** 268
3 lustige Akte
Musik von Mart. Knopf
Lachen ohne Ende!
Dazu: **6 Attraktionen in höchst Vollendung**
Gewöhnliche Preise ab 60 Pf.
Sonntag, 27. Januar 15½ Uhr: **Familien-Vorstellung die ungekürzte Eva**
mit den 6 Varietee-Attraktionen zu ganz kleinen Preisen von 50 Pf. bis 2,50 Mk.
Der Vorverkauf hat begonnen

Bei Alwin im „Halloren-Bräu"
Ludwig-Wachterer-Straße (Ecke Schillerstraße)
Sonnabend, 26. Januar: Großes **Bockbierfest**
am Klavier: Emil, die Kanone
Humor, Stimmung 269
Bis Tausendundsieben — Bis Tausendundsieben

Oswald Kirchner
Büschdorfer Straße 6
Benkendorfer Straße 77
Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Gewerkschafts-Herberge
Zeitz, Scharrenstraße 34
Sonnabend, den 26. und Sonntag, d. 27. Januar: **Bockbierfest**
Hierzu laden freundlichst ein
*130 Fr. Junghans und Frau

Damen- u. Herrenmasken
in Auswahl von 60 Kostümen verleiht billigst
H. Eichner,
Weißenfels, Müllnerstraße 4

MODERNES THEATER
Das führende Tanz-Kabarett
Ab 24. Jan. tägl. 20 Uhr
2 neue Einakter
m. Bruno Kastner, Louise Tarsch und Herbert Jernik
Vorsicht Meschugge und **Der Mann im Schrank**
Die größten Lach-Schlagen d. Spielzeit
Nach der Vorstellg.: **Tägl. Tanz**
Sonnabend nach der Vorstellung: **Hausball**
mit Ueberraschungen Ende 4 Uhr
Sonntag 4 Uhr Tanz Tee Bruno Kastner verteilt persönlich Autogramme. Eintritt frei

Werbt für die „Rote Hilfe"

Papier Zeitungen
Lumpen, Knochen kauft 8
A. Bode
Große Klausstraße 22

Burg-Theater „Albertini"
als größter Gauner des Jahrhunderts!
Freitag—Sonntag Alles hat Zutritt **Hierzu: Das reichhaltige Beiprogramm!** 262

Schallplatten
ca. 25000 Auswah. Länder & Olberg Leipziger Str. 30

Sohlenleder Gummiabsätze Schuhleisten
billigst bei [262
R. Winkler
Glauchaer Str. 27

Jg. Hund entlaufen Abzugeben Stadtgutweg 19 III.

Masken billig
Albert-Schmidt-Straße 6. 3 Tr.

ff. hausschlachtene **Wurst- und Fleischwaren** empfiehlt *145
Richard Krebs
Lichterfg
Jed. Wochenmarkt Marktstand Weißenfels

Alle Bücher
empfehlen die
Buchhandlungen
Lerchenfeldstr. 14 Harz 1

Inventur-Ausverkauf
Adolf Mieth
ab 25. Januar 1929

Meine Preise!
Aus meinem großen Angebot!

Porzellan
Teller flach und tief, mit Goldrand und Linie, Markenporzellan 0,58
Tafel-Service 23 teilig, mit Goldrand und Linie .. 17,50
Kaffee-Service 27 teilig, modern. Dek., Fabrikat Rosenthal 38,00

Steingut
Satz Schüsseln 5 teilig 1,10
Trinktöpfe groß, bunt 0,15
Kakaokrüge bunt 0,95
Saucieren weiß 0,35

Preßglas
Salatiere 23 cm 0,50
Rahm-Service 3 teilig 0,85
Aufsatz 0,75
Kompottsatz 7 teilig 1,30

Haushalt
Brotkapsel mit moderner Dekoration 2,75
1 Satz Aluminiumtöpfe mit Deckel 16—26 cm 8,45
Aufwaschwanne grau emailliert .. 1,30

Vergleichen Sie die Preise mit den Angeboten der Großstadt!
Trotz der niedrigen Preise halte ich nach wie vor für meine verehrte Kundschaft ein Täßchen Kaffee oder Fleischbrühe zur Erfrischung bereit

Adolf Mieth, Weißenfels

12 Neue Promenade 12
Vom Freihafen Hamburg direkt zum Konsumenten, daher der billige Preis!
3 Pfund frostfreie Mandarinen für 1 Mark
Apfelsinen, Aepfel in großer Auswahl
12 Neue Promenade 12

Weißenfels, Promenade 19
Fernsprecher Nr. 253
Bäder für alle Krankenkassen einschließl. Leuna-Kassen werden gewissenhaft ausgeführt im
„Luisenbad"

Werbt für d. Klassenkampf

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen und Warzen
beseitigt schnell, sicher und unblutig
Kukirol
Verlangen Sie in der nächsten Kukirol-Verkaufsstelle ausdrücklich die neue Packung mit dem Garantieschein, denn Sie erhalten dann
bei Nichterfolg Ihr Geld zurück!
Eine Packung Kukirol mit dem Garantieschein kostet 1 Mark.

Richard Hirschfeldt
Wittenberg
Collegienstr 22 Mittelstr. 51
Größtes Spezial-**Herren- u. Knaben-Modenhaus am Platze**
Alleiniger Lieferant des Konsumvereins

Capsapon
*13 bestes Mittel gegen Gicht und Rheumatismus empfiehlt die
Adler-Apotheke, Wittenberg

Prima Lederjoblen Schuhmacher-Artikel billigst Lederhandlg., Fricke, Wittenberg Sternstraße 5 *12

Werbt für den „Klassenkampf"

Insel Helgoland, Pieskeritz
Jeden Sonntag ab 4 Uhr
Großes Kränzchen
ff. Speisen u. Getränke, ff. Kaffee und Kuchen — Angenehmer Aufenthalt
Es ladet freundlichst ein Der Wirt

Lichtspiele „Sonne" Merseburg
Ab heute, Freitag, den 25. Jan. 1929
Lya Mara in **Mein Herz ist eine Jazzband**
Ein Film voll überspruddelnder Lebensfreude und herzerfrischender Laune und Lustigkeit
Außerdem schönes Beiprogramm
Sonntag: Jugendvorstellung
Pat und Patachon als Polizisten

Union-Theater Merseburg
Freitag — Montag
Pat und Patachon als Polizisten
Ein lustiges Abenteuer in 6 Akten
Außerdem der Sitten- und Milieufilm
Die Rothausgasse
mit Grete Mosheim in der Hauptrolle

Ansichtskarten empfehlen die Buchhandlungen Lerchenfeldstraße 14 und Harz 1

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Von der Trauerfeier meines unvergeßlichen Mannes zurückgekehrt, sage ich hiermit meinen aufrichtigen Dank an alle, die mit in diesen schweren Tagen so hilfsbereit zur Seite gestanden haben.
Besonders Dank den Genossen Kroh, Mendort, Bowitzki, Schröter und Leow für ihre trostreichen Worte, wie den tausenden Kampfgefährtern und -Schwestern, den Delegationen von nah und fern, die meinem lieben Manne in so reichem Maße die letzte Ehre erwiesen haben
Klara Richter
im Namen aller Hinterbliebenen

Uebergang zu mittleren und höheren Schulen
1. Die Gesuche um Zulassung zur Aufnahmeprüfung in die mittleren und höheren Schulen sind für Grundschüler(-innen) mit vierjährigem Schulbesuch an die betreffenden mittleren und höheren Schulen zu richten. Gleichzeitig ist die zuständige Grundschule hiervon zu benachrichtigen. Grundschüler(-innen) mit nur dreijährigem Schulbesuch, die mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde eine Klasse übersprungen haben, sind den Schüler(-innen) mit vierjährigem Schulbesuch gleichgestellt.
2. Gesuche von Erziehungsberechtigten zur Prüfung ihrer Kinder nach nur dreijährigem Grundschulbesuch (aus Klasse 6) sind durch die Grundschule an die Städtische Schulverwaltung, Große Märkerstraße 10, einzureichen.
3. Gesuche für Schüler(-innen) mit drei- oder vierjähriger Vorbildung, die eine Privatschule besucht oder Privatunterricht erhalten haben, sind direkt an die Städt. Schulverwaltung einzureichen.
4. Den Gesuchen zu 2. und 3. sind amtsärztliche Zeugnisse über den Gesundheitszustand des Schülers(-in) beizufügen.
5. Meldungen von Schülerinnen der Vorschule des Sendlitz-Lyceums sind direkt an das Provinzial-Schulkollegium in Magdeburg zu richten.
6. Sämtliche Gesuche unter 2. und 3. müssen bis zum 11. Februar 1929 bei der Schulverwaltung vorliegen.
7. Der Prüfungstermin wird rechtzeitig durch die Tageszeitungen bekanntgegeben.
8. Ueber die Zulassung zur Prüfung werden die unter 2. und 3. Genannten persönlich vom Schulrat bzw. dem Lehrer benachrichtigt.
Halle, im Januar 1929. [266
Der Magistrat.

Empfehle Freitag und Sonnabend frische und geräucherte hausschlachtene **Fleisch- u. Wurstwaren**
Otto Naupold, Zeitz
11 Am Schlachthof

Inserenten!
Fordert Offerten über Drucksachen ein

In der Nacht vom 23. zum 24. Jan. verschied infolge Unglücksfalles unser lieber Sohn *147
Alfred
im Alter von 19 Jahren
Dies zeigen in tiefer Trauer an
Alfred Ueberschär und Frau
nebst allen Angehörigen
Zeitz, Mühlestraße 2
Beerdigung Montag 15 Uhr von der Halle des Michaelisfriedhofes aus

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen ist es uns nur auf diesem Wege möglich, allen denen, welche ihm die letzte Ehre erwiesen, unseren herzlichsten Dank auszusprechen.
Halle a. d. S., den 25. Januar 1929
Witwe Auguste Klaus
und alle Hinterbliebenen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290125-14/fragment/page=0004

Nr. 21 — 9. Jahrgang 1. Beilage

Halle, 25. Januar 1929

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Der Krieg in der Heilsarmee

In der Heilsarmee, deren Hoher Rat vor kurzem in Sunbury a. d. Themse tagte, ist der Krieg ausgebrochen. Der Hohe Rat beschloß, den bisherigen Heilsarmee-General Brahmwell Booth, der 72 Jahre alt ist, krankheitshalber seines Amtes zu entheben und zu seinem einstweiligen Nachfolger den Chef des Generalstabes Higgins zu ernennen.

Der abgesetzte General Booth hat sich jedoch mit seiner Absetzung keineswegs einverstanden erklärt. Er proklamierte die Unrechtmäßigkeit der Wahl in Sunburn und forderte, daß zunächst und in erster Linie Garantien dafür geschaffen werden müssen, seine bisherige Politik unverändert fortzusetzen. Die Stellung des abgesetzten Generals Booth stützt sich auf sehr ernsthafte „Argumente",

er ist nämlich im Besitze der gesamten Geldmittel der Heilsarmee, die in die Milliarden gehen

und besitzt allein das Recht der Verfügung über diese Riesenbeträge. Man sagt, daß er dieses Geld nicht herausgeben wird — es sei denn, daß er durch Gerichtsbeschluß dazu verpflichtet werde. Er hat bereits eine einstweilige Verfügung gegen den Hohen Rat erwirkt, der es diesem verbietet, bis auf weiteres endgültige Beschlüsse über seine Absetzung oder die Ernennung eines Nachfolgers zu fassen. Dieses Gesuch kam am 21. Januar vor Gericht zur Verhandlung. Die Sache wurde auf den 25. Januar vertagt.

*

Was steckt hinter diesen Differenzen, die in der gesamten internationalen Presse, einschließlich solcher sozialdemokratischen Blätter, wie der „Daily Herald", an hervorragender Stelle ausführlich behandelt werden?

Die Heilsarmee ist ein straff international organisierter Verband. Der General, der an der Spitze steht, besitzt schier unumschränkte Vollmachten die satzungsgemäß festgelegt sind. Zu seinem stärksten Machtmittel gehört die Verwaltung des riesigen Vermögens der Heilsarmee; dieses ist zu einem Teile in Heimen, Schulen, Krankenhäusern, Fabriken, Banken, Versicherungsgesellschaften, Farmen usw. festgelegt, die allein ein Vermögen von etwa 400 Millionen Mark darstellen. Dazu kommen die gewaltigen flüssigen Barmittel. Im Laufe der Zeit ist die Heilsarmee, deren Existenz völlig von den Zuwendungen der Großkapitalisten der verschiedenen Länder abhängt, gänzlich bureaukratisiert.

Sie beschäftigt über 135 000 Offiziere und Angestellte.

Ihr Schwergewicht hat sich im Laufe der Zeit, ebenso wie das Schwergewicht in der kapitalistischen Weltwirtschaft, von England nach Amerika verlagert. Der amerikanische Zweig der Heilsarmee ist der weitaus reichste und am besten organisierte; er ist nicht nur mit dem amerikanischen Finanzkapital, sondern auch mit dem gesamten Staatsapparat verschmolzen und auf streng kaufmännischer Basis organisiert. Die Gesamtverwaltung des Vermögens liegt jedoch in London und befindet sich in der Hand des General Brahmwell Booth. Dieser, den ökonomischen Grundlagen der Heilsarmee nicht mehr entsprechende Zustand hat bei dem amerikanischen Zweige im Laufe der Jahre immer stärkere Unzufriedenheit erregt und die Kommandeuse der Heilsarmee in Amerika, Evangeline Booth, eine Tochter des Gründers der Armee, stellte sich deshalb an die Spitze einer Bewegung, die eine demokratische Verfassung und Reorganisation der Heilsarmee verlangt, insbesondere aber eine größere Selbständigkeit für ihren amerikanischen Zweig.

Der Hohe Rat in Sunburg trug dieser Bewegung Rechnung und so kommt in der Führerkrise der Heilsarmee jene starke amerikanische Unabhängigkeitsbewegung zum Ausdruck, die durch die wirtschaftliche Entwicklung der Armee schon seit langem bedingt war. In dem Kampfe um die Verfassung der Armee und ihren Führer entwickelt sich der gleiche Prozeß, der auf weltwirtschaftlichem und weltpolitischem Gebiete den wachsenden Antagonismus zwischen dem britischen Imperium und den Vereinigten Staaten von Nordamerika hervorgerufen hat.

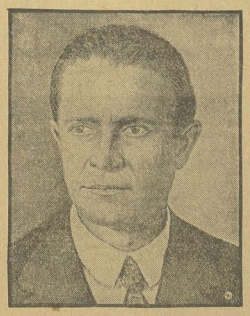
Die Heilsarmee hat sich nicht, wie ihr im vorigen Jahrhundert prophezeit wurde, mit der Entwicklung der Sozialpolitik als überflüssig erwiesen. Im Gegenteil, ihre Organisation und ihr Wirkungskreis dehnten sich unter dem Protektorate der englischen wie der amerikanischen Bourgeoisie gerade im Zeitalter des Imperialismus ungeheuer aus. Und das nicht zufällig, ist doch die Heilsarmee mit ihrer umfassenden christlichen Propaganda, die sich demagogisch mit einer bestimmten tendenziösen sozialen Hilfsarbeit paart, ein unschätzbares Machtmittel der Bourgeoisie gegen die Entwicklung des revolutionären Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse. Ganz richtig schreibt die „Kölnische Zeitung" am 18. Januar:

„Aus dem Gefühl heraus, daß ihre Mitglieder, um es einmal drastisch auszudrücken, in die Armut geradezu verliebt seien, befürchten Geldgeber wie Rockefeller, der noch gestern der Heilsarmee eine Stiftung von einer Million Dollar machte, von dieser Organisation keine Aufreizung zu sozialen Kämpfen."

Und nicht nur das, die „Geldgeber" schätzen die Heilsarmee als eine wohlorganisierte konterrevolutionäre Kraft gegen den proletarischen Klassenkampf und gegen die ideologische Entwicklung des Proletariats.

Die Führer- und Organisationskrise in der Heilsarmee ist deshalb nicht in letzter Linie ein Kampf der kapitalistischen Klassen Amerikas und Englands darum, welcher Imperialismus diese konterrevolutionäre Massenorganisation beherrscht. Dieser Kampf wird sobald nicht beendet werden — er muß sich aber entwickeln in dem Maße, wie sich der allgemeine Gegensatz zwischen dem englischen und nordamerikanischen Imperialismus entwickelt.

Für das revolutionäre Proletariat sind die Vorgänge in der Heilsarmee ein Grund mehr, um den Kampf gegen die imperialistische und christlich-reaktionäre Ideologie in den Arbeitermassen zu verschärfen, die Massen des Proletariats im Geiste des Kommunismus zu erziehen und in der Kommunistischen Partei zum revolutionären Klassenkampfe zu organisieren.



Herr Tausend zauberte Millionen hervor

Ein ehemaliger Klempner aus München namens Tausend hat durch einen Schwindel besonderer Art vielen Leuten das Geld aus der Tasche gezogen. Er behauptete nämlich, den Stein der Weisen entdeckt zu haben und aus irgendwelchen billigen chemischen Stoffen durch ein besonderes Verfahren Gold machen zu können. Er führte dieses Verfahren auch Interessenten, die etwas von der Sache verstanden, vor — und erzeugte tatsächlich durch einen Trick Gold. Selbstverständlich gaben alle Leute, die gern rasch und gründlich reich werden wollten, ihr Geld hunderttausendmarkweise her (woraus hervorgeht, daß sie diese Summen schon besaßen. Es müssen also Unternehmer gewesen sein, die auf Herrn Tausend hineinfielen). Der einzige, der aber von diesem Goldsegen einen Nutzen zog, war Tausend selbst, der sich Schlösser in Tirol kaufte, ein herrliches Leben führte und seine Tage genoß, bis einer hinter seine Schliche kam. Nun hat man ihn verhaftet.

Die Frau des Werkspitzels Domisch verhaftet

Zu dem großen Lohngeldiebstahl auf Zeche Königsborn wird gemeldet, daß die Frau des geflüchteten Domisch inzwischen verhaftet wurde. Sie gab bei ihrer ersten Vernehmung an, daß sie von der ganzen Angelegenheit nichts wisse. Nachdem in ihrer Wohnung etwa 900 Mark gefunden waren, gestand sie, daß ihr Mann Dienstagabend ganz aufgeregt in die Wohnung gekommen sei und sich eilig umgezogen habe, weil er, wie er angegeben habe, den Zug nach Dortmund noch haben müsse. Weitere Angaben über den vermutlichen Aufenthalt ihres Mannes will Frau Domisch nicht machen können.

40 Tote bei einem Schiffsuntergang

Der frühere deutsche 2500-Tonnen-Dampfer „Sandakan", jetzt „Hongtschong", ging letzten Montag während eines heftigen Sturmes ungefähr 100 Meilen von Schanghai entfernt unter. 40 Personen, darunter der russische Kapitän Witkmann, sind ums Leben gekommen. Der zweite Offizier Ilwoff und 19 Mann der Besatzung trieben **zwei Tage lang ohne Nahrung in einem Boot,** bis sie von einer Dschunke aufgenommen wurden.

Die gesamte Mannschaft

des schiffbrüchigen italienischen Dampfers „Florida" ist durch den Dampfer „America" gerettet worden.

Auf dem Magdalenenstrom in Kolumbien

ist ein Flußdampfer nach einer Kesselexplosion gesunken. Etwa 20 Personen sind dabei umgekommen.

Ein aus Tunis kommendes Wasserflugzeug

stürzte bei der Landung im Hafen von Antibes ab. Die beiden Passagiere wurden getötet, der Pilot und der Funker leicht verletzt.

Eine Minute kostet 60 Mark. Einer der bewunderswerten technischen Fortschritte der letzten Zeit ist die Telephonverbindung mit Buenos Aires, die man von jedem deutschen Telephon anmelden kann. Allerdings hat man dafür ein Minimum von 180 Mk. für drei Minuten zu zahlen, jede weitere Minute kostet 60 Mark. Man kann sich keine Vorstellung davon machen, wie hoch die telephonischen Abschlüsse der Unternehmer, die sich dieses Beschleunigungsmittels bedienen, sein müssen, wenn sich solche Unkosten lohnen sollen.

Brand.

„Bolschewismus der Liebe"

Ein Nachspiel zum Krantz-Prozeß

Um die Gutachten im Krantz-Prozeß handelte es sich im wesentlichen bei der Beleidigungsklage, die der Berliner Stadtschulrat Dr. Hodann, einer der Hauptsachverständigen im Krantz-Prozeß, gegen Fräulein Guida Diehl, **die Leiterin des Frauenkampfbundes in Eisenach,** angestrengt hatte, und die gestern vor dem Amtsgericht Tempelhof zur Verhandlung gelangte.

Dr. Hodann fühlte sich durch einen Aufsatz in den von der Beklagten herausgegebenen Neulandblättern beleidigt. Er wird darin bezeichnet als: **„einer der schlimmsten Jugendverführer", der „frostlos gemeine Aufsätze** über jugendliche Verhältnisse geschrieben hat". Es heißt dann weiter: „Heute ist er angestellter Volksverführer und spricht vor der Schuljugend in demselben Sinne, wie er sich als genannter Sachverständiger im Krantz-Prozeß geäußert hat. Schlechtigkeiten und verdorbene Instinkte, wie sie im Krantz-Prozeß zutage gefördert worden sind, sind ihm Selbstverständlichkeiten."

Vor Eintritt in die Verhandlung legte Amtsgerichtsrat Dr. Wimmer den beiden Parteien einen Vergleich nahe. Das Gericht könne auch nicht ein Urteil fällen, ob der Weg des Dr. Hodann der richtige sei oder nicht. **Mit einem Urteil werde keine Klärung geschaffen.** Ob es zur Freisprechung oder Verurteilung komme, werde in der Oeffentlichkeit nach der einen oder anderen Seite hin nur zu einem falschen Bilde führen.

Die Beklagte ließ darauf durch ihren Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Menz, erklären, daß jeder Vergleich abgelehnt werde. Es handle sich hier um einen Kampf der Meinungen, und da müsse man es auf ein Urteil ankommen lassen.

Rechtsanwalt Dr. Frey, als Rechtsbeistand des Privatklägers Dr. Hodann, hat, wie er sagte, eine andere Einstellung der Beklagten nicht erwartet, nachdem in den Schriftsätzen immer wieder Dr. Hodann „Bolschewismus der Liebe" vorgeworfen worden sei. Als der Vorsitzende dann in die Sache eintritt und Dr. Hodann nahelegte, zunächst einmal dem Gericht eine kurze Darlegung seines Standpunktes in der Jugenderziehung zu geben, erwiderte Rechtsanwalt Dr. Frey: „Wir sehnen das glatt ab. Wir lassen uns von niemandem „fanatischen Jugendverführer" nennen. Um diese formalen Beleidigungen dreht es sich hier." Rechtsanwalt Dr. Frey protestierte dann auch gegen die beantragte Verlesung einzelner aus den Büchern des Klägers herausgegriffener Stellen. Er müßte dann beantragen, daß die ganzen Bücher verlesen werden und daß auch Sachverständige geladen würden. Rechtsanwalt Dr. Menz: „Es kommt darauf an, festzustellen, in welcher Weise Dr. Hodann in seinen Büchern den Kampf geführt hat und daß Fräulein Diehl dadurch gezwungen worden war, dazu Stellung zu nehmen. Dr. Hodann hat **allgemeine Angriffe gegen die bürgerliche Frau, die kulturell auf das Christentum eingestellt ist, gerichtet."**

Rechtsanwalt Dr Frey: „Wenn jede bürgerliche Frau daraus das Recht herleitet, mit Beleidigungen zu antworten, so ist das eine Verkennung des § 193."

Rechtsanwalt Dr. Frey: „Damit können wir uns doch nicht begnügen. Ich benenne als Gegenbeweis Berliner Landgerichtsdirektoren und Berliner Universitätsprofessoren dafür, daß die Tendenz der Bücher **nicht die sei, wie sie von Muckervereinen empfunden werde,** sondern daß sie der Auffassung eines gesunden denkenden Menschen der heutigen Zeit entspreche."

(Schluß folgt.)

Abtransport europäischer Frauen und Kinder aus Kabul

durch Flugzeug nach der indischen Stadt Peschawar.

Bestechung bei der Dawes-Bahn

Ein Reichsbahnrat wegen Betruges verurteilt — Zwei weitere Angeklagte werden freigesprochen

In zweitägiger Verhandlung hatten sich vor dem Schöffengericht Dresden der **Reichsbahnrat Nicolai, Reichsbahnobersekretär Viemeg und Ingenieur Schmidtchen** wegen Untreue, aktiver und passiver Bestechung bzw. Beihilfe zu verantworten. Es handelte sich dabei um die Annahme von Lizenzgebühren durch Reichsbahnbeamte, die bereits in Berlin zu dem Prozeß gegen Oberbaurat Schulze geführt hatte. Das Gericht verurteilte Nicolai wegen Betruges in Tateinheit mit Untreue zu sieben Monaten Gefängnis. Viemeg und Schmidtchen, denen Beihilfe zur Last gelegt worden war, wurden kostenlos freigesprochen.

Betriebsmord bei der Dawes-Bahn

Bei Zielitz, in der Nähe von Wolmirstedt, wurde ein Lokomotivheizer, der die Maschine des stehenden Zuges nachsah, von dem Luftdruck eines vorbeifahrenden D-Zuges gegen diesen geworfen und so schwer verletzt, daß er starb.

Schwerer Betriebsunfall

Durch Lösung des Kolbens einer mit Druckluft betriebenen Maschine in einem Hamburger Schlächtereibetrieb wurde ein Werkführer getötet, **während zwei Arbeiter schwer verletzt wurden.**

Schweres Unglück im Schacht

Auf der Zeche „Friedrich Ernestine" in Essen wollten drei Mann Rohre aus der Grube fördern. Dabei gerieten die Rohre ins Rutschen und griffen in die Schachtzimmerung. Von den in demselben Korbe befindlichen Arbeitern wurde der Anschläger Ahland **zu Tode gequetscht** und der Bedienungsmann Kunz **in den Schachtsumpf geschleudert,** aus dem er nur als Leiche geborgen werden konnte. Der dritte Bergmann blieb unverletzt.

Wieder ein Gasrohrbruch

Aus Leipzig wird gemeldet: In Johanngeorgenstadt wurden durch Gasrohrbruch zwei Häuser vergast, so daß alle Wohnungen geräumt werden mußten. Mehrere Mieter erlitten Vergiftungen und mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Eine 81 Jahre alte Frau ist bereits gestorben.

Grippeepidemie auch in Jugoslawien

Die Grippe hat in Jugoslawien außerordentlichen Umfang angenommen. In Leibach hat die Zahl der Erkrankungen, die zum Teil schwerer Natur sind, 10 000 überstiegen. Die Schulen sind **größtenteils geschlossen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290125-14/fragment/page=0005

Stadt Halle

25. Januar 1929.

Die Gummiknüppel-Polonäse

Es ist kaum zu glauben, welche ungeheuren Fortschritte bei uns in der teutschen Republik die Demokratisierung so jeden Tag macht. Zwar merken die Massen der erwerbslosen Proleten verdammt wenig davon. Aber diese Menschen sind eben zu ungeduldig. Denn ehe die Demokratisierung bis in die „untersten Schichten" unseres deutschen Volkes gedrungen ist, müssen doch erst die „oberen" Schichte davon erfaßt sein. Immer hübsch der Reihe nach. Wo wir doch in einem Ordnungsstaate leben.

Ueberhaupt eine fabelhafte Ordnung herrscht so bei uns. Und daß wir die haben, verdanken wir „unserer" Schupo. Speziell den „Herren" Offizieren. Wie ausgezeichnet verstehen die es doch, ihre „Leute" zu kommandieren. Das Herz jedes wahrhaft national empfindenden Menschen hüpft vor Freude, wenn er so sieht, wie schneidig gegen die nimmersatten Erwerbslosen die Gummiknüppel geschwungen und Kavallerie-Attacken geritten werden, wenn diese die demokratische kapitalistische Ordnung stören wollen.

Gott sei Dank sind von der Notwendigkeit, diese Ordnung aufrechtzuerhalten, alle politischen Parteien überzeugt — mit Ausnahme der Kommunisten natürlich. Aber das sind ja „von Moskau bezahlte Söldlinge". Wie sagte doch Heinrich Heine über die Störer der Ordnung einst: „Fremde und Ausländer sind's zumeist . . ." Aber im übrigen: in diesem Punkte gilt auch heute noch: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche." — Gott sei Dank!

Diese herrliche Einigkeit kam so recht zum Ausdruck auf dem vorgestern stattgefundenen Ball der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens, Ortsgruppe Halle. Kinder, man möchte vor Freude heulen, wenn man das so liest:

Helle, blaue, rote, grüne, gelbe Farbenflecke mischen sich mit dem dunklen Farbton der Fracks; über die Gesichter zucken die Lichtreflexe des Kronleuchters, spiegeln sich in tausend Fünchen auf dem reichen Ordensschmuck wider . . .

Und dann . . . wer zählt die Völker, nennt die Namen, möchte man ausrufen. Da waren anwesend die Herren Sozialdemokraten Grützner und Guske, Herr Streicher ließ sich vertreten. Sie unterhielten sich angeregt mit Herrn Oberstaatsanwalt Luther und Herrn Oexle. Ob Herr Richard Krüger, der neugebackene Weißenfelser Polizeipräsidente, da war, meldet die Chronik leider nicht. Sehr schade. Aber es soll auch so sehr gemütlich gewesen sein. Besonders bei der Gummiknüppel-Polonäse, die Herr Grützner mit Frau Dr. Luther geführt haben soll, und bei dem demokratischen Republik-Foxtrott, den Herr Oexle meisterhaft vortanzte. Frei Heil!

Ein raffinierter Wohnungsschwindler

Wegen Betrugs in neun Fällen wurde der 40jährige Maurer Gustav Horn aus Merseburg zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis vom Schöffengericht in Halle verurteilt.

Er mietete von einer alten Dame, die zu Bekannten nach Berlin zog, deren Sechszimmerwohnung und eröffnete dort ein Baugeschäft. Von Wohnungsuchenden ließ er sich Baukostenzuschüsse, Mietenvorauszahlungen und „Gebühren" geben, ohne jedoch — mit einigen kleinen Ausnahmen — Wohnungen vermieten zu können.

Prügelhelden in der Glauchaer Schule

Man sollte es nicht für möglich halten, daß es so etwas wie den nachstehend geschilderten Vorfall noch gibt. Und doch haben wir uns mit unseren eigenen Augen davon überzeugen lassen müssen, daß diese Dinge den Tatsachen entsprechen. Der Schüler H. aus der ersten Klasse der Glauchaer Schule ist in unerhörter Weise von dem Konrektor Kaetzel und dem Lehrer Lehrmann gezüchtigt worden. Nach Schilderungen des Schülers, der einen intelligenten Eindruck macht und dessen Schilderungen vom Vater des Jungen unterstrichen werden, hat sich der Vorfall folgendermaßen abgespielt: Der Lehrer Lehrmann ließ eine nach dem Stundenplan vorgesehene Turnstunde ausfallen mit der Begründung, daß die Schüler in der letzten Stunde zu ungezogen gewesen seien. Der Schüler H. erlaubte sich nun, als der Lehrer dafür eine Rechenstunde ansetzte, die „unerhörte" Bemerkung, ob der Lehrer denn überhaupt dazu berechtigt sei. Das brachte denselben so in Harnisch, daß er den außerordentlich stark entwickelten Knaben mit dem Rohrstock züchtigte. Das genügte aber dem Konrektor Kaetzel noch nicht. Dieser nahm noch eine Züchtigung vor mit einem stärkeren Knüppel. Der Körperteil des Kindes oberhalb des Gesäßes ist mit mehreren zirka 40 Zentimeter langen und zwei Zentimeter breiten blutunterlaufenen Striemen bedeckt, die stark druckempfindlich sind. Jedenfalls haben diese beiden „Erzieher" ihr Züchtigungsrecht bei weitem überschritten. Diese Feststellung ist um so schlimmer, als es sich um einen Dreizehnjährigen handelt, einem Kind also, das in diesem Alter besonders feelisch auf derartige Züchtigungen reagiert. Oder glauben diese „Volkserzieher", daß Arbeiterkinder nicht so feinfühlig sind, wie die der Bourgeoisie? Uebrigens, was tut der Elternbeirat, um hier Abhilfe zu schaffen?

Das „Volksblatt" und Leo Trotzki

Vor vierzehn Tagen etwa begann das hallische SPD.-Blättchen mit Veröffentlichungen von Tagebuchaufzeichnungen Trotzkis aus seiner Verbannung nach Sibirien im Jahre 1907, die in einem bürgerlichen Verlag erschienen sind. Nach zweiwöchiger Pause erschien gestern die erste Fortsetzung dieser Aufzeichnungen. In einer einleitenden Notiz feierte der Antimarxist Schulz, der Redakteur des „Volksblatts", Trotzki als den „Revolutionär und Vorkämpfer für die Befreiung des russischen Volkes" und betonte das Aktuelle dieser Veröffentlichungen, weil Trotzki „jetzt von Stalin ebenfalls nach Sibirien verbannt" worden sei.

Wir können zunächst noch nicht glauben, daß mit dem Wissen Leo Trotzkis diese Veröffentlichungen in einem bürgerlichen Verlag und diese Verhimmlungen seiner Person durch die sozialdemokratische Presse erfolgt sind. Wir stellen heute nur fest, daß die Sozialdemokratie zu allerletzt Ursache hat, die Verdienste Trotzkis um die russische Revolution zu feiern, und daß es eine elende Demagogie dieser traurigen Gesellen ist, die Aufzeichnungen Trotzkis aus seiner revolutionären Epoche für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Andererseits ist die ungeheuerliche Tatsache, daß so etwas überhaupt möglich ist, bezeichnend für die Wirkung des Auftretens des Trotzki von heute gegen die Sowjetunion.

Als Leo Trotzki im Juli 1917 von den Gesinnungsgenossen des Herrn Schulz, den damals im Auftrage der Ententekapitalisten die Macht in Rußland ausübenden russischen Sozialdemokraten Kerenski und Zereteelli, ins Gefängnis geworfen worden war, schrieb er aus diesem heraus einen Artikel für den „Proletarier", dem damaligen Zentralorgan der Bolschewiki. In diesem Artikel heißt es über die Rolle der Sozialdemokraten folgendermaßen:

„Im Laufe der vieljährigen Diskussionen über den Charakter der russischen Revolution suchte der Menschewismus zu beweisen, daß die Trägerin der revolutionären Macht bei uns die kleinbürgerliche Demokratie sein würde. Wir hingegen suchten zu beweisen, daß die kleinbürgerliche Demokratie diesen Problemen nicht mehr gewachsen sei, und daß nur das Proletariat, gestützt auf die Volksmassen, die Revolution zum siegreichen Ende bringen könne. Jetzt hat die Geschichte die Sachen so gestaltet, daß der Menschewismus zum politischen Vertreter der kleinbürgerlichen Demokratie geworden ist, um am eigenen Beispiel seine vollkommene Unfähigkeit zu demonstrieren, mit dem Problem der Staatsmacht fertig zu werden und die führende Rolle in der Revolution zu übernehmen."

Für heute möge das genügen. Es ist bezeichnend für die politische Charakterlosigkeit der SPD., einen solchen Mann heute für sich zu reklamieren, um ihre „eigene Unfähigkeit" zu verdecken.

Es riecht nach Gas . . .

Mit derselben Berechtigung, mit der man von einem Zeitalter der Elektrizität spricht, könnte man auch von einem Zeitalter des Gases sprechen. Der Siegeszug der Wissenschaft und Technik hat das Gas in seinen verschiedensten Zusammensetzungen zu einem äußerst wichtigen Faktor im gesamten modernen Wirtschaftsleben gemacht. Das ständige Anwachsen der Gasproduktion in den letzten Jahren beweist, daß auch die Verwendungsmöglichkeiten des Gases gestiegen sind und eine ganze Reihe von Gebieten umfaßt. Für das Zeitalter des Imperialismus ist das Gas als Kampfmittel zur Führung von Kriegen von entscheidender Bedeutung. Die gesamte chemische Industrie ist auf die Herstellung von Giftgasen, die zumeist Abkömmlinge und Zwischenprodukte der Farben- und Heilmittelindustrie sind, eingestellt. Vorläufig ist der Zeitpunkt, wo die Massen der Bevölkerung dieses grausame Vernichtungsmittel zu schmecken bekommen werden, noch nicht da. Aber die Hamburger Phosgengaskatastrophe hat uns mit fürchterlicher Deutlichkeit bereits eine Probe des Massensterbens durch Giftgas gegeben.

Die Form, in der heute noch die Bevölkerungsmassen täglich mit Gas in Berührung kommen, ist harmloser. Aber bei den Vertrustungsbestrebungen der Kohlenkönige strecken diese auch ihre Hand nach dem Gasmonopol aus. Die Ferngasversorgung nimmt immer größeren Umfang an. Dabei entstehen durch den Bau der Riesenleitungen und wegen mangelnder Kontrolle (Leutesparen!) große Gefahren für die Bevölkerung, wie die Katastrophen in Duisburg, London und anderen Orten in der letzten Zeit erst wieder erschreckend gezeigt haben. In fast allen Städten bestehen bereits seit Jahrzehnten sogenannte Gaswerke, in denen jenes Gas erzeugt wird, das zur Beleuchtung von Straßen, Plätzen, Wohnungen und Räumlichkeiten aller Art, sowie zum Heizen und Kochen dient. Oft, sehr oft ist es auch das letzte Mittel Verzweifelter, sich aus dem Leben zu flüchten.

*

So werden für alle diese Zwecke auch in Halle täglich annähernd 43 000 Kubikmeter Gas verbraucht. Die Erzeugung dieser nicht unbeträchtlichen Menge von Gas erfolgt im Gaswerk am Holzplatz, dem am Sonnabend von der hallischen Volkshochschule ein Besuch abgestattet wurde, um den Teilnehmern einen Einblick in das Wesen der Gaserzeugung zu vermitteln.

Der Hauptteil der Gasproduktion besteht in der Entgasung der Steinkohle. Die Steinkohle, die dem städtischen Gaswerk direkt durch die Halle-Hettstedter-Eisenbahn zugeführt wird, wird in riesigen Gaserzeugungsöfen, die mit Retorten durchzogen sind und auf 1100 bis 1200 Grad erhitzt werden, einer Destillation ausgesetzt. Dabei verliert sie ihre Wasserteile und wird dann als Koks den Retorten wieder entnommen. Die bei dieser Destillation entstehenden Gase gehen durch eine sogenannte Vorlage, wobei der Teer abgesetzt wird. Später wird das auf diese Weise gewonnene Steinkohlengas mit Wassergas vereinigt, um dann in das Rohrnetz gepreßt zu werden.

Das Ergebnis der Destillationsarbeit ist folgendes: Aus 100 Kilogramm Steinkohle werden 45 Kubikmeter Gas, 69 Kilogramm verschiedenste Sorten Koks, 4,3 Kilogramm Teer, 0,6 Kilogramm Benzol und 12,8 Kilogramm Ammoniakwasser gewonnen. Das für den Stadtgebrauch hergestellte Gas enthält einen großen Prozentsatz Wasserstoff, dann folgt Methan, Kohlenoxyd, Stickstoff, Sauerstoff usw. Die wichtigsten Nebenerzeugnisse aus der Entgasung der Steinkohle sind neben dem Teer, der für das Wirtschaftsleben von überragender Bedeutung ist, noch Präparate, Sprengstoffe, Arzneimittel, Farbstoffe und eine Unmenge von Zwischenprodukten.

Der Druck des Gases im Stadtrohrnetz wird vom Werk aus reguliert. Ein besonderer Stadtdruckregler bewirkt einen größtmöglichsten Gleichdruck in der ganzen Stadt. Das selbsttätige Anzünden und Auslöschen der 3000 Straßenlaternen wird durch eine erhöhte bzw. verminderte Druckwelle erzielt. Der Gasverbrauch erreichte in den früheren Jahren in den Wintermonaten seinen Höhepunkt. Im Jahre 1913 war das Minimum des Gasverbrauches im Juni und das Maximum im Dezember zu verzeichnen. In den letzten Jahren hingegen hat sich der Höhepunkt des Verbrauches immer mehr den Sommermonaten genähert, weil in dieser Jahreszeit außerordentlich viel auf Gas gekocht wird. Im allgemeinen wird in den nächsten Jahren Sommer wie Winter mit einem gleichmäßigen Verbrauch gerechnet. Das hallische Gaswerk versorgt außer Halle auch Ammendorf mit Gas. In nächster Zeit gedenkt man alle Gaswerke in den kleinen Orten in der Umgebung Halles abzubrechen und die Orte von Halle aus mit Gas zu versorgen. Einer dieser Orte, der in kurzer Zeit von Halle aus versorgt wird, ist Dölau.

Im städtischen Gaswerk ist neuerdings auch eine Braunkohlenverluchsanlage aufgestellt worden, die in nächster Zeit in Betrieb genommen werden wird. Wie die Ergebnisse ausfallen werden, weiß man noch nicht. Solche Versuche, auch Braunkohle zu entgasen, beweisen, wie gewaltig die Bedeutung der Gasproduktion gestiegen ist. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft birgt die Gaserzeugung jedoch ungeheure Gefahren für die werktätige Bevölkerung, vor allem im Hinblick auf die Verwendung von Giftgasen in kommenden Kriegen, in sich. Diese Gefahren werden erst dann beseitigt sein, wenn die Arbeiterklasse im revolutionären Kampfe, die gesamte Großindustrie, wozu auch die chemische Industrie gehört, erobert und im Rahmen der Diktatur des Proletariats unter seine Leitung gestellt hat.

Kommunalfunktionäre Halle-Saalkreis!

Am Sonntag, dem 27. Januar, vormittags 10 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft eine

Kommunal-Konferenz

statt. Thema: Die Etatberatung 1929/30 und unsere taktischen Maßnahmen. Referent: Genosse Gutjahr. Wir ersuchen pünktlich zu erscheinen. UBZ.

Es soll denjenigen, die glauben, an einer durch ihr Gewerbe beruflich erworbenen Krankheit zu leiden, Rat und Auskunft erteilt werden, wobei jedoch jede Art von Behandlung ausgeschlossen ist.

Durch unsere heutige Gesetzgebung sind nicht nur Unfälle, sondern auch ein Teil jener Krankheiten, die durch den Beruf erworben sind, entschädigungspflichtig. Hier bedarf es oft der Beratung eines sachlich geschulten Arztes, um solchen, die begründete Ansprüche haben, Rat zu erteilen, und um andererseits andere daran zu hindern, sich in einen nutzlosen Rentenkampf (!?) zu begeben. Neben der fachlichen Schulung ist hier die vollkommene Unabhängigkeit des Gewerbearztes nach allen Seiten hin sehr wesentlich.

Nur durch diese unabhängige Sachlichkeit kann die gewerbeärztliche Sprechstunde das werden, was sie sein möchte; eine Beratungsstelle, die sich des allgemeinen Vertrauens erfreut und die dadurch imstande ist, Gegensätze auszugleichen und unnütze Reibungen zu verhüten.

Gewerbeärztliche Sprechstunde

Der Gewerbemedizinalrat für den Aufsichtsbezirk IV übersendet uns eine Zuschrift, um deren Abdruck im Interesse der arbeitenden Bevölkerung er uns ersucht. Ohne uns mit den Hoffnungen dieses Herrn in bezug von wegen „Beilegung von unnützen Schärfen" und „vollkommene Unabhängigkeit" zu identifizieren, geben wir der Zuschrift Raum. Sie lautet:

Im Herbst vorigen Jahres ist die Zahl der preußischen Gewerbemedizinalräte von 5 auf 8 vermehrt worden, und hierdurch hat die Provinz Sachsen einen eigenen Gewerbearzt erhalten, dessen Dienstsitz Magdeburg ist.

Um aber einen engeren Konnex mit dem industriell so bedeutenden Gebiete des Saalkreises zu ermöglichen, wird der Gewerbearzt regelmäßig jeden 1. und 3. Freitag im Monat im Polizeipräsidium zu Halle, links, Erdgeschoß, Zimmer 25/26, von 17 bis 19 Uhr eine Sprechstunde abhalten. Die erste Sprechstunde findet am Freitag, dem 1. Februar, statt.

Einführung von Rückstrahlern an Fahrrädern

Um im Interesse der Verkehrssicherheit Radfahrer bei Dunkelheit dem Führer eines nachfolgenden Kraftfahrzeuges rechtzeitig kenntlich zu machen, ordnet, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ein gemeinsamer Runderlaß der Minister des Innern, für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und für Handel und Gewerbe an die nachgeordneten Behörden an, daß die von dem Oberpräsidenten erlassenen Straßenverkehrsordnungen sofort dahin zu ergänzen sind, daß Fahrräder auch mit einem Rückstrahler, der einfallende Lichtstrahlen in gelbroten Farben deutlich zurückwirft, zu versehen sind. Der Rückstrahler ist höchstens 60 Zentimeter über dem Erdboden am hinteren Teile des Fahrrades, sowie ein Schutzblech vorhanden ist, an diesem derart anzubringen, daß seine Wirkung weder durch Kleidungsstücke noch Teile des Rades oder in sonstiger Weise beeinträchtigt werden kann. Er muß so beschaffen sein, daß er im Lichtkegel solcher Kraftfahrzeugscheinwerfer, deren Wirkung als höchst zulässig zu betrachten ist, auf eine Entfernung von mindestens 150 Meter bis zu einem Winkel von 30 Grad nach beiden Seiten bei Dunkelheit mit normalsichtigen Auge deutlich zu erkennen ist. Um einerseits der Rückstrahler herstellenden Industrie, andererseits den Radfahrern eine Uebergangszeit für die Durchführung der Verordnung zuzubilligen, wird angeordnet, daß diese Verordnungen erst am 1. April 1. Jn. Kraft zu setzen sind. Ungeeignete Rückstrahler sind möglichst bald aus dem Verkehr zu ziehen.

(Fortsetzung des lokalen Teiles auf Seite 7.)

Lungenleidend, 100% kriegsbeschädigt

Herr H., Chemnitz, schrieb uns vor kurzem: Als 100% Kriegsbeschädigter (Lungenleiden) bekomme ich seit einigen Wochen von meinem Arzt Ihren „Nymphosan-Sirup" verschrieben. Ich muß bestätigen, daß Nymphosan-Sirup das erste Mittel ist, von den vielen Arzneien, welche ich bis jetzt anwandte, das dem hartnäckigem Leiden Einhalt gebot. Preis der Flasche Nymphosan Mk. 3.50, Perubondons 80 Pfg. — Erhältlich in allen Apotheken. — Alleinherst.: Nymphosan A.G. Starnberg am See bei München. 50

Sonnabend ist Schluß mit

Weiss unter Preis!

im Inventur-Ausverkauf — Bitterfeld — Halle, am Markt — Merseburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290125-14/fragment/page=0006

Sprachfehler können geheilt werden

Ein Besuch der Sprachheilschule in Halle

Nur einem geringen Teil der Bevölkerung ist es bekannt, daß angeborene Sprachfehler und Sprachgebrechen heilbar sind. Viele Eltern, deren Kinder durch solche Fehler sprachlich behaftet sind, huldigen noch der irrtümlichen Auffassung, daß diese Fehler mit der Zeit selbst verschwinden. Die Erfahrungen haben jedoch bewiesen, daß es leider nicht an dem ist. Auf Grund dieser Erkenntnis ist die Therapie (Sprachheilkunde) geschaffen worden, die das Ziel verfolgt, durch entsprechende Behandlung die Sprache der mit solchen Fehlern Behafteten zu bessern, zu heilen, zum mindesten aber verkehrsfähig zu machen. Daß dies der Sprachheilkunde gelungen ist, beweist der gestrige Besuch der Sprachheilschule in Halle durch die Presse.

Das Beitreten, die Sprache von Fehlern und Gebrechen zu heilen, ist uralt. In früheren Zeiten glaubte man z. B. das vielfache Stottern durch Spaltung oder Zerschneiden der Zunge usw. zu beseitigen. Die moderne Zeit hingegen hat einen weit besseren Weg gefunden und auch beschritten, den Weg der systematischen Sprachheilarbeit. Anfänglich machte man den Versuch, die Sprachheilarbeit im Rahmen der allgemeinen Volksschule vorzunehmen. So wurde 1910 in Halle die erste Sonderschule für Kinder mit Sprachfehlern gegründet. Aber auch diese Schule erwies sich alsbald als unzulänglich, weil die Sprachheilbehandlung im allgemeinen eine äußerst schwierige ist und nur mit geschulten Fachkräften vorgenommen werden kann. In vielen Fällen ist die Sprachheiltätigkeit mit langwierigen Behandlungen verbunden, bei schwierigen Fällen sind sogar Einzelbehandlungen notwendig. All diese Gründe führten dazu, daß im Jahre 1926 in Halle erstmalig ein Volksschulsystem mit acht Klassen, die Sprachheilschule am Marktplatz, gegründet wurde.

Die Sprachheilschule ist eine Sonderveranstaltung der Halleschen Volksschule mit demselben Lehrplanziel. Die Klassenstärke beträgt normal 18 Kinder. Das Urteil, das manche Eltern über diese Schule heute noch äußern, zeugt davon, daß es sehr viel an Aufklärung über Zweck und Ziel der Schule unter der Bevölkerung mangelt. Die Einwände, die man immer wieder hört, z. B. daß die Sprachheilschule nur eine Hilfsschule sei und Kinder infolgedessen nicht genügend lernen, daß Anstiegungsschwierigkeiten bestünden und der Weg zu weit sei, sind aber völlig unbegründet. Die Kinder lernen hier genau dasselbe, wie in der Volksschule, sie können sogar in der Sprachheilschule direkt zum Besuch von höheren Schulen herangebildet werden. Irgendwelche Anstiegungsgefahren bestehen nicht. Es ist seit Bestehen der Schule nicht ein einziges Mal eine Ansteckung vorgekommen. Für Kinder, die einen weiten Weg zur Schule haben, werden Fahrscheine ausgegeben.

Wie kommen nun die an Sprachgebrechen leidenden Kinder in dieses Heilinstitut? Bei Aufnahme der Kinder in die Volksschule werden die Eltern zunächst über die Sprache ihrer Kinder befragt. Von den als sprachgebrechlich gemeldeten Kindern werden dann Listen angefertigt und die Kinder selbst einer genauen Prüfung unterzogen. Von den gemeldeten Fällen wird dann ein bestimmter Teil zur Auswahl für die Schulaufnahmen gestellt, die an Hand genauer Fragebogen und mehrmaliger Prüfung erfolgt. So sind für das Schuljahr 1928/29 von 151 ausgewählten Fällen 87 behalten worden. Entlassen werden aus der Schule nur solche Kinder, die als absolut geheilt betrachtet werden können. Gegenwärtig werden in der hallischen Sprachheilschule 309 Kinder, worunter sich 98 Mädchen befinden, behandelt. Der Normalunterricht beträgt 18 Stunden.

Ein Blick in die einzelnen Klassen der Schule ließ erkennen, daß die Sprachbehandlung der gebrechlichen Kinder, die von den Lehrern und Lehrerinnen aufs feinste mit dem Schulunterricht verbunden wird, fabelhafte Erfolge zeitigt. Es waren Fälle zu verzeichnen daß Kinder, die an schweren Gebrechen leiden, und vor einem Jahr kaum ein Wort herausbrachten, schon sehr gut zu sprechen imstande waren. Die zahlreichen Uebungen, so z. B. das „Lippen- und Zungenturnen", die Atemübungen, Mund- und Lippenbewegungen, werden von den Kleinen mit großem Eifer und ersichtlichen Anstrengungen, manchmal auch unter Zuhilfenahme von Spiegeln, vorgenommen, wie auch die Teilnahme an dem Unterricht eine äußerst lebendige ist. Bei schwierigen Fällen werden, allerdings nur als letztes Mittel, auch mechanische Hilfsmittel angewendet.

Zum Schluß müssen wir noch eine Frage anschneiden, die vor allem im Interesse der werktätigen Bevölkerung, unter welcher der Prozentsatz der gebrechlichen Kinder am größten ist, von Bedeutung ist. Wir wissen nicht, ob durch die räumliche Unterbringung der Sprachheilschule in dem Gebäudekomplex der Francke-Stiftungen eine Beeinflussung der Schule durch den reaktionären Kastengeist dieser Stiftungen zu verzeichnen ist. Es wäre vor allem Angelegenheit der proletarischen Elternbeiräte, hier ein wachsames Auge zu haben und, sollte dies der Fall sein, dafür einzutreten, daß eine solche Beeinflussung durch entsprechende Maßnahmen unterbunden wird.

Einen Frauenabend mit Lichtbildern

Kommenden Dienstag veranstalten die Frauenabteilungen der Bezirke der Stadtteile Zentrum und Westen in der Produktivgenossenschaft. Ein besonders abwechslungsreiches, gutes Programm ist aufgestellt. Der Abend soll dem Andenken Rosa Luxemburgs gewidmet sein. Die Musik stellt die Musikabteilung des Jugendverbandes, Genossin Gundermann liest aus Briefen Rosa Luxemburgs, Genossin Martha Arendsee (M. d. R.) spricht über das Leben der gemeuchelten Genossin Rosa. Lichtbilder aus den Januarkämpfen 1919 vervollständigen das Programm. Genossinnen, werbt für guten Besuch, bringt Nachbarn und Bekannte mit.

Verkehrsunfall. Gestern vormittag gegen 10.45 Uhr wurde an der Ecke Große Steinstraße—Universitätsring eine weibliche Person beim Versuch, den Fahrdamm zu überschreiten, von einem Personenkraftwagen angefahren. Die Angefahrene klagte über Schmerzen am rechten Fuß.

Feuer! Gestern mittag wurde die Feuerwehr nach dem Preußenhof gerufen. Dort waren in einem Keller durch Umfallen eines brennenden Spirituskochers Packmaterialien und eine Kiste in Brand geraten. Nach kurzer Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken.

Renitenter Gast. Gestern gegen 20.30 Uhr wurde das Ueberfallkommando nach einem Lokal in der Königstraße gerufen. Dort hatte ein angetrunkener Mann dem Wirt, welcher ihn aus dem Lokal entfernen wollte, Schwierigkeiten und schlug mit Händen und Füßen um sich. Der Mann wurde zum Polizeirevier gebracht.

Vom Spielmannszug des RJB. werden wir ersucht, bekanntzugeben, daß derselbe heute abend um 7.15 Uhr zum Ueben auf dem Sportplatz antritt.

Theater, Konzerte und Vorträge

Georg Büchner, ein sozialer Dramatiker

Ueber das Leben des Dichters und Kämpfers Büchner, der die Parole „Friede den Hütten, Krieg den Palästen zum Leitsatz seines Lebens gemacht hatte, sprach gestern im Rahmen der Volkshochschulvorträge Dr. Wormann, Berlin. Wir sind in Halle selten in der Lage, solche Vorträge zu hören. Meist wird überhaupt ängstlich vermieden, von einem gegen Ruhe und Ordnung aufbegehrenden Gesellen zu sprechen, und wenn es doch geschieht, wird nur Geschichtsfälscherei daraus, wie es die Lessing-Feier der hallischen Universität bewies, bei der aus Lessing ein religiös verschrobener Wegweiser in die Romantik wurde. Um so erfreulicher war es, daß hier ein revolutionärer Dichter mit offenen Augen gesehen und daß über ihn eine offene Sprache geführt wurde. Dr. Wormann hob hervor, daß eine idealistische Betrachtungsweise falsch sei, daß der junge Büchner aus der Entwicklung seiner Zeit heraus verstanden werden müsse; wie Büchner dieser Entwicklung aber vorausgeeilt war, wenn er immer wieder betont, daß die Kräfte zur Befreiung der Menschheit bei den leidenden Massen liegen, nicht bei einigen intellektuellen Schwärmern. Der „Hessischen Landboten" bezeichnete Dr. Wormann als ein kommunistisches Manifest vor Marx und Engels, aber er vergaß nicht festzustellen, daß Büchner noch die Erkenntnis von Karl Marx über die Bedeutung des städtischen Proletariats fehlte, daß sich der in einem Agrarbezirk aufgewachsene Dichter auf die Bauernmassen stützte.

Die Proben aus Büchners Dramen, aus einer Novelle Lenz, aus seinen Briefen legten Zeugnis ab von der liebevollen Vertiefung in das Wesen dieses von der Bourgeoisie und seinem Theater in die Ecke gestellten Genies. Auch die Interpretation von „Leonce und Lena", einem der schönsten deutschen Lustspiele, die Herausarbeitung der darin enthaltenen lebendigen Gegensätzlichkeiten entsprach dem Bild, wie es die Arbeiter von Büchner bekommen sollen. Dieser dialektische Gegensatz wurde leider nicht konsequent zu Ende geführt. Die Entwicklung Büchners — der zum Helden seines letzten Dramas einen Proletarier im Waffenrock macht, statt einer historisch bekannten großen Persönlichkeit — wird nicht entscheidend genug betont gegenüber anderen Momenten, die Wormann bei Büchner als letzte Auswegsloseigkeit hinstellt. In der Tat überstimmt doch das Positive, Kämpferische, revolutionär Vorwärtsstrebende bei Büchner die weltschmerzlichen Gedanken, denen der aus dem Bürgertum kommende jugendliche Dichter — auch das ist ja historisch bedingt — unterworfen sein mußte. Weil diese letzte Auflösung fehlte, enttäuschte der Vortrag zum Schluß, schwächte sich ab. Fast grotesk wirkte es, doch lag das nicht am Vortragenden, daß die unglückselige Friederike Brion wiederholt in die Debatte gezogen werden mußte. Aber was zur Schande des deutschen Bürgertums an ihr und dem Dichter Lenz gesündigt wurde, gehört schon nicht mehr hierher.

Bei dieser Gelegenheit soll an die Intendanz des Stadttheaters die Frage gerichtet werden, wo die in der vorigen Spielzeit angekündigte Aufführung von „Leonce und Lena" geblieben ist. Die Komödie wurde nämlich stillschweigend abgesetzt. Vielleicht erinnert man sich dessen wieder. Es wäre bei dem jetzigen Wassersuppen-Spielplan wirklich einmal eine herzhafte Speise. Olf.

Volksbühne. Das Singspiel „Friederike" muß vom 30. Januar auf 25. Februar verlegt werden. Die gelösten Karten behalten Gültigkeit oder werden in der Geschäftsstelle zurückgenommen. Für die neue Operette „Barbetta" von Leo Ascher am 13. Februar beginnt die Kartenausgabe am Donnerstag. Spieltage „Rathan" am 20. Januar für G, ferner am 9. Februar für H und am 11. Februar für N. Die drei Einakter von Krenek am 6. Februar für B und am 27. Februar für G. Die Vorzugskarten zum Konzert der Robert-Franz-Singakademie sind ausverkauft. Möchter Kulturfilm „Kultur und Wildnis" am 28. Januar. Am Freitag, dem 1. Februar, veranstalten wir gemeinsam mit der Volkshochschule einen Tolstoi-Abend. Die Kartenausgabe hat bereits begonnen. Nächster offener Singabend am 12. Februar. Karten in unserer Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, Telephon 234 79.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Im Preußischen Staatsrat wurden vom Finanzminister vorgelegte Verordnungen beschlossen, die besonders eine Verschlechterung des Loses der Gewerbetreibenden bedeuten. Kommunistische Gegenanträge wurden abgelehnt.

Der Reichskanzler feilscht mit den Parteien über die parlamentarische Verabschiedung von Hilferdings Steuervorlage, wobei er auf das Konto der Werktätigen eine Konzession nach der anderen macht.

Zörgiebel hat beim preußischen Innenminister beantragt, einen Berliner Kommandeur in den Ruhestand zu versetzen, weil unter seiner Regie ein Schupo an Stelle der Arbeiter den Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß verprügelt hat. Der Kommandeur wird aber schon eine gute Pension bekommen.

Eine Nationalisierungskonferenz der Unternehmervertreter des Steinkohlen-Bergbaues findet zurzeit in Essen statt. Sie beschäftigt sich mit Verbesserung der Ausbeutungsmöglichkeiten, um den Bergbau noch profitabler zu gestalten.

Die Sühne für den entführten „Vorwärts"-Redakteur, an dessen Stelle der einiger Zeit unser Genosse Karl Schulz am Berliner Rundfunk sprechen konnte, besteht in einer Anklage auf Nötigung mit Freiheitsberaubung und Bedrohung mit Erschießung.

Im Deutschen Holzarbeiterverband, Zahlstelle Niesky (Schlesien), unterschlug der Kassierer, der Mitglied der SPD. und des Reichsbanners ist, 144 Mark.

Pilsudski gestaltet mit allen Mitteln als englischer Vasall seine Wehrmacht zum Kampfe gegen die Sowjetunion aus. In der Sitzung der Haushaltkommission wurde ein sozialistischer Antrag auf Herabsetzung des Heeresbestandes um 60 000 auf 150 000 Mann abgelehnt.

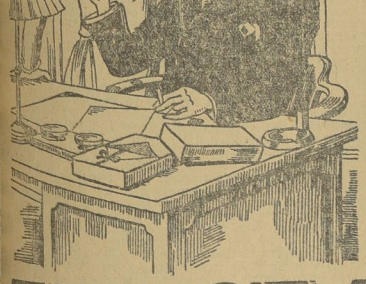
Im amerikanischen Senat wurde wieder einmal viel von der 1931 stattfindenden Marinebrüstungskonferenz geredet, um die jetzt in Amerika vor sich gehenden Rüstungen zu verschleiern.

In Mexiko wurden im Verlauf eines vierstündigen Gefechtes zwischen Bundestruppen und Aufständischen zehn Aufständische getötet und zwei Soldaten verwundet.

In Argentinien sind der ehemalige Gouverneur und der Finanzminister der Provinz San Juan verhaftet worden.

Mehrere Führer des Aufstandes in Guatemala sind erschossen worden, indessen man andere noch von Truppen verfolgen läßt.

In der spanischen Hypotheken-Kreditbank wurde der Direktor wegen Unterschlagungen verhaftet.



Angeregt

durch eine milde, köstliche **Kosmos-Kairo-Zigarette** ist das Korrespondieren eine wahre Lust. Die neben mir stehende Kassette feinen Briefpapieres erhielt ich gegen 25 „Kairo"-Gutscheine von der Zigarettenfabrik Kosmos zugesandt. Auch den echten Goldfüllfederhalter bezog ich gegen „Kairo"-Gutscheine. Er schreibt fabelhaft.

„Kosmos-Kairo" ist wirklich eine ideale Zigarette. Qualitativ ist sie vielen anderen Marken überlegen, denn ihre Mischung besteht aus über 20 Sorten edler Orienttabake. „Kosmos" garantiert ausdrücklich dafür, daß diese hohe Qualität unverändert bleibt.

Deshalb bietet das Sammeln der wertvollen Gutscheine tatsächlich Vorteile!

Eine Kassette feinen Briefpapieres erhalten Sie für 25 ¹/₁ Gutscheine,
einen Füllhalter mit 14 Karat Goldfeder für 150 ¹/₁ Gutscheine.

Auf je 25 ¹/₁ Gutscheine wird dieser Ausschnitt als 1 Gutschein angerechnet.

KOSMOS-KAIRO

Verlangen Sie die kostenlose Zusendung des illustrierten Prospektes + KOSMOS AG·DRESDEN 16

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290125-14/fragment/page=0007

Wirtschaftliche Rundschau

Nr. 21 — Freitag, 25. Januar 1929

Die Weltproduktion im Jahre 1928

Allgemeine Verschärfung der internationalen Konkurenz Wirkung auf die Sachverständigen-Tagung

Das letzte Jahr hat die imperialistischen Gegensätze in allen wichtigen Industriezweigen außerordentlich gesteigert. Die führenden kapitalistischen Staaten, voran Amerika, England, Deutschland und Frankreich, werfen immer größere Mengen von Industrieprodukten auf den Weltmarkt und stoßen in fremden Absatzgebieten zusammen. Amerika und Deutschland stützen sich hierbei auf ihre durchrationalisierten Anlagen und die hohe Kopfleistung der Arbeiter, Frankreich nützt immer noch die Vorteile seiner Währung aus und England behilft sich mit staatlichen Subventionen an die Industrie und läßt seine Arbeiter, besonders in den Schlüsselindustrien, weiter verelenden. Im Kohlenbergbau z. B., für den die vollständigen Zahlen vom letzten Jahr noch nicht vorliegen, hat England infolge des wilden Konkurrenzkampfes mit der deutschen Kohle 1928 etwa 200 Millionen Mark verloren. Trotzdem die Löhne in der Kohlenindustrie seit dem Jahre 1925 von 13 auf etwa 9,50 Mark pro Tonne Produktion heruntergeschraubt worden sind, gingen die Verkaufserlöse noch stärker zurück: von 18,50 auf 13 Mk, so daß die englische Regierung an die Kohlenkapitalisten eine neue Subvention von 80 Millionen Mark gewähren mußte. Trotz aller dieser Anstrengungen ist der englische Kohlenexport im letzten Jahre nur um etwa 2 Millionen Tonnen (von 51,9 auf 53,7 Millionen Tonnen) gestiegen. Die Kohlenförderung des Ruhrgebietes betrug 114,5 Millionen Tonnen, gegen 118 Millionen Tonnen im Vorjahre. Auch das Ruhrsyndikat hat riesige Summen für den Kampf gegen England verschleudert; die sogenannte Kampfumlage des Syndikats hat 1928 zwischen 180 und 200 Millionen Mark betragen. Etwa 90 Prozent dieser Summe wurde für die Exportkonkurrenz verbraucht; das Syndikat schuf sich dafür im Inlande Ersatz durch Erhöhung der Kohlenpreise in den „unbestrittenen Gebieten" und vor allem durch Steigerung der Ausbeutung der Ruhrbelegschaften. Auch im laufenden Jahre geht der Weltkohlenkrieg zwischen England und Deutschland weiter, und schon fordern die Ruhrkönige das „staatliche Eingreifen", sei es in Form von Subventionen und Frachttarifermäßigungen, sei es durch politische und soziale Maßnahmen zur Unterstützung des Ruhrkohlenkapitals.

Die Weltproduktion an Stahl ist 1928 auf etwa 106,6 Millionen Tonnen gegen 102 Millionen Tonnen im Vorjahre gestiegen. Zum erstenmal war dabei die Rohstahlgewinnung Amerikas größer als diejenige Europas. Während im Jahre 1927 Europa noch etwa die Hälfte der Weltmenge an Rohstahl erzeugte — 52,35 Millionen Tonnen —, liegt die europäische Erzeugung im Jahre 1928 bereits wesentlich unter der Hälfte — auf 51 Millionen Ton. gegen 52,47 Millionen Tonnen Amerikas, 2,45 Millionen Tonnen Asiens und 0,55 Millionen Tonnen Australiens und Südafrikas. Die Vereinigten Staaten allein erzeugten 51,2 Millionen Tonnen, das sind über 48 Prozent der Weltproduktion und 5½ Millionen Tonnen mehr als im Vorjahr! Auf Deutschland entfielen 14,3 Millionen Tonnen (gegen 16,3 im Vorjahre; die Aussperrung!), auf das Saargebiet 2 Millionen Tonnen, auf Frankreich 9,2 Mill. Tonnen (8,3 Millionen Tonnen im Vorjahre), auf England 8,6 Millionen Tonnen (9,2 Millionen Tonnen im Vorjahre). Aus diesen Zahlen sind zwei Tatsachen von größter weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Bedeutung zu ersehen. Die Vereinigten Staaten haben im letzten Jahre allein (ohne andere amerikanische Länder) um etwa 190 000 Tonnen mehr Stahl erzeugt, als das gesamte Europa. Zweitens hat die Produktion Frankreichs um fast eine Million Tonnen England überflügelt.

Der lothringische Stahlbezirk gewinnt neben dem Ruhrgebiet steigende Bedeutung, und diese beiden untereinander kartellierten Kontinentalindustrien prallen auf dem Weltmarkt gegen das schwächere England und das stärkere Amerika an. Andererseits sind auch innerhalb des deutsch-französischen Rohstahlkartells Gegensätze ausgebrochen, indem jede Gruppe auf Kosten der anderen profitieren will und beide die Erhöhung ihrer Quote fordern: die Deutschen drohen sogar mit der Sprengung des Kartells. Solange sich England in seinem Rückzug befindet und solange Amerika an seinem gewaltigen Inlandsmarkt fixiert, können sich auch Ruhr und Lothringen, Deutschland und Frankreich, einigermaßen frei entwickeln. Aber in dem Augenblick, wo England seine Schutzzollvorbereitungen abschließt und in Amerika die große Inlandskonjunktur abflaut, ist der „bewaffnete Friede" auf den Weltmärkten aus und der offene internationale Stahlkonkurrenz-Krieg mit seinen ganzen katastrophalen Folgen steht ein. Fordert schon der Kohlenkrieg von Deutschland einen Jahresaufwand von 200 Millionen Mark, so wird der Stahlkampf diese Summe noch vervielfachen und die ganze weltpolitische Lage, sowie die soziale Lage in den einzelnen Ländern, verschärfen. Es ist klar, daß Amerika, mit seinen unbegrenzten Kapitalreserven, seiner überlegenen Inlandsmarkt-Basis und seiner politischen Macht diesen Stahlkampf am längsten wird ertragen können, und daß die Krise daher zuerst und am schwersten Europa treffen wird.

Diese Kämpfe werden nicht allein die Schwerindustrie erschüttern, sondern auch auf die ganze Verarbeitung, die Industrien von Maschinen, Automobilen usw. übergreifen müssen. Der größte Stahlverbraucher Amerikas ist heute die Automobilindustrie geworden. Doch je mehr Stahl im Inlande Amerikas von den wachsenden Automobilanlagen angefordert wird, desto größer wird der Ueberfluß und das Exportbedürfnis für die fertigen Waren, so daß hier der Stahlexport nur eine höhere Kapitalform annimmt. In den Vereinigten Staaten wurden im Jahre 1928 4 650 000 Wagen fabriziert gegen 3 570 000 im Vorjahre. Für das laufende Jahr sind die Fabriken auf eine Produktion von 5 Millionen Automobile eingestellt; Ford will seine Produktion von 800 000 Stück sogar verdoppeln, nachdem er kürzlich unzählige Millionen in der Umstellung und dem Ausbau seiner Betriebe investiert hat. Die Ford-Agenten überschwemmen jetzt die ganze Welt, um Abnehmer für diese Mehrproduktion zu finden. Auf der anderen Seite aber rüsten auch die Automobilfabriken Europas fieberhaft zur Aufnahme der forcierten Konkurrenz, mindestens aber zum Schutz ihrer Inlandsmärkte: so in Deutschland Opel, Daimler und Adler; in Frankreich Citroen und Peugeot; in England Austin und Morris; in Italien Fiat usw. Gerade die Rationalisierung der Automobilindustrie ist jetzt Trumpf in allen Industrieländern des Kontinents und auch hier ist es das offene Ziel, die bisherige Weltmarkt-Hegemonie Amerikas zu brechen.

Konkurriert wird jedoch nicht allein zwischen Deutschland und den Angelsachsen, sondern ebenso scharf zwischen England und Amerika selbst, zwischen England und Japan usw. An der Einfuhr des britischen Dominions Kanada ist heute England nur mit 16,8 Prozent beteiligt, die Vereinigten Staaten dagegen mit 64,9 Prozent. An der Einfuhr Indiens war England vor dem Kriege mit 64,2 Prozent, 1927/28 nur noch mit 47,7 Proz. beteiligt, während zugleich der Anteil Amerikas von 2,6 Prozent auf 8,2 Prozent, der Anteil Japans von 2,6 Prozent auf 7,2 Proz. stieg. Eine andere englische Kolonie, Südafrika, schließt einen Handelsvertrag mit Deutschland, der den englischen Handel schädigt und läßt sich von deutschen Konzernen eine Stahlindustrie aufbauen, die die englischen Einfuhrwaren überflüssig macht.

*

Das Anschwellen der industriellen Weltkonkurrenz hat nicht nur die politischen Beziehungen zwischen den führenden Staaten im Jahre 1928 beeinflußt und die imperialistischen Rüstungen begünstigt, — das gleiche unlösbare Problem steht auch im Hintergrunde der neuen „Reparationsregelung" durch das Sachverständigen-Komitee. Während die französische Bourgeoisie, die industriell mit Deutschland teilweise verbündet ist, das größte Interesse daran hat, eine möglichst hohe Reparationssumme von Deutschland herauszupressen, vergessen die Engländer und auch die Amerikaner nicht einen Augenblick, daß die Reparationsbelastung Deutschland zur verschärften Exportoffensive — gegen ihre eigenen Waren — antreibt. Die englischen Unternehmer haben offen drohend erklärt, daß an dem Niedergang ihrer Kohlenindustrie die deutschen Reparations-Sachlieferungen die Schuld tragen, die „unfairen Preis" erfolgen. Die „Sachverständigen" sollen versuchen, zwischen den widerstreitenden kapitalistischen Interessen einen Ausgleich zu finden. Aber selbst John Pierpont Morgan vermag nicht, den grundlegenden ökonomischen Widerspruch der heutigen kapitalistischen Welt zu lösen, den Widerspruch zwischen den wachsenden Produktivkräften und der Aufnahmefähigkeit des Marktes. Die einzige „Lösung", zu der sich die Kapitalisten aufschwingen können, ist die eines neuen Weltkrieges. Nach solcher Konkurrenzjahre wie 1928 — und wir haben ihn.

Bilanzfälschungen bei Krupp

20 Millionen Mark sind verschwunden

In der neuen, bereits besprochenen Bilanz der Friedrich Krupp A.-G. kann in einem Falle nachgewiesen werden, wie die Krupp-Verwaltung willkürlich in der Bilanz 20 Millionen Mark verschwinden läßt, um dafür gegenüber den Arbeitern und zur Verteidigung des Hungerschiedsspruches von Severing mit einem geringeren Gewinne auftreten zu können.

In dem Vorjahre (1928) hat der Krupp-Konzern von dem Stahlverein einige Beteiligungen übernommen, und zwar 500 Kuxe der Gewerkschaft M. Schalippe, ferner die Mehrzahl der Norddeutschen Hütte. Dafür hat Krupp an den Stahlverein das Werksgelände am Niederrhein abgetreten und außerdem noch 30 Millionen Mark bezahlt. Es hätte also in der Bilanz des Stahlvereins eine Verminderung des Anlagewertes um 30 Millionen Mark und in derselben Höhe ein Zuwachs des Anlagewertes bei Krupp in Erscheinung treten müssen. Tatsächlich hat auch in der Bilanz des Stahlvereins der Posten „Beteiligungen und Wertpapiere" um 30 Millionen gegenüber dem Vorjahre abgenommen.

Bei Krupp wird aber der Zuwachs an Beteiligungen nur mit einem um rund 10 Millionen Mark höheren Betrage ausgewiesen, obwohl er tatsächlich 30 Millionen Mark ausmacht. Es ist also ein Betrag von 20 Millionen Mark spurlos verschwunden. Es handelt sich, nach dem Ausdruck der Kapitalisten, um eine Vermehrung der „stillen Reserven" durch Gewinnverschleierung. Dieser versteckte Gewinn in Höhe von 20 Millionen Mark ist fast dreimal so groß, als der offiziell ausgewiesene Reingewinn von sieben Millionen Mark.

Aber auch die Bilanz des Stahlvereins zeigt die wirkliche Entwicklung der Rentabilität also keineswegs besser auf. Es ist bekannt, daß bei der Gründung des Stahlvereins die Bergwerke und Hüttenanlagen viel höher als vorher bei den einzelnen Gründergesellschaften bewertet wurden, obwohl vom Stahlverein ein großer Teil der Produktionsanlagen stillgelegt wurde. Dafür sind nicht die geringsten Abschreibungen gemacht worden. Wenn nun der Stahlverein im Jahre 1928 eine Abschreibung von insgesamt 86,8 Millionen Mark hat vornehmen können, so wird damit die ursprüngliche Ueberbewertung keineswegs wettgemacht. In diesen Abschreibungen stecken vielmehr ebenfalls zum großen Teil Gewinne; denn zu hohe Abschreibungen lassen die Produktionskosten höher erscheinen, als sie es tatsächlich sind.

Trotz der aufgeblähten Anlage- und Kapitalkontos in der Gründungsbilanz hat der Stahlverein sein Anlagekonto bis 1928 um weitere 213 Millionen Mark erhöht. Dazu ist er imstande gewesen, weil der tatsächliche Neuzuwachs an Maschinen und sonstigen Produktionsanlagen noch weitaus größer gewesen ist. Auch hierin liegt also eine Gewinnverschleierung, die das Vielfache des ausgewiesenen Reingewinnes von 47,8 Millionen Mark ausmacht.

Sieben Prozent Dividende der Mitteldeutschen Stahlwerke

Auch die vom Stahlverein beherrschten Mitteldeutsche Stahlwerke A.-G. werden für das Geschäftsjahr 1928 wie im Vorjahre eine Dividende von 7 Prozent — 3,5 Millionen Mark verteilen. Der Reingewinn beträgt 3,66 Millionen Mark (im Vorjahre 3,99), der Betriebsüberschuß 12,17 Millionen Mark (im Vorjahre 11,27). In der Erhöhung der Anlagekonten um 6 Millionen Mark kommt zum Ausdruck, daß auch die Mitteldeutschen Stahlwerke A.-G. einen großen Teil der Gewinne zur Selbstfinanzierung von Um- und Neubauten verwendet haben.

Die Deutsche Edelstahl-Werke A.-G., ebenfalls zum Machtbereich des Stahlvereins gehörend, weisen für das Geschäftsjahr 1928 einen „Verlust" von 728 411 Mark aus. Gleichzeitig sind aber gegenüber dem Vorjahr die Abschreibungen willkürlich von 1,25 Millionen Mark um über das Doppelte auf 3,1 Millionen Mark erhöht worden. Trotzdem weist das Anlagekonto einen Zuwachs um 3,7 Millionen Mark (insgesamt 36,87) auf. Ein Zeichen für größtzügige Gewinnverschleierung! Nach der Bilanz ist eine gewisse Verschlechterung in der Kreditlage eingetreten. Die kurzfristigen Verpflichtungen sind fast um das Doppelte auf 16,12 Millionen Mark angewachsen, während die Bankguthaben um über die Hälfte auf 0,66 Millionen Mark gesunken sind. Diese Verschlechterung der Flüssigkeit steht aber nicht in Widerspruch zu der Tatsache, daß gerade die Bilanz selber beweist: Auch für die Deutschen Edelstahlwerke ist das Jahr 1928 eine Zeit fortgesetzter Rationalisierung und technischer Umstellungen vor allem mit Hilfe eigener Profite gewesen.

General-Motors schluckt Opel

In der bürgerlichen Presse finden sich „Gerüchte", nach denen die Mehrheit des Aktienbesitzes der Automobilfirma Adam Opel (Rüsselsheim) in die Hände der amerikanischen General-Motors-Gesellschaft übergegangen sein soll. Wie die „Rote Fahne" aus bestimmter Quelle erfährt, ist dies tatsächlich der Fall. General-Motors hat 51 Prozent der Aktien von Opel übernommen. Die großen Profite der General-Motors-Gesellschaft, die bereits Ford überflügelt hat und damit das größte Automobilunternehmen der Welt darstellt, lassen sich in viel gewinnbringenderer Weise in Deutschland anlegen, wo der Lohn niedrig und die Profitrate höher ist. Ein Stab amerikanischer Ingenieure ist bereits unterwegs, um auf die Leitung der Opelwerke Einfluß zu nehmen. Opel ist bekanntlich die größte Automobilfirma Deutschlands (gleichzeitig die größte Fahrradfabrik der Welt) und einer der Betriebe, in denen die kapitalistische Rationalisierung am energischsten durchgeführt ist und das brutalste Antreibesystem herrscht.

Durch die im Dezember erfolgte Umwandlung in eine Aktiengesellschaft wurde die Bahn für den Anschluß an das amerikanische Finanzkapital juristisch freigemacht. Die bisherigen Leiter haben schon verschiedentlich gezeigt, daß sie keineswegs „nationalistisch beschränkt" sind und in großzügigster Weise amerikanische Ausbeutermethoden anwenden. So haben sie z. B. aus Furcht vor den Kommunisten zur Zeit des letzten Wahlkampfes für die sozialdemokratischen Redner Crispien und Kummer die Mittagspause um eine Stunde verlängert und den Arbeitern verboten, während der verlängerten Mittagspause den Betrieb zu betreten. Jetzt scheinen sie bei dem gemeinsamen Kampf um die Weltmacht mit den stärkeren amerikanischen Bundesgenossen die Führung, wenn nur die Garantie haben, an dem aus den Opel-Proleten herausgeschundenen Profit beteiligt zu sein.

Rekordumsatz, Rekordgewinn der AEG.

Die Verwaltung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft teilt mit, daß der Reingewinn nach erhöhten Abschreibungen 16,5 Millionen Mark gegenüber den vorjährigen 12,3 Millionen Mark ausmachen wird. Das bedeutet, daß der tatsächliche Profit sich auch noch um die Summe jener Millionen erhöht, die durch Abschreibungen und anderen Konten verbucht werden. Der Umsatz macht eine halbe Milliarde aus. Wenn trotzdem die Dividende nicht erhöht wird und, wie im Vorjahre, 8 Prozent ausgeschüttet wird, so bedeutet dies nur, daß die AEG.-Könige die Politik der gesteigerten Akkumulation, der beschleunigten Kapitalbildung fortsetzen. Selbst die bürgerliche Presse, wie z. B. das „Berliner Tageblatt", bemerkt zu dem wortkargen Bericht, daß er einen Einblick in die tatsächliche Höhe der Profite nicht gestatte.

Die „Not" der Zuckerindustrie

Pommersche Provinzial-Zuckersiederei. Geschäftsabschluß 30. September 1928: Bruttogewinn 839 539 Mk. gegen 774 114 Mk. im Vorjahre. Abschreibungen 358 511 Mk. (332 040 Mk. im Vorjahre). Zur Ausschüttung an die Aktionäre gelangen 481 883 Mk. (442 074 Mark im Vorjahre), gleich 11 Prozent, gegen 10 Prozent im Vorjahre und 8 Prozent 1926. Die „Not" der Aktionäre „steigt", weshalb mußte die SPD. — als Vertreterin der „Notleidenden" — in Einheitsfront mit den Deutschnationalen den Zollzoll von 15 Mk. auf 25 Mk. pro Doppelzentner erhöhen.

Getreidebeschaffung in der Sowjetunion

Die Sprache der Zahlen gegen Lügenmeldungen

Die Sowjet-Presse macht kein Hehl daraus, daß die Sowjet-Regierung gegen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Getreidebeschaffung zu kämpfen hat, Schwierigkeiten, die sich aus der Durchführung des großen Industrialisierungsplanes der USSR. aus eigenen Mitteln, aus dem vorhandenen Warenmangel und der Notwendigkeit, das Tempo der Entwicklung zu forcieren, ergeben. Die Zahlen zeigen aber, daß die Lügenmeldungen der reaktionären bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse über angeblich bevorstehende Hungersnot absolut aus der Luft gegriffen sind. Die Getreidebeschaffung der letzten Monate übersteigt sogar diejenige des Vorjahres. In der Zeit vom 1. Juli 1928 bis 1. Januar 1929 wurden insgesamt 5 860 313 Tonnen Getreide in der USSR. eingebracht. Im Juli vorigen Jahres war die Menge des beschaffenen Getreides geringer als im Juli des Vorjahres, ebenso im August 1928, aber im September 1928 zeigt die Zahl von 1 470 194 Tonnen eine Zunahme von 0,5 Prozent gegenüber dem Monat September des Vorjahres. Im Oktober 1928 wurden 1 780 924 Tonnen eingebracht (um 68,5 Prozent mehr als im Vorjahre), im November 986 437 Tonnen (um 47,8 Prozent mehr als im selben Monat des Vorjahres) und im Dezember des Vorjahres 1 Tonnen (um 47,5 Prozent mehr als im Dezember des Vorjahres).

Wir sehen also, daß die Getreidebeschaffung der letzten Monate den Ausfall der Sommernote durchaus einholt. Es liegt kein Grund vor, pessimistisch in die Zukunft zu schauen.

Charakteristisch für den Aufschwung in der Getreidebeschaffungskampagne sind nicht allein die Zahlen, sondern die neue Weise der Getreideeinbringung. Aus den verschiedenen Teilen der Union treffen Meldungen ein über eine kollektive Getreidebringung des Getreides. So wurden aus dem Tschitzopol-Kanal (bei Kasan) 100 Fuhren Getreide kollektiv abgeliefert. Aus Novosibirsk wurden 100 Tonnen Getreide kollektiv abgeliefert „Rote Karawanen", zur Ablieferung von Getreide bildeten sich in verschiedenen Dörfern des Kaukasus und in der Ukraine. Im Gebiete von Kiew wurden allein in den ersten fünf Tagen des Januar 780 Tonnen Getreideprodukte abgeliefert. Diese kollektive Ablieferung, die von den Dörfern selbst organisiert wird, zeugt von dem gesteigerten Klassenbewußtsein des Sowjet-Dorfes.

Amerikas Automobilproduktion 1928

In den Vereinigten Staaten und Kanada sind im Jahre 1928 4,65 Millionen Kraftwagen gegenüber 3,57 Millionen im Jahre 1927 hergestellt worden. (Canon 4,0 Millionen Personenwagen). Der Verkaufswert belief sich im Jahre 1928 auf 12,8 Milliarden Mark, die Zahl der in der Kraftfahrzeugwirtschaft beschäftigten Personen auf 4,11 Millionen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290125-14/fragment/page=0008

Aus den Betrieben

Unter den entgleisenden Grubenwagen geraten

Wieder ein Opfer der Profitwut der Elektrowerke

Am Freitag, dem 18. Januar, ereignete sich auf der Grube „Golpa" ein gräßlicher Unfall, dem ein junges, blühendes Menschenleben zum Opfer fiel. Am Nachmittag fuhr ein leerer Zug, vom Absatzbagger kommend, nach dem Bagger. Die Maschine schob den Zug. Der vorderste Wagen war der Bremswagen, auf dem der Bremser Walter Fenzke stand. Dieser Wagen kippte während der Fahrt. Um sich nun selbst zu retten und dem Maschinenführer das Haltesignal zu geben, sprang der Bremser ab, und zwar nach der Seite, auf welcher der Führer sein Signal bemerken mußte. Auf dieser Seite lag aber ein Haufen Erde, die von dem vollen Wagen heruntergefallen und bei der grimmigen Kälte hartgefroren war. Auf diesem Erdhaufen rutschte Fenzke ab und kam an dem Fahrgleis zum liegen.

In diesem Augenblick entgleiste der dem Bremswagen folgende große Wagen, ergriff Fenzke und schleppte ihn noch eine Strecke mit.

So wurde Fenzke getötet. Wir richten zunächst die Frage an die Betriebsleitung: „Wäre der Unfall nicht zu vermeiden gewesen, wenn der Erdhaufen rechtzeitig hinweggeräumt worden wäre? An Angestellten, die diesen Uebelstand hätten bemerken müssen, fehlt es doch wahrhaftig nicht. Denn, wenn auch unter den Arbeitern gründlich rationalisiert worden ist, so ist man bei den Angestellten, besonders bei den Höheren, recht glimpflich vorgegangen. Kommt doch jetzt schon

auf zehn Arbeiter ein Vorgesetzter resp. Antreiber.

Früher bei einer weit höheren Belegschaftsziffer leitete den Betrieb der Oberingenieur allein, und sicher war die Leitung besser als jetzt, wo noch drei hohe Angestellte im Betrieb umherlaufen.

Die Wagen werden bis zum Ueberlaufen vollgefüllt, die Maschinenführer müssen die größte Fahrtgeschwindigkeit ausüben, müssen Buch führen über die Zeit der Abfahrt vom Bagger, über Ankunft auf der Kippe und etwaigen Störungen während der Fahrt. Und alles um des lieben Profites willen, selbst wenn es über Arbeiterleichen gehen muß. Daß bei einem solchen Antreibesystem solche Unfälle vorkommen müssen, ist wohl einleuchtend.

Wie stellt sich nun die Belegschaft dazu? Mit Schimpfen und Räsonieren ist es allein nicht getan. Der einzige Weg ist: „Hinein in den Bergarbeiterverband. Aber nicht nur als zahlende Mitglieder, sondern als kämpfende, die gewillt sind, den Kampf aufzunehmen:

Für Umgestaltung des Verbandes zur Kampforganisation!

Für auskömmliche Löhne, die ein menschenwürdiges Dasein garantieren!

Für die Achtstundenschicht!

Für die Verbesserung der Schutzvorschriften!

Für genügende Sicherung ihrer Berufstätigkeit im Betriebe!

*

Von einem anderen Arbeiter wird uns im Zusammenhang mit dem Betriebsunfall, über die auf Golpa herrschenden Zustände, noch folgendes geschrieben:

Von Woche zu Woche mehren sich auf Grube Golpa die Betriebsunfälle. Der auf einem Abraumzug tätige Bremser Walter Fenzke verunglückte dadurch tödlich, daß von dem sich in voller Fahrt befindlichem Zuge der Bremswagen, auf dem sich der genannte befand, entgleiste. Ist es nach den bergpolizeilichen Vorschriften überhaupt statthaft, daß ein Zug von 100 Meter Länge von einer Maschine von hinten geschoben wird, wie es hier der Fall war? Wenn auf solcher Entfernung ist es unmöglich, das ein Maschinenführer von hinten übersehen kann, was vorn mit dem Bremser auf dem befindlichen Bremswagen geschieht. Im Interesse aller auf der Grube Golpa Beschäftigten raten wir nun einmal Herrn Betriebsingenieur Hasenknopf, der doch allen mit seinen Rationalisierungs- und Ausbeutungsmethoden bekannt ist, sich etwas näher mit den Unfallverhütungsvorschriften vertraut zu machen. Oder gibt es solche im Bergbau nicht? Sie müßten doch sogar in jeder Bude, welche als Unterkunftsraum während der Pausen dient, zum Aushang gelangen, denn die Bilder jeden Freitag auf der Rückseite der Mammonstüte, wie zum Beispiel das Gebiete auf das Rauchverbot, Leichtsinn führt zu Feuersnot!" genügen doch wohl auf keinen Fall.

Die gesamte Belegschaft selbst sollte sich einmal ihrer erbärmlichen Lage bewußt sein. Nicht ein einziger Betriebsvertrauensmann besteht!

Setzt die sofortige Aenderung dieses Zustandes durch! Wählt Euch Betriebsvertrauensleute!

Wie die Kohlenkönige mit den Erwerbslosen Schindluder treiben

A.-K. Auch die Verwaltung der Grube „Cäcilie", Lükkenforf, glaubt, da die Erwerbslosen anscheinend noch nicht genügend schikaniert werden, deshalb ein Uebriges dazu beitragen zu müssen, was folgender Vorfall beweist.

Am 16. Januar, vormittags, rasselte im Stempelbureau Neumark das Telephon. Es wurden von der Verwaltung „Cäcilie" zehn Mann zur Arbeit angefordert, zu melden beim Betriebsführer Bröbel. Der Gemeindesekretär, hocherfreut, daß er zehn Arbeitslose durch „Nachweis von Arbeit" los wird, füllt sofort zehn Zettel aus und schickt den Gemeindediener los. Sodann machten sich alle zehn Mann auf die Suche nach dem „Allgewaltigen" Herrn Bröbel. Nach längerem Suchen setzte dann ein hochnotpeinliches Verhör ein und die Mehrzahl wird eingestellt. Die Kriegsverletzten aber, die diese Arbeit nicht verrichten können, wurden unter Redensarten wie: „Wir haben Krüppel genug, Krüppel können wir nicht mehr brauchen", abgewiesen. Nun, Herr Bröbel, haben doch denn die Kriegsverletzten nicht auch mit in Ihrem Interesse die Knochen kaputtschießen lassen? Denn Sie als Aktionär der „Cäcilie" hatten doch damals gewiß großes Interesse daran, den Krieg noch zu verlängern, denn da blühte doch Ihr Weizen. Aber gemach, die Kumpels vom Geiseltal werden auch einmal aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen und dafür sorgen, daß Ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die angenommenen Arbeiter wurden, nach längeren Wochen wieder einmal Arbeit zu erhalten, wurden aber die Erfahrung machen, daß sich die Verwaltung eine ziemliche Dreistheit gegen sie erlaubt hatte. Als die Kollegen zum Verwaltungsgebäude kamen und ihren Annahmezettel vorlegten, wurde ihnen kaltblütig erklärt, daß sie alle wieder entlassen seien, weil keine Aufträge mehr da seien. Will man uns nun glauben machen, daß eine Verwaltung 4 bis 5 Stunden vorher nicht wußte, daß keine Aufträge mehr vorhanden sind? Nein, es bleibt schon dabei: man wollte anscheinend betreffs Schikanierung von Erwerbslosen nicht zurückstehen.

Arbeiter, zieht aus all diesen Vorkommnissen die richtige Lehre. Nur eine geeinte rote Klassenfront kann dieses morsche kapitalistische System das die Arbeiter nicht nur ausbeutet, sondern noch auf jede Weise schikaniert, beseitigen.

Landarbeiterelend auch in Heringen

A.-K. Die Firma H. Schreiber u. Sohn in Heringen, die außer ihren landwirtschaftlichen Betrieben eine Zuckerrübenkernstation am Ort unterhält, die ihr ebenfalls ungeheure Gewinne einbringt, gehört zu den Großbetrieben, in denen die erbärmlichsten Hungerlöhne gezahlt werden. Aus den kleinsten Anfängen heraus ist aus dieser Firma auf Grund ihres Ausbeutungssystems ein landwirtschaftlicher Güterkonzern geworden, der in der Vorkriegszeit ein Betriebskapital von 27 Millionen aufzuweisen hatte. Im Vergleich dazu sind jedoch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Land- und Fabrikarbeiter derart schlechte, daß es angebracht erscheint, die wirtschaftliche Lage dieser beiden Arbeiterkategorien einmal eingehend zu behandeln.

Es ist bekannt, daß unter den Landarbeitern Familienväter ein wöchentliches Einkommen von sage und schreibe 13 Mark haben. Von diesem Hundelohn werden noch 2 Mark für Feuerungsbedarf abgezogen, so daß ganze 11 Mark übrig bleiben. Dabei werden im Winter 54, im Sommer 60 Stunden wöchentlich geschuftet. Daß Landarbeit Schwerarbeit ist, weiß jedes Kind. Der Deputatlohn beläuft sich auf 4 bis 5 Mark, so daß im ganzen etwa 17 bis 18 Mark Gesamtverdienst in Frage kommen. Genau so schlecht werden auch die Fabrikarbeiter bezahlt. Eine besondere Klasse bilden die Arbeiterinnen. Für sie sind 8 bis 10 Mark Lohn keine Seltenheit. Auch sie müssen so lange schuften. Wenn man weiter die Dienst- bzw. Deputatwohnungen der Landarbeiter betrachtet, dann kann einem das Gruseln ankommen vor diesen Löchern.

Ein besonderes Kapitel ist auch die Behandlung seitens der Vorgesetzten Oberinspektor, Inspektor und Verwalter tun ihr Möglichstes, um den Arbeitern den „Himmel auf der Erde" erstehen zu lassen. Es ist notwendig, besonders über den Verwalter B. einiges zu sagen. Auf Grund seines Verhaltens gegenüber der Arbeiterschaft müßte er sich sogar in der letzthin stattgefundenen Stahlhelmversammlung allerhand „Schmeicheleien" sagen lassen. Arbeiter, recht so. Sagt diesen Ausbeuternknechten gründlich die Wahrheit. Ihr müßt aber auch die Konsequenzen ziehen und der Ausbeuter-Schutzorganisation, wie sie der Stahlhelm darstellt, den Rücken kehren.

Eine Polin, die schon einige Jahre auf dem hiesigen Gut arbeitet, betreute, da sie infolge Krankheit nicht auf dem Feld arbeiten kann, die Kinder ihrer Kolleginnen. Dafür konnte sie sich Erbsen im Laufe der Zeit vom Felde aufsammeln. Eines Tages wollte sie die Erbsen durch ihren Mann verkaufen lassen. Herr B. nahm dem Mann die Erbsen ab, angeblich, um sie „sicherzustellen", da sie nach seiner Aussage auch gestohlen (!) sein könnten. Ob die Arbeterin die Erbsen wieder bekommen hat, ist nicht bekannt. Solche unerhörten Schikanen kommen andauernd vor! Die Landarbeiter dürfen sich derartige Ausfälle keinesfalls länger bieten lassen.

Landarbeiter und -Arbeiterinnen, macht Schluß mit Euren Ausbeutern! Zeigt den Antreibern, daß Ihr noch da seid! Freiwillig werden sie Euch keine Lohnzugeständnisse machen. Legt endlich die Euch zum Verderben gereichende Ideologie, wie sie u. a. auch in dem Ausspruch zum Ausdruck kommt: „Der Herr wird schon wissen, was er bezahlen kann", ab. Stärkt die Reihen im DLV.! Kämpft Schulter an Schulter mit Eurer Interessenvertreterin, der Kommunistischen Partei. Nur so werdet Ihr Eure Elendslage beseitigen können.

Betriebsmord!

Todessturz vom Montagegerüst

In der Zementfabrik in Nienburg stürzte der bei der Firma Gellendien & Hassner, Bernburg, beschäftigte Schlosser Willi Weber aus Latdorf bei Montagearbeiten aus 18 Meter Höhe ab. Der erst 24jährige Schlosser erlitt einen Schädelbruch, dem er erlag.

Auch die ostpreußischen Landarbeiter vor dem Lohnkampf

Der Deutsche Landarbeiter-Verband und der Zentralverband der Landarbeiter (Christlich-national) haben am 31. Dezember 1928 die für die Provinz Ostpreußen geltenden Lohntarife gekündigt. Die Kündigung läuft am 31. März ab. Der DLVB. kämpft in erster Linie um seine Anerkennung als Tarifkontrahent.

An der Tarifbewegung in Ostpreußen sind etwa 250 000 Landarbeiter und -arbeiterinnen interessiert.

Oppositionserfolge bei den Neuwahlen im Fabrikarbeiterverband Berlin

Die Reformisten sind sehr bescheiden. Sie verkünden einen großen Sieg im Berliner Fabrikarbeiterverband, weil es der Opposition noch nicht gelungen ist, die Reformisten vollständig zu schlagen. Zwar haben sie

zur Finanzierung der SPD.-Fraktionsarbeit namhafte Mittel aus der Ortskasse entnommen,

um allen ihren „Anhängern" Flugblätter gegen die Opposition per Post zuzusenden, aber, auch das hat nichts genützt.

Worüber triumphieren die Reformisten? Weil es ihnen gelungen ist, zwei Bezirke in Berlin von über 20, und zwar Adlershof und Oberschöneweide, zurückzugewinnen.

Anders sieht der „Sieg" der Reformisten in den anderen Bezirken aus. In Neukölln hatten sie im vergangenen Jahre 29 Stimmen Vorsprung, jetzt nur noch 11 und diese nur dadurch, daß sie 12 Mitgliedsbücher oppositioneller Kollegen beanstandeten, weil einige Beitragsmarken der letzten Wochen nicht abgestempelt waren. Sonst hätten sie den Bezirk verloren. Ferner „siegten" die Reformisten im Bezirk Prenzlauer Berg, denn hier nahm die Opposition ihnen den Bezirk ab. Auch im Bezirk Friedrichshain erhielten sie von 76 Stimmberechtigten ganze 13 Stimmen. Im Bezirk Tiergarten bekam die SPD. in diesem Jahre keine einzige Stimme. Auch im Bezirk Reinickendorf, der im vergangenen Jahr in den Händen der SPD. war, siegte in diesem Jahre die Opposition. Selbst solche wichtigen Bezirke wie Weißensee, wo die SPD. mit dem Lenin-Bund gemeinsam eine Liste aufstellte, brachten ihnen eine vernichtende Niederlage. Auch der Bezirk Wedding wurde trotz aller Anstrengungen der Reformisten von der Opposition gehalten. In anderen Bezirken, wie Schöneberg, Pankow, in denen die Opposition im vergangenen Jahre keine eigenen Listen aufstellen konnte, konnte die SPD. in diesem Jahre nur noch mit einer Stimme Mehrheit den Bezirk halten.

In den Branchen der Glasschleifer und Glasbläser standen wieder die Arbeiter auf seiten der Opposition, und alle Versuche der SPD., Einfluß zu gewinnen, scheiterten. Noch auf dem Verbandstag und im Jahrbuch des Verbandes wurde der sozialdemokratischen Fraktion zur Pflicht gemacht, unter allen Umständen die Kommunisten aus den Großbetrieben und wichtigsten Bezirken zu verdrängen. Das Wahlergebnis hat bewiesen, daß dieser Versuch weder jetzt, noch in Zukunft gelingen wird.

Die Reformisten kennen die Gefahr, die ihren Positionen droht, deswegen haben sie jetzt in Berlin Massenausschlüsse angekündigt. Selbst mit dem Ueberfallkommando haben sie dort gedroht, wo die Arbeiter fordern, daß sie darüber zu bestimmen haben, welche Fragen zu behandeln sind.

Je schärfer der gewerkschaftsfeindliche Kurs der SPD.-Führer in den Verbänden ist, um so schneller werden sich die Arbeiter zur Abwehr gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftler zusammenfinden.

Denunziantentum und Mißstände bei der Firma A. L. G. Dehne

(Fortsetzung und Schluß)

Auf das Konto dieses Menschen kommt auch die Einführung der Akkordarbeit, in der Putzerei seit dem vergangenem Jahr. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die Arbeit im Lohn ausgeführt. Aus dem Bestreben heraus, ein paar Kröten mehr zu verdienen, kamen die Kollegen den Wünschen der Betriebsleitung auf halbem Wege entgegen, wenigstens setzten sie der Einführung der Akkordarbeit keinen ernsten Widerstand entgegen.

Der Akkordpreis wurde festgelegt und das „Wühlen" ging los.

Die Arbeit wird insgesamt verrechnet, das heißt, der Akkordüberschuß geht in gleiche Teile an die Beteiligten. Das ging so eine ganze Weile; die Kollegen verdienten so „leidlich", wenn man den Ausdruck einmal gebrauchen darf.

Mit einem Male setzte der Abbau der Akkordpreise ein.

Die Betriebsleitung erklärte, daß die Firma den bisherigen Preis nicht mehr zahlen könne, weil sie sonst „den Laden zumachen" müsse. — Kurz und gut, der neue Preis wurde diktatorisch festgelegt und die Kumpels der Putzerei waren gezwungen, für das höhere Interesse ihrer „Ausbeuter" und deren Geldsack noch mehr zu schuften.

Wenn die Kollegen heute ihre Bilanz ziehen, müssen sie feststellen, daß der lachende Dritte der Unternehmer ist.

Genau dieselben Zustände herrschen in der Gießerei, wo ein Akkordabzug den andern jagt. Das moderne „Raubrittertum", das in der Person des Werner Dehne einen besonderen Vertreter findet, läßt Tag und Nacht kein Ruhen noch Rasten. So ist auch der Werner vom der Sucht befallen, die Elendslage seiner Arbeiter immer mehr zu verschlechtern.

Die nächsten Opfer seiner Geldgier und Habsucht, die zur Schlachtbank geführt werden, seid Ihr, Kollegen von der Pressentischlerei. Daß der Akkordlohn nicht nur ein 5prozentiger ist, darauf könnt Ihr Gift nehmen. An Euch liegt es,

den Widerstand beizeiten zu organisieren,

nicht durch Räsonnieren und mit der geballten Faust in der Tasche könnt Ihr die Verschlechterungen abwehren, sondern nur durch schärfsten Klassenkampf.

Einige maschinelle Verbesserungen werden als Grund zu den Akkordreduzierungen herhalten müssen.

In der Abteilung Pressenbau ist seit etwa einem halben Jahr ein Kriegsbeschädigter Namens Lier als Lohnschreiber tätig. Das wahnsinnige Völkermorden hat ihn um über 50 Prozent seines Augenlichtes beraubt. Das „Vaterland" bekundet seinen „Dank" durch Zahlung einer Hungerrente, die es ihm nicht erlaubt, seine verlöschende Sehkraft zu schonen. Nur mit Hilfe eines Mikroskops ist er in der Lage, die ihm obliegenden Arbeiten zu erledigen. Wie zum Hohn hat man ihn in einen etwa 5 bis 6 Quadratmeter großen, halbdunklen Käfig gesteckt, den er mit den bereits genannten Kalkulator Bernhardt teilen muß. Ein nebenan gelegener Raum, der etwa viermal so groß ist wie der angeführte, besitzt mehrere hohe Fenster und dient einer Person, dem Ingenieur des Pressenbaues als Domizil.

Warum kommt der Mann nicht in diesen Raum?

Wartet man vielleicht auf seine völlige Erblindung, um ihn schnell wieder loszuwerden?

Es ist Sache des Betriebs- bzw. Angestelltenrats, hier seiner Menschenpflicht zu genügen und dafür Sorge zu tragen, daß dem Bedauernswerten ein anderer, hellerer Raum zur Verfügung gestellt wird. Zur gegebenen Zeit wird darüber weiter berichtet werden.

Die in diesen wenigen Zeilen angeführten „bitteren" Wahrheiten sollen dazu dienen, die Kollegen aus ihrer Lethargie und Resignation zu wecken.

Werdet Leser des „Klassenkampf", der Euch die notwendige Schulung im Kampfe mit dem Kapital vermittelt. Verbannt die bürgerliche Presse aus Eurem Gesichtskreis, der es nur darauf ankommt, durch die „süßen" Courths-Maler-Romane und ähnlichen Kitsch Euch von dem selbstverständlichen Kampf um Eure Interessen abzulenken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290125-14/fragment/page=0009

Weißenfels-Zeitz

Aus der Zeitzer Wohnungsbaustatistik

Der Magistrat von Zeitz übermittelt uns das nachstehende Ergebnis der jetzt abgeschlossenen Wohnungsbaustatistik für das Kalenderjahr 1928:

Im Kalenderjahr 1928 sind fertiggestellt worden:

Aus städtischen Mitteln:

1. Ausbau des Seitengebäudes im städtischen Grundstück Lindenstraße 6: 3 Wohnungen. 2. Beim Bau des Ferienheims: 1 Wohnung. 3. Kleinwohnhaus „Am Eulengrund Nr. 14": 8 Wohnungen. 4. Ausbau des Dachgeschosses Schloßstraße 9: 4 Wohnungen. Zusammen 16 Wohnungen.

Mit Hauszinssteuerhypotheken:

1. Bauverein: 86 Wohnungen. 2. Gemeinnützige Wohnungsfürsorge-Genossenschaft: 36 Wohnungen. 3. Private Bauherren: 44 Wohnungen. Zusammen 166 Wohnungen.

Ohne jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln:

1. Bauverein Zeitz: 11 Wohnungen. 2. Private Bauherren: 9 Wohnungen. Zusammen 20 Wohnungen. Es ergibt sich mithin eine Gesamtwohnungszahl von 202 Wohnungen.

Man kann weder die Zahl, noch die Art der erbauten Wohnungen als sozialistische Wohnungsbaupolitik bezeichnen, wie das die „linken" SPD.-Größen immer zu tun pflegen.

Weißenfels. Ein völkischer Schädling der Genossenschaftsbewegung. Unter dem Deckmantel der Immunität treibt ein völkischer Reichstagsabgeordneter Walter Buch sein Unwesen. In einem Flugblatt an Mittelstand und Einzelhandel macht er gegen die Konsumvereine mobil und versucht an Hand von statistischem Material, daß die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in steigenden Zahlen aufzeigt, den sogenannten Mittelstand aufzuhetzen. Die Schlußfolgerungen dieses Flugblattes, daß es nur durch die Genossenschaftsbewegung dem Mittelstand so schlecht geht, ist so blödsinnig, daß man sie eigentlich gar nicht erst zu widerlegen brauchte. Denn es steht außer Zweifel, daß es die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und ihre sinkende Kaufkraft sowie die gewaltige Vertrustung sind, welche auch die Angestellten, unteren Beamten und Kleingewerbetreibenden verelenden. Ebenso unerhört ist die Behauptung des Flugblattes, die Konsumvereine wären durch steuerliche Erleichterungen begünstigt. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die großen Privatunternehmer sind es, welche es verstehen, sich vor der Steuerzahlung mit allen Mitteln zu drücken, wo ihnen nicht schon durch die Gesetze die größten steuerlichen Erleichterungen zuteil werden. Die gesamte werktätige Bevölkerung wird nun erst recht den Genossenschaftsgedanken hochhalten, unbeschadet der Angriffe, die durch völkische Drahtzieher und reformistische Schädlinge auf dem Bezirkskonsumverein Weißenfels-Naumburg unternommen werden.

Hohenmölsen. Wie die Erwerbslosen von der SPD.-Presse behandelt werden. Zu der am 11. Januar sehr gut besuchten Erwerbslosenversammlung ist noch feststellen, daß der Berichterstatter Pörschmann vom Zeitzer Böhlen ganze acht Tage brauchte, um sich von seinem Schreck zu erholen. Es ist ja auch nicht so einfach, wenn man „linke" Opposition à la Bergholz treibt und trotzdem die Felle fortschwimmen. Dann muß man schon eine geraume Zeit verstreichen lassen, ehe ein Bericht über die Erwerbslosenversammlung zusammengebraut wird. Daß die Erwerbslosen mit den Ausführungen unseres Genossen Schlag einverstanden waren, bemeist der Beifall zur Genüge. Aber wir können verstehen, wenn bei Annahme einer Entschließung, die den Sozialdemokraten das schärfste Mißtrauen ausspricht, auch die SPD.-Arbeiter zustimmen, daß dies Hiebe für die SPD. bedeuten, die gesessen haben. Daher der lendenlahme „Volksboten"-Bericht. Die Erwerbslosen wollten den Kohl von Pörschmann nicht hören. Sie belegten ihn während seiner Ausführungen mit Kosenamen, wie Ueberstundenund 12-Stundenschieber." Mit allerhand Ausflüchten versuchte Pörschmann die Schuld von der SPD. abzuwaschen. Auch sei er mit der Taktik der Gewerkschaften nicht einverstanden, und doch läßt sich P. so gern, mitunter auch mit etwas Schiebung, auf die Verbandstage delegieren. Solche Helden, die des öfteren mit dem Lederhalsl Bekanntschaft machen müssen, und im Kapp-Putsch von der „besseren Hälfte" im Kleiderschrank eingeschlossen wurden, haben kein Recht, an der Partei Liebknechts und Rosa Luxemburgs Kritik zu üben. Den Erwerbslosen raten wir, recht bald wieder eine Versammlung zu fordern, um die Schandtaten der SPD. noch besser aufzudecken. Ein Urteil über den „Volksboten"-Bericht überlassen wir den Erwerbslosen. Diese fordern wir gleichzeitig auf, unsere LLL.-Feier am 27. Januar zu besuchen.

Taucha. Erfolgreiche Werbearbeit der oppositionellen Freidenkergenossen. In Taucha fand am Sonntag eine Werbeversammlung der Freidenker, Ortsgruppe Rössulin, statt. Die Genossin Christel Amon, die Frau des ehemaligen Franziskanermönchs, sprach über das Thema: „Braucht der Arbeiter eine Kirche?" Sie verstand es glänzend, die Besucher zu fesseln. Die Genossin Christel Amon kam auch auf Sowjet-Rußland zu sprechen und betonte im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, daß in der Sowjetunion ein scharfer Kampf gegen die Kirche geführt wird. Ihre Ausführungen wurden ständig mit kräftigem Bravo begrüßt, ein Beweis dafür, daß alle Besucher mit dem Programm der Freidenker einverstanden sind. Oppositionelle Freidenkergenossen von Taucha, dies ist ein Ansporn für Euch. Arbeitet weiter und nützt die guten Eindrücke aus. Schafft den revolutionären Stoßtrupp der Freidenkerbewegung auch in Taucha.

Zeitz. Aus dem Spiel in den Tod. Der zehnjährige Sohn des Genossen Ueberschär vergnügte sich auf der Straße mit Schusseln. Dabei kam er so unglücklich zu Fall, daß er bewußtlos ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, verstarb das Kind nach acht Stunden. Schädelbruch dürfte die Todesursache sein.

Rasberg. Was der „Volksbote" einen Scherz nennt. Am 10. Januar bringt der „Volksbote" ein Inserat, in dem ein Johann Brummer „teuenoll" die Beleidigungen zurücknimmt, die er gegen „den Gewerbetreibenden Herrn Karl Mittenzwei" ausgesprochen hat. Er erklärt, daß der kommunistische Berichterstatter über diese Beleidigung einen Bericht „als Rache" gebracht hätte. Diesem Inserat liegt folgender Tatbestand zugrunde: Wir hatten einen Artikel veröffentlicht, wonach der vor zwei Jahren wegen parteischädigenden Verhaltens aus der KPD. ausgeschlossene Karl Mittenzwei von einem parteilosen Arbeiter auf eine Anspuhung hin die treffende Antwort erhielt: „Du bist doch als Spitzel und Denunziant von Deinen eigenen Genossen bekannt". Der „Volksbote" hatte es sich daraufhin angelegen sein lassen, Mittenzwei in Schutz zu nehmen. Und was macht man nicht alles für ein Inserat, das noch dazu gegen den „Klassenkampf" gerichtet ist. Der „Volksbote" versucht, die Auseinandersetzung zwischen Mittenzwei und dem Rummer als „eine scherzhafte Plauderei" hinzustellen, aber das Inserat selbst muß ja feststellen, daß tatsächlich die von uns zitierten Ausdrücke gefallen sind. Wir haben nun zu sagen, daß Mittenzwei wirklich im Jahre 1925 wegen Spitzelei und Denunziantentum aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde. Es hat sich auch herausgestellt, daß Mittenzwei aus durchsichtigen Gründen öfter anonyme Briefe schrieb. Aber gerade der „Volksbote" soll sich hüten, wieder von „Scherzartikeln" zu reden. Brachte doch im Dezember 1924 dieses Blatt einen „Scherzartikel" über „militärische Spielerei in der KPD.", der die Ursache zu Dutzenden von polizeilichen Haussuchungen in Rasberg wurde. Unsere Genossen hatten das seinerzeit wirklich als Scherz betrachtet. Um so bezeichnender ist jetzt, daß der „Volksbote" sich jetzt hinter Mittenzwei stellt. Die gleichen Brüder haben sich gefunden.

Hannsburg. Erster proletarischer Filmabend der IAH. Nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten wird am Montag, dem 28. Januar, durch das Filmauto der IAH. Halle das Filmwerk „Dirnentragödie" mit Asta Nielsen in der Titelrolle zur Aufführung gelangen. Später sollen noch russische Filme zur Aufführung kommen. Werktätige ohne Unterschied der Partei! Unterstützt durch Massenbesuch die IAH.

Hinweg mit den siedlerfeindlichen Treuhand- und Bergmannswohnstätten-Gesellschaften

Von O. Schlag, Bergarbeiter, M. d. L.

In mehreren Artikeln ist unsererseits bereits eingehend nachgewiesen worden, daß sich die Bergarbeitersiedler wehren müssen, wenn sie nicht als Sklaven oben bezeichneter Gesellschaften dahinvegetieren wollen.

In mehreren Siedlerversammlungen haben die durch die Rationalisierung entlassenen Bergarbeiter bekundet, daß die rigorosen Maßnahmen der Treuhand-Gesellschaften gebrochen werden müssen. An nachstehendem Falle wollen wir beweisen, daß die Opfer der kapitalistischen und von der Sozialdemokratie gestützten Rationalisierung elend betrogen worden sind.

Ein Bergarbeiter, der als 30 prozentig Kriegsbeschädigter seit 1916 im Bergbau beschäftigt ist, wird infolge Betriebseinschränkung abgebaut. Im Jahre 1923 erwarb er sich ein Siedlungshaus und schloß mit der Kleinsiedlungs-Gesellschaft Weißenfels-Zeitz einen Kaufvertrag ab. Diese Siedlungsgesellschaft trat dann ihre Rechte an die Mitteldeutsche Treuhand-Gesellschaft ab. Die Kaufverträge wurden, um die Siedler besser betrügen zu können, nicht notariell bestätigt, desgleichen wurde einem großen Teil Bergarbeitersiedlern die Auflassung bis zum heutigen Tage verweigert.

Im Jahre 1925 wurde der Käufer des Siedlungshauses wegen Betriebseinschränkung entlassen. Anderthalb Jahre war er arbeitslos und alle Bemühungen, im Bergbau Arbeit zu erhalten, schlugen fehl. Er mußte, um die Familie nicht verhungern zu lassen, in anderen Industrien Arbeit aufnehmen. Aber schon meldet sich die Treuhand-Gesellschaft, in deren Verwaltungsrat Sozialdemokraten sitzen, und fordert, innerhalb vier Wochen müsse die Arbeit im Bergbau aufgenommen sein, oder die Treuhand-Gesellschaft tritt vom Kaufvertrag zurück.

Obwohl diese Häuser aus öffentlichen Mitteln erbaut sind, wird ein Mietvertrag und eine monatliche Miete in Höhe von 25 Mark gefordert.

Der entlassene Bergarbeiter steht jedoch auf dem Standpunkt, daß es nicht seine Schuld ist, daß er nicht mehr im Bergbau beschäftigt wird. Er zahlt seine vierteljährlichen Zinsen für die Beihilfehypothek, wie dies vom Reichsarbeitsminister bestimmt worden ist.

Prompt erhält er von der Treuhand-Gesellschaft den Zahlungsbefehl, wogegen er Einspruch erhebt. Das Amtsgericht Hohenmölsen verkündete am 16. Januar in dieser Angelegenheit folgendes Urteil:

„Der Beklagte wird verurteilt, die monatliche Miete zu zahlen, da die Auflassung nicht erfolgt ist, und ferner der Kaufvertrag der in § 313 BGB vorgeschriebenen Form, nicht genügt, also nichtig ist."

Die Bergarbeitersiedler werden an Hand dieses Urteils den Betrugsmanöver der Mitteldeutschen Treuhand-, Bergmannswohnstätten- und Siedlungs-Gesellschaften immer mehr erkennen, das seit 1923 an ihnen verübt worden ist. Daran werden auch die demagogischen „Volksboten"-Artikel: „Schlage Schlag ins Wasser" nichts ändern, denn es ist bekannt, daß die Zeitzer „linken" Minen mit der Treuhand-Gesellschaft, Streikbrechern und Grubenbindetoren Arm in Arm gehen.

Deshalb, Bergarbeiter! Sorgt überall für Aufklärung, damit der letzte Kumpel begreifen lernt, was ihm dank „großzügiger" Mithilfe der Sozialdemokraten die Treuhand-Gesellschaft beschert.

Am 19. Januar tagte der Hauptausschuß des Preußischen Landtages für Volkswohlfahrt, wo die kommunistischen Abgeordneten über diese Angelegenheit Anträge einbrachten, die aber von den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien niedergestimmt wurden. In einem weiteren Artikel werden wir besonders darauf eingehen.

Merseburg-Leuna-Querfurt

Kamerad Andreas Bäuerle

aus Mücheln ist am Dienstag früh ½7 Uhr infolge eines Unglücksfalles im Bergmannstrost Halle gestorben. Kamerad Bäuerle war ein eifriges Mitglied des RFB. Immer war er zur Stelle, wenn es galt, für die proletarische Bewegung aktiv zu arbeiten.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Lützkendorf statt. Es ist Pflicht aller Kameraden, daran teilzunehmen. Kamerad Bäuerle ist aus der Kirche ausgeschieden. Die Vertreter der Kirche haben es uns verboten, unseren Redner am Grabe sprechen zu lassen, da der Friedhof Eigentum der Kirche ist. Alle Kameraden des Geiseltals müssen nun erst recht zur Beerdigung unseres treuen Kameraden erscheinen.

Wie in Neumark mit Erwerbslosen umgesprungen wird

Wie seitens verschiedener Herren mit Erwerbslosen umgesprungen wird, soll folgender Fall beweisen: Querfurt ist Zweigstelle des Arbeitsamts Halle. Auf Anregung des Landrates von Querfurt wurde eine Stempelstelle in Neumark errichtet, wozu zehn umliegende Ortschaften von Halle nach Frankleben zum Stempeln gehen sollten. Diese Maßnahme wurde von der gesamten Arbeiterschaft der betreffenden Ortschaften begrüßt, sparten doch dadurch viele, welche schon bis Neumark eine Stunde Weg haben, bei jedem Stempeln zwei bis drei Stunden Fußmarsch. Aber trotz der Anordnung wurde nicht in die Praxis umgesetzt. Denn als am 19. Januar das erstemal die Auszahlung der in Frage kommenden Ortschaften in Neumark stattfinden sollte, wandte sich der Gemeindesekretär von Neumark telephonisch an die zuständige Stelle in Querfurt mit der Anfrage, ob er am 19. Januar alle Erwerbslose auszahlen sollte. „Nein, dies geschieht von hier aus, es kommt einer von uns zum Auszahlen." Das war die Antwort. Auf eine weitere Anfrage, welche rechtzeitig gestellt wurde, um eventuell die Erwerbslosen zu benachrichtigen, wann die Auszahlung beginne, wurde ausweichend geantwortet. Der betreffende Herr sei nicht anwesend, und dieser famose Herr brauchte dann mit seiner Antwort soviel Zeit, daß den Erwerbslosen erst am Sonnabend früh 8 Uhr, als sie zum Stempeln kamen und die Unterstützung haben wollten, mitgeteilt werden konnte,

daß der Beamte von Querfurt bis 12 Uhr in Mücheln auszahle und vielleicht um 1 Uhr in Neumark erscheine.

Unter berechtigten Empörungsrufen, da mancher schon eine Stunde Weg bei diesem Sauwetter zurückgelegt hatte und das am selben Tage noch einmal tun mußte, zogen die Proleten wieder ab.

Hierzu hätten wir zu bemerken, daß, wenn der betreffende Beamte einen Funken menschlichen Gefühls im Balge hätte, er spätestens bis Freitagmittag in Neumark angerufen hätte, damit alle Ortsrichter benachrichtigt werden konnten, um ihre Erwerbslosen erst für Nachmittag nach Neumark zu bestellen.

Nun kommt das Tollste, was sich dieser Herr leistete. Als sich die ärmsten der Armen um ½1 Uhr vor dem Stempelbureau wieder sammeln, erhalten sie die Nachricht, daß dieser famose Herr soeben von Mücheln aus angerufen hat,

er beginne in Mücheln eben erst auszuzahlen; es werde vielleicht 5 Uhr werden, ehe er hier eintrifft.

Eine ungeheure Empörung war die Folge dieser Mitteilung. (Ich wünschte nur, alle die schönen Kosenamen würden dem Beamten wochenlang in den Ohren sausen. D. Ver.) Wenn die Verwaltungsgehilfen der Gemeinde Neumark nicht sofort Geld beschafft hätten, um gegen 2 Uhr mit der Auszahlung zu beginnen, dann hätten die Armen bis abends 7 Uhr warten können. Denn bis 5 Uhr hat keiner den famosen Herrn zu sehen bekommen.

Wir fordern von den vorgesetzten Instanzen sofortige Abhilfe. Wenn die Auszahlung an einem Tage nicht erledigt werden kann, so muß eben Freitag damit angefangen werden.

Wie kann es übrigens kommen, daß Anträge, welche schon fünf bis sechs Wochen in Querfurt liegen, noch nicht zurück sind? Wir empfehlen wir den proletarischen Vertretern im Kreisausschuß, den Herren, welche diese Sachen zu bearbeiten haben, einmal ganz gehörig aufs Dach zu steigen.

Euch aber, Kollegen, rufen wir zu:

Steht fester denn je zusammen!

Schlieht die rote Front!

Stärkt die Opposition in den Gewerkschaften, damit es den Reformisten nicht mehr gelingt, uns mit sechs Wochen Unterstützung abzuspeisen.

Merseburg. Für das Arbeiter-Kinderheim Ruhlen wurden durch einen Jung-Pionier des Jung-Spartakus-Bundes am 19. Januar nach der LLL.-Feier 6,54 Mark gesammelt. Allen Spendern herzlichen Dank.

Merseburg. Der Jugendweihe-Unterricht beginnt am Dienstag, dem 29. Januar, nachmittags 4 Uhr, in der Rähtke der IAH. (Alte Volksschule). Alle Jugendlichen müssen pünktlich erscheinen.

Querfurt. Anmeldungen zur Jugendweihe nimmt der Genosse Karl Osceuda, Schloßstraße 4, entgegen.

Mücheln. Unter dem Schokoladenautomaten. Als ein fünfjähriges Kind an einem Schokoladenautomaten sich einzuzaga, kippte dieser um und begrub das Kind unter sich. Mit schweren Verletzungen wurde es ins Krankenhaus gebracht.

Dürrenberg. Stempeltag unter Polizeiaufsicht. Wie man auch in Dürrenberg mit den Erwerbslosen umzuspringen wagt, das zeigte ein Vorfall, der sich in dem neugebackenen Arbeitsamt abspielte. Dieses Arbeitsamt ist, sage und schreibe, vier Stunden in der Woche in Dürrenberg vertreten. Bei ziemlich 600 Erwerbslosen in Dürrenberg ist das ein Skandal. Vor einigen Tagen verlangten nun einige Erwerbslose, die schon fünf bis sechs Wochen keine Unterstützung bekommen haben, ihre rückständige Unterstützung, worauf sie natürlich Anspruch haben. Als diese Erwerbslosen auf dem „Arbeitsamt" ihre diesbezüglichen Ansprüche geltend machten, bekam sich der Vorsitzende, Herr Herwig, auf seinen Bonzenton von früher und forderte die Antragsteller auf, das Zimmer zu verlassen. Er konnte ja auch den großen Mann riskieren, denn es waren ja drei Landjäger als „Ordnungshüter" und Stempelhelfer mit da. Der Kollege Schröder, der bereits sieben Wochen keine Unterstützung erhalten hat, weigerte sich, der Aufforderung, das Zimmer zu verlassen, nachzukommen. Schließlich wurde er aber von der Polizei direkt hinausbefördert. Eine solche unerhörte Handlungsweise gegenüber Erwerbslosen stinkt einfach zum Himmel. Die Erwerbslosen dürfen sich eine solche Behandlung keinesfalls länger bieten lassen. Auch in Dürrenberg müssen sie dem Beispiel von Halle, Eisenburg usw. folgen und sich einen Erwerbslosenrat wählen, damit sie in geschlossener Kampffront ihre Forderungen durchsetzen können.

Rattmannsdorf. Achtung, Freidenker! Auf Beschluß der UBL. und des Arbeitsgebietes der Freidenker findet die diesjährige Jugendfeier unter Leitung der Freidenker-Ortsgruppe statt. Die Ortsgruppe Rattmannsdorf bittet daher alle Genossen und Freidenker aus allen Orten des Arbeitsgebietes, die Kinder, die an der Jugendfeier teilnehmen, beim Genossen Hanuschek, Corbetha, oder in der Verkaufsstelle des Konsum-Vereins anzumelden. Voraussichtlich findet die diesjährige Jugendfeier in Rattmannsdorf am 24. März (Palmarum) statt. Der Vorbereitungsunterricht wurde wegen technischer Schwierigkeiten abgelehnt. Die Organisation der Freidenker ersucht heute schon um Anmeldung der Kinder. In Frage kommen die Orte Schkopau, Collenbey, Corbetha, Rattmannsdorf, Hohenweiden, Neukirchen, Rockendorf und Delitz a. B. Der Gesangverein Delitzsch a. B. wird heute schon um Unterstützung gebeten.

Aus dem Saalkreis

Seeben. Die erste Vorbereitungsstunde zur Jugendweihe für die Orte Seeben, Sennewitz und Gutenberg findet am Sonntag, dem 27. Januar, nachmittags von 3 bis 5 Uhr, im Lokal Glaser statt. Alle Arbeitereltern werden nochmals dringend ersucht, ihre Kinder zu diesem Unterricht zu schicken und aus dem sogenannten kirchlichen Konfirmandenunterricht herauszunehmen.

Reideburg-Bilschdorf. Mieterversammlung. Am Sonnabend, dem 26. Januar, abends 8 Uhr, findet im Gasthof Schrader eine öffentliche Mieterversammlung statt, einberufen von der Ortsgruppe des Reichsbundes Deutscher Mieter, in der der Stadtverordnete Günther-Halle einen Lichtbildervortrag über „Wohnungselend und Mietwucher" hält. Alle Mieter, alle Werktätigen sind hierdurch eingeladen!

Achtung! Ortsgruppen und Stadtorganisationen der KPD. im Bezirk Halle-Merseburg

Der Bezirksparteitag der KPD. für den Bezirk Halle-Merseburg findet voraussichtlich am 20. und 21. April 1929 in Halle statt.

Die Wahl der Delegierten zu den UL.-Delegiertenkonferenzen und dem Bezirksparteitag finden in den Zellen, Ortsgruppen und Stadtorganisationen in der Zeit vom 18. Februar bis 3. April 1929 auf Grund der abgerechneten Beiträge für die Monate Oktober, November, Dezember 1928 statt.

Die Abrechnungen für die drei letzten Monate 1928 müssen bis spätestens 28. Januar 1929 bei der Bezirkskasse erfolgt sein.

Die Organisationen, die am 28. Januar 1929 nicht oder nicht alle Monate abgerechnet haben, erhalten keine oder entsprechend der abgerechneten Beiträge weniger Delegierte.

Der Abrechnungsnachweis sowie der Plan zur Vorbereitung des Bezirksparteitages geht Anfang Februar allen Organisationsleitungen zu.

Halle, den 22. Januar 1929.

Bezirksleitung KPD. Halle-Merseburg, Org.-Abt.

Verantwortlich: Max Lademann, M. d. L., Halle a. d. S., für Politik und Wirtschaft; Erich Wehnke, Halle a. d. S., für Lokales und Sachsen; Karl Kühn, Merseburg, für Provinz (Merseburg, Weißenfels, Mansfeld, Querfurt) und Sport; Fritz Lessig, Halle a. d. S., für Provinz (Bitterfeld, Wittenberg, Delitzsch, Torgau), Marianne Gundermann, Halle a. d. S., für Frauenfragen; Bernhard Koenen, Merseburg, für Gewerkschaften und Aus den Betrieben; Fritz Krob, Halle a. d. S., für den Verlag, Anzeigenteil und Druck.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290125-14/fragment/page=0010

Mansfeld-Sangerhausen

Ein Danaergeschenk für die Sozialrentner im Kreise Sangerhausen

Bisher waren die Zuschußrenten im Kreise, wenn auch noch verbesserungsbedürftig, so doch gegenüber anderen Kreisen etwas besser. Solange aber ein sozialdemokratischer Landrat eingezogen hat, sind die Zuschußrenten immer mehr gekürzt worden. Das Wohlfahrtsamt entdeckte immer einen Grund, den Zuschuß zu kürzen. Der Begriff „eigener Haushalt" wurde angewendet und 10 Mk. war der Rentner los. „Arbeitsverdienst" — ist auch so ein Mittel um die Rente zu kürzen. Wenn eine 70jährige Frau eine Wäsche bei einer Herrschaft ausführt, da kommt sicher der Rentenabzug. Wenn ein invalider Sozialrentner aus Not noch 50 Pfennig den Tag verdient, dann wird ihm das auf seine Zuschußrente angerechnet. Die Folge ist, daß er die ganze Zeit des Jahres, wo er keine Gelegenheit hat, etwas zu verdienen, auch nicht mehr bekommt. Denn es wurde ja festgestellt, daß der Rentner 50 Pf. verdiente und das genügt.

Die Reichsgrundsätze sprechen zwar von „angemessenem" Arbeitsverdienst.

So sieht es auch, wenn ein Sozialrentner ein kleines Häuschen hat. Ihm werden 10 Mk abgezogen, weil er freie Wohnung hat. Das Wohlfahrtsamt (les Kreisausschuß) läßt aber nicht gelten, daß der Rentner das Haus erhalten muß. Was im Jahre oft mehr wie 120 Mk. kostet. Die Hauptsache ist, ein Grund zum Abzug ist gefunden. Wenn aber ein Rentner noch Kinder hat, dann wird gesorscht, ob nicht ein Kind da ist, das seine Mutter oder Vater unterstützen kann. Es wird einem landwirtschaftlichen Arbeiter zugemutet, die Woche noch 2 Mk. an seine Eltern abzugeben. Gewöhnlich hat der Sohn auch Kinder, die er mit 13 Mark die Woche nicht ernähren kann, nun soll er mit 11 Mk. auskommen.

Zum Januar wurden nun die Richtlinien erhöht. Dem Rentenbeirat gingen dieselben tagsvorher zu. Er konnte daher nicht Stellung nehmen und beantragte Hinausschiebung des Tagesordnungspunktes.

Der Kreisausschuß beschloß aber die Richtlinien sofort in Kraft zu setzen.

Der Rentenbeirat braucht ja nur „gehört" zu werden, zu bekommen hat er nichts. Im Kreisausschuß sitzen drei Mitglieder rechts und drei von links, der Landrat ist Sozialdemokrat. Die Stichstimme ist also links, die Erhöhung der Sozialrente ist nur einfacher. In den meisten Fällen tritt ein Rentenabzug ein. Ein Beispiel: Ein Rentner erhielt 38,40 Mk. Postrente und 10 Mk. Zuschußrente, er hat eigenen Haushalt, weil er nicht im Hause der Schwiegermutter seines Sohnes wohnt und ihr auch die Miete zahlt, so sind ihm nach den alten Richtlinien 7,50 Mk. unrecht gekürzt worden. Seine Beschwerde dagegen läuft schon 3 Monate. Er mußte also haben 55,50 Mk., er hatte aber nur 48,40 Mk. Bei den alten Richtsätzen wurden von der Postrente 20 Mk. angerechnet, der Steigerungssatz von 18,40 Mk. blieb der Anlag. Der Richtsatz betrug 37,50 Mk. Er mußte also 17,50 Mk. bekommen, statt 10 Mk. Der neue Richtsatz beträgt 42,50 Mark. Dieser berechnet sich wie folgt: von den 38,40 Mk. werden 20 Mk. nicht angerechnet. Bleiben also noch 35,40 Mk., ihm fehlen 7,10 Mk. an 42,50 Mk. Er bekommt also noch 2,90 Mk. weniger als vorher, wo ihm schon 7,50 Mk. fehlten.

Wir haben also festgestellt, daß nicht eine Erhöhung stattgefunden hat, sondern ein Abzug ist die Folge. Nur sehr wenige erhalten eine Erhöhung, das sind die Rentner, welche noch keine Mk. Postrente haben. In der Stadt Sangerhausen sind Abzüge von 20 Mk. und mehr zu verzeichnen. Die Sozialrentner wünschen im Landrat und seine Sozialdemokraten dorthin, wo der Pfeffer wächst.

Das allein aber genügt nicht, es gilt zu erkennen, daß die Kommunisten die einzigen Vertreter der Arbeiter und Hilfsbedürftigen sind. Der Rentenabzug hat wie eine Bombe eingeschlagen, nicht nur bei den Betroffenen, sondern auch bei denen, welche den Abzug herbeigeführt haben. Mit allerlei Mätchen sind sie bemüht, sich rein zu waschen. Aber, Sozialrentner, laßt Euch nicht betören! Kämpft mit uns, um diese Schmach zu beseitigen!

Oberröblingen a. S. Gefällter Schornsteinriese. Der große Schornstein des Kaliwerkes, Gewerkschaft Oberröblingen, dessen Fabrikgebäude abgebrochen werden, wurde am Sonnabend umgelegt. Das 64 Meter hohe Bauwerk wurde am Fundament mit Holzstützen versehen, die man verbrannte, worauf der Schornstein in der vorgesehenen Richtung zum Einsturz kam.

Beesenstedt. Schwer verunglückt. Der Arbeiter Koch wollte beim Pflügen die Pflugschar stellen. Koch, der die Ackerleine um die rechte Hand gewickelt hatte, zog aus Versehen diese etwas an. Die Pferde faßten dies als ein Zeichen zum Weitergehen auf. Dabei kam K. zu Falle und die Pflugschar drang ihm in den linken Oberschenkel ein, so daß dieser schwer verletzt wurde. Der Verunglückte wurde dem Krankenhause überwiesen.

Wimmelburg. Von einem Auto überfahren wurde beim Schlittenfahren am Montagmittag das sechsjährige Kind des Bergmanns Hermann Hoppe. Schwer verletzt wurde es ins Krankenhaus gebracht. Das Kind fuhr einen Abhang bis zur Hauptstraße hinab, dabei erfaßte es das Auto.

Oberröblingen a. d. Helme. Die „Mostrichgarde" schläft langsam ein. Vor etwa zwei bis drei Jahren wurde hier eine Niederlassung von Reichsbannerleuten gegründet. Die „große Schar" (etwa „15 Helden") hatte sogar ein Banner aus strahlenden Reichsfarben. O wie bald schwindet Schönheit und Gestalt. Heute hört man nichts mehr von der großen Schar. Ihr Hauptmann, der Herr Baumeister Hartwig, hat ja keine Zeit mehr für „Mostrichinteressen". Er hat vollständig damit zu tun, sein Bankkonto zu ergänzen.

Artern. Schädlinge der Arbeiterbewegung. Der in Artern bekannte frühere Genosse Ernst Gleitsmann ist das lebendige Beispiel für Renegatentum. Die Arterner Arbeiterschaft wird sich noch erinnern, daß der Ernst Gleitsmann an der Heygendorfer Landfriedensbruchsgeschichte beteiligt war. Gleitsmann hatte auch einen bestimmten Teil seiner Strafe abgebüßt. Wenn Gleitsmann nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis sofort aus der KPD. und aus der Kommunistischen Partei ausgeschieden ist, so ist das seine Angelegenheit, die er vor seinem eigenen Gewissen verantworten muß. Gleitsmann ist heute eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Wir wissen nicht, ob er von seinen sozialdemokratischen Führern Auftrag bekommen hat, die Rote Hilfe zu verunglimpfen. Beinahe könnte man es annehmen. Wenn nämlich Gleitsmann behauptet und öffentlich damit hausieren geht, daß während seiner Strafhaft die Rote Hilfe ihn und seine Familie in keiner Weise unterstützt hätte, so erklären wir hiermit Gleitsmann als einen Verleumder und wissentlichen Lügner. Eine jämmerliche Rolle spielte er auch, als er vor der Klassenjustiz in Sandershausen stand. Durch seine Aussagen hat er einem Teil der angeklagten Kameraden wissentlich belastet, so daß die Strafe für diese bedeutend härter ausfiel als für ihn. Wir sind jederzeit in der Lage den Nachweis anzutreten, daß Gleitsmann während seiner Gefängniszeit Unterstützung erhalten hat. Und zwar wurden an die Familie **vom Februar bis November 1927 ein Betrag von 520 Mark gezahlt.** Es ist bezeichnend für Gleitsmann, wenn er heute mit Unwahrheiten operiert und dadurch versucht, die Rote Hilfe zu diskreditieren. Wie die gesamte Arterner Arbeiterschaft, werden auch die sozialdemokratischen Arbeiter von Artern das notwendige Urteil über Gleitsmann zu sprechen haben.

Bennungen. Elf Schienenbrüche. Auf der Strecke Halle—Kassel, unweit des Bahnhofes Bennungen, waren infolge des plötzlichen Witterungsumschlages an elf Stellen die Schienen gebrochen. Nach etwa zwölfstündiger Arbeit wurden die Schienen ausgewechselt, nachdem der Zugverkehr über ein Nebengleis geleitet worden war.

Ein böser Reinfall der Weller u. Ko. in Großörner

Zu einer öffentlichen Gemeindemitgliederversammlung hatte die Firma Weller & Ko. im Mischwitzschen Lokal am Sonntag, dem 20. Januar, eingeladen. Stellung sollte genommen werden zu der Wohnungssache Quenzel (Postgebäude). Die Versammlung war gut organisiert und dementsprechend auch besucht, hatte man doch durch ein paar wirre Köpfe den Invaliden mitteilen lassen, daß die Gemeindevertretung

kein Interesse an der Post habe und die Post ausgehoben wird,

so daß die alten Invaliden nunmehr ihre paar Groschen von Hettstedt (vier Kilometer entfernt) abholen müßten. Diese gemeine Lüge war der Anlaß zum guten Besuch.

Die Versammlung wählte sich ein Bureau — wie gesagt, Weller und Konsorten —, denn es durfte der bekannte, früher vom Fleisch- und Milchhandel lebende, Kobra (Molmed) — seines Zeichens Denunziant für geleistete Gastfreundschaft — sowie der Gerichten besonders aber der Bevölkerung sehr bekannte Bücherrevisor Konrad, ebenfalls wohnhaft in Molmed, und noch einige andere Größen (auch Interessenten der Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge) nicht fehlen. Die bestellten Stenographen waren nicht erschienen. Das Theater begann. Der Vorsteher, Herr Kobra, wünschte, nicht „wie im Reichstage" zu verhandeln. Politik gehört überhaupt nicht hier her und noch einige Mätchen wurden von ihm vorgetragen. Als erster erhielt der früher in Halle tätig gewesene, jetzt pensionierte bei seiner in Großörner wohnhaften Schwester (Postagentin) sich aufhaltende, Postinspektor a. D. Quenzel das Wort. Quenzel hatte im Auftrage seiner Schwester die von 1920 bis 1928 an eine Witwe vermietete obere Wohnung des sogenannten Postgebäudes zurückverlangt, trotzdem die Postagentin Frl. Quenzel als alleinstehende Person zirka vier Räume und den Postraum als Wohnung inne hatte. Die Gemeinde, insbesondere der Gemeindevorsteher (das sogenannte Postgebäude ist Eigentum der Gemeinde) erhoben Anspruch auf die nun leergewordene Wohnung. Die Fülle der Quenzelschen Ausführungen, insbesondere aber sein jetzt nicht mehr geplanter Zuzug von Halle nach Großörner und damit die Aufgabe der Absicht, die gesamten Räume zu besitzen, wurden vom Gemeindevorsteher Schmidt sowie einzelnen Rednern schwer kritisiert. Dem Gemeindevorsteher muß aber auch an dieser Stelle gesagt sein: Nicht so viel Versprechungen — und mehr Ernst. Das sind die Voraussetzungen, um solchen Kalpern wie die, die am Sonntag unter dem Schild „Puppenladen" saßen, gehörig entgegenzutreten.

Trotz vieler Erzählungen und des groß angelegten Generalangriffs wußte die Versammlung zum Schluß überhaupt nicht, worum die Tagung stattfand. Kein Mensch hatte daran gedacht die Post zu verlieren oder gar abbauen zu helfen, alles war Verleumdung. Man wollte der Linksmehrheit einen Schlag versetzen, das war die wahre Absicht. Und diesen Laden müssen ausgerechnet die Weller-Kobra-Konrad und Konsorten aufziehen. Der überaus größte Teil der Versammlungsbesucher hat sich direkt lustig gemacht über die bewiesene Dummheit dieser Leutchen. Ein Abschluß der Verhandlung oder ein Schließen der Versammlung konnte vom Vorstandstisch nicht vorgenommen werden. Nein, ein Spatzenvogel meldete sich zum Wort und sagte, daß man doch bald mit den Mätchen aufhören sollte, sonst kämen die alten Weiber und erzählten sich, ob die Ziege schon beim Bock gewesen ist. Eine ungeheure Lachsalve brach los und Schluß war mit der Versammlung. Alles strömte zur Tür hinaus. Nicht einmal die Gewerbetreibenden wollten die Weisheit Konrads entgegennehmen, der doch den Gewerbetreibenden manchen Fingerzeig geben kann (merkte was, es kostet bloß immer Geld). Auch diese verließen den Saal, so daß das hohe, mit „Geist" aufgeblasene Präsidium allein übrig blieb.

Der Einwohnerschaft sagen wir: Als Eure Vertreter im Parlament werden wir dafür arbeiten und kämpfen, bis restlos alle unsere Forderungen erfüllt sind. Die Einrichtung einer ordentlichen Poststelle wird erneut von der KPD.-Fraktion zum Antrag erhoben und Verhandlungen mit der Oberpostdirektion angebahnt werden. Wir sind auch der Meinung, daß der Hausbesitzerverein nichts mit jenen Querulanten zu tun hat, vielmehr ist es Pflicht dieses Vereins dafür zu sorgen, daß diesen Schmarotzern das Handwerk gelegt wird. Die KPD.-Fraktion wird diesen Verleumdern energisch entgegentreten und erwarten wir von der Arbeiterschaft die größte Unterstützung.

Dem Glück entgegen ★

Roman von Victor Margueritte

„Santo", erklärte voll Stolz Alexander, „ist nicht immer Tabakarbeiter gewesen. Er spricht russisch und englisch noch besser als serbisch. Wir und Kyril waren während des Krieges alle drei Studenten in Skopie."

„Sie waren sogar ausgezeichnete Schüler," bestätigte Peoff, der mit der war und ihnen damals sein Haus geöffnet hatte. Seine Eltern waren zur Türkenzeit mit den alten Lewikos befreundet gewesen.

„Und heute", scherzte Kyril, „sind wir Verbannte und außer Alexander und Peoff, die zu leben haben, arme Proletarier . . . Weißt du, Santo, es ist eine Stelle für Dich frei in der Glasfabrik von Saint-Gobain-Blanc, wo ich arbeite."

„Davon reden wir später. Jetzt müßt Ihr mal zunächst das alles ins Reine bringen, soweit es möglichgeht . . ."

Er zog zusammengefaltete Papiere und ein kleines fettiges Heft aus der Tasche und reichte sie Frederika mit bedeutsamem Blinzeln. „Auskünfte und Notizen, die uns dienlich sein können . . ."

Mit diesen betonten Worten spitzte Spi die Ohren. Sie bemerkte Santo, während sie ihm zuhörte. Er suhr fort, ohne sich zu unterbrechen, sich zu ihr zu kümmern.

„Beinahe hätten sie mich erwischt. Ich hatte all das unter einem Vorwande versteckt, den Jwanitsch, der Doktor, mir um den Hals gelegt hatte, als hätte ich den Ellbogen gebrochen (er zeigte den rechten Ellbogen vor und ein Lachen entblößte sein Raubtiergebiß). Bis an die ungarische Grenze bin ich in meiner Krankenhausverkleidung gereist. In Kustendil wollte ein Polizist den Gipsverband aufschneiden, um nachzusehen, ob ich keine verbotenen Papiere darunter hätte. Aber ein anderer, zum Glücke sein Vorgesetzter, begnügte sich mit meinen falschen Papieren und dem ärztlichen Attest, das mir Jwanitsch mutig ausgestellt hatte."

Schon erkundigte sich Peoff ungeduldig:

„Und der Prozeß Hadji Panzoff? Stimmt das, was man davon erzählt?"

„Dieser Fall, an dem ganz Mazedonien ebenso lebhaften Anteil nahm wie die beiden Städte Veles und Skopie, hatte aufs neue die ganze mazedonische Empörung entfesselt. Peoff, ein Freund des Angeklagten, erlebte diese furchtbare Tragikomödie mit, als sei er selbst beteiligt. Gleichzeitig mit Hadji Panzoff und dem beigeordneten Bürgermeister von Skopie, den die Jugoslaven vor den Richtern anklagen wollten, hatte Belgrad ein Dutzend anderer Unglücklicher angeklagt.

„Es war . . . (eine Pause, dann ein Seufzer; alle Blicke hefteten sich auf den Kaufmann, der sich bemühte zu reden) . . . daß man sie gezwungen hat, vom Untersuchungsrichter hergestellte Gewissensprotokolle zu unterzeichnen, daß man Slavko Hanischeff und Choubanoff nachts auf den Kirchhof geführt hat und daß . . ."

„Ja," unterbrach Santo voller Wut. „Man hatte ihre Gräber ausgegraben, und vor den offenen Gräbern setzten ihnen die Jungen den Revolver an die Schläfe und zwangen sie, ihre Unterschriften unter die falschen Aussagen zu setzen."

„Wie entsetzlich," flüsterte Spi.

„Ja, Fräulein, wenn Sie erst all ihre teuflischen Erfindungen kennen würden! . . . Wenn wir's uns gefallen lassen, wird es keine Mazedonier mehr geben, ehe zehn Jahre vergehen. (Er wandte sich leiser zu Kyril.) Pawel Taischew ist vorige Woche an den Foltern, die er hat erdulden müssen, gestorben."

„Pawel!" schrie Alexander, während Kyril erbleichend wiederholte: „Diese Bestien! Diese Bestien!"

„Er war aufrecht und festen Fußes zu dem Richter hineingegangen. Ich habe ihn herauskommen sehen (bei der Erinnerung ballte er die Fäuste) . . . zusammengebrochen, auf beiden Seiten gestützt . . . seine blutenden Füße schleppte er nach wie zwei Fetzen."

Spi faltete die Hände vor Entsetzen:

„Ist das möglich? Was hatte er denn getan?"

„Einer verbotenen Versammlung beigewohnt!"

„Deshalb?"

„Ja. Man wollte ihn zwingen, den Einberufer anzugeben, den Klüsten Kopf der Stadt. Um ihn zum Reden zu bringen, hat man ihm die Knochen zerbrochen. Bei uns plündert, hetzt und mordet man alle Tage."

„Und es geschieht nichts dagegen? Gibt es denn keine Gesetze?"

„Nicht für uns."

„Ach! Jetzt begreife ich Ihre Einstellung!"

Santo, immer noch mißtrauisch, betrachtete sie forschend.

„Sie werden verstehen, Fräulein, welche Saat von Verzweiflung schließlich in dieser blutgetränkten Erde aufkeimen mußte? Begreifen Sie, daß man derartige Mörder richtet?"

„Aber gewiß! Wenn man es kann, hat man sogar die Pflicht!"

„Nicht wahr?"

Er dankte ihr mit einem diesmal sanfteren Blick, in dem Befriedigung glänzte.

„Mein armer Pawel!" jammerte Kyril.

Eine Nervenkrise packte ihn, er begann, den Kopf in den Händen, zu schluchzen. Gena berührte seine Schulter.

„Weder Pawel noch irgend ein anderer unserer Märtyrer ist mehr zu beklagen als all die Generationen, die sich geopfert haben, um den Nachfolgenden die Freiheit zu sichern. Entweder vergeuden Sie Ihre Zeit mit Tränen, aber dann reden Sie auch nicht von Freiheit, oder bemeinen Sie niemanden. Wir haben Besseres zu tun als Tränen zu vergießen, wie die da (sie zeigte auf Spi), die jeden Tag über das kleinste Elend ihrer Landsleute gerührt ist. Wenn sie wüßte, welche Unsumme von Elend in der Welt existiert!"

„Die Genossin hat ganz recht", brummte Santo. „Mit Jeremiaden rächt man sich nicht."

Seine schwarzen Augen blitzten. Alexander stand auf:

„So lange mazedonisches Blut unter der Knute und dem Säbel fließt, wollen wir schwören, daß unser Haß niemals abrüstet! . . ."

„Schwören wir," sprach Kyril exaltiert, „daß wir nicht ruhen wollen, ehe die mazedonische Rasse frei ist!"

Und nun sprach Santo mit der Inbrunst eines Gebets für alle am Wege gefallenen Opfer:

„Mazedonien den Mazedoniern! Und dann mögen wir als Gleichberechtigte in die Liga der Balkanvölker eintreten!"

Wie zu einem einmütigen Gelöbnis, in dem in der nationalen Einheit die Verschiedenheit der jüdischen und bulgarischen Abstammung verschmolz, hatten sich alle erhoben. Frederika gab mit zitternder Stimme der gemeinsamen Hoffnung Ausdruck:

„Auf die mazedonische Republik! Auf die Vereinigten Staaten des Balkans!"

Ihr unwiderstehlicher Enthusiasmus hatte auch Spi ergriffen und sie schloß sich in ehrlicher Hochachtung den Zukunftswünschen nach Gerechtigkeit an, die ihre neuen Freunde rascher heraufzuführen den Traum hatten.

„Auf die mazedonische Republik!" wiederholte sie. „Und auf Euch Helden!"

Santo war bei diesen Worten errötet. Der Lobspruch entspannte seine Muskeln und zerstreute seine Verwirrung. Er warf einen neuen langen umhüllenden Blick auf die kleine bebende Frau — dann sprach er ernst auf mazedonisch mit seinen Landsleuten. Er mußte ihnen wohl ein sensationelles Ereignis mitteilen, denn alle Gesichter hatten sich plötzlich belebt. Alle redeten heftig und gleichzeitig. Alexander und Kyril hatten Santo in die Arme geschlossen, Gena und Frederika beglückwünschten ihn. Aber er suchte Spis Augen, die diskret beiseite stand.

„Jetzt kann ich das . . . vor unserer französischen Freundin sagen."

Ein dunkles Gefühl trieb ihn, in dem sich die Furcht, sie durch Mißtrauen zu verletzen, mit seiner Selbstzufriedenheit mischte. Aber Spi erklärte:

„Ich wollte gerade gehen, es ist fast Mitternacht. Machen Sie sich meinetwegen keine Umstände."

„Bleiben Sie, Fräulein! Sonst würde ich glauben, wir hätten Sie gekränkt."

„Keine Spur, aber ich liebe es nicht, spät nachts durch die Straßen von Marseille zu gehen."

„Ich werde Sie, wie gewöhnlich, begleiten", sagte Alexander.

„Wir werden Sie alle begleiten!" versicherte Santo mit Feuer.

Zärtlich zwang Gena sie, sich wieder zu setzen.

„Ich teile ihnen eben mit," sprach Santo mit einer Art von mystischem Stolz, „daß ich Wassanitsch . . . verletzte (mit einer Geste des Bedauerns) leider nur verletzt habe."

Ein kurzes Schweigen. Spi hatte ihm spontan die Hand hingestreckt.

„Da es solche Schurken gibt, haben ihre Opfer durchaus das Recht, sie zu töten. Ich danke Ihnen für Ihre Offenheit. Ich werde Ihr Vertrauen nicht enttäuschen."

Ernst erteilte Frederika dem jungen Manne einen Verweis, ohne zu bemerken, daß sie noch in ihrer Sprache mit ihm redete.

„Ich weiß wohl, entschuldigte er sich. „Meine Ungeschicklichkeit ist unverzeihlich. Der Bandit wird sich rächen."

Aber Gena schloß kalt:

„Dann erwischt ihn ein andermal ein anderer . . . Jedenfalls ist es besser, wenn Sie sich nicht allzuviel zeigen. Alexander soll Spi allein begleiten."

Santos Augen blitzten auf:

„Nie wird Santo eine Eunuchenseele haben. Fräulein, ich stehe Ihnen zu Diensten."

„Ich werde über ihn wachen", sagte Kyril, „da er bei mir wohnen soll. Ich werde es einzurichten suchen, daß er in die Glasfabrik kommt, da stellt man Arbeiter ein . . ."

„Die Sache ist nur die", meinte Santo, „daß man Glas nicht rollen kann wie eine Zigarette!"

„Zuerst wirst Du Flaschenordner, wie ich es auch gewesen bin."

„Wie macht man das?"

„Man stellt die Flaschen in den Nachbrennofen. Du wirst schon sehen, das kann jeder."

Der herbe Mund, die finsteren Augen hellten sich auf.

„Gut, ich will's versuchen . . . Gehen wir!"

Spi hatte Frederika geküßt und ging zur Tür. Santo, der sich umwandte, um seine Mütze zu nehmen, wäre fast an sie gerannt. Ungeschickt trat er zur Seite. Lächelnd ging sie an ihm vorüber:

„Pardon!"

Wie angewurzelt blieb er einen Augenblick stehen, und fühlte sich gerührt von einem süßen Gefühl durchdrungen, das ihm bisher unbekannt war.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290125-14/fragment/page=0011

Bitterfeld-Wittenberg

Würdiger Empfang des Genossen Schulze

in Bitterfeld

Nach achtjähriger Zuchthausstrafe ist am Freitag, dem 18. Januar, der Genosse Gustav Schulze aus Schwemsal aus der Strafanstalt Kassel-Wehlheiden entlassen worden. Die Rote Hilfe hatte deshalb am Sonnabend, dem 19. Januar, zu einer Kundgebung in Bitterfeld aufgerufen, an der sich zirka 400 Arbeiter beteiligten. Mit dem Zuge 6.36 Uhr traf der Genosse Gustav Schulze in Bitterfeld ein und wurde schon auf dem Bahnsteig von einer Delegation mit Blumen auf das herzlichste begrüßt.

Auf dem Bahnhofsvorplatze hatten sich die Bitterfelder Arbeiter versammelt. Die RFB.-Schalmeienkapelle begrüßte den Genossen Schulze durch ein revolutionäres Marschlied. Der Genosse Härtel, als Referent, erinnerte die Anwesenden daran, daß erst vor wenigen Monaten an dieser Stelle der Genosse Max Hoelz eine zündende Ansprache gehalten hat, zur Sammlung der Arbeiterschaft zum Kampfe gegen die Klassenjustiz, mit der Aufforderung, sich einzureihen in die rote Klassenfront, in die Rote Hilfe und die Kommunistische Partei. Heute haben wir die Freude, den Genossen Gustav Schulze nach achtjähriger Zuchthausstrafe begrüßen zu können.

Der Genosse Schulze hätte schon in den Amnestien 1928 entlassen werden müssen,

da er als politischer Gefangener desgleichen unter die Amnestie gefallen war. Auf Grund eines Fluchtversuches aus der Strafanstalt Lichtenburg im Jahre 1923 wurde ihm im Zuchthaus ein Prozeß gemacht, der ihm noch zwei weitere Jahre Zuchthaus brachte.

Den Bemühungen unseres alten Zuchthausonkels, des Genossen Gustav Menzel, ist es endlich gelungen, auch dieses Opfer der Klassenjustiz zu entreißen. Der Genosse Gustav Schulze kehrt in die Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft zurück als der ungebrochene Kämpfer für die Interessen des Proletariats. Die Zuchthausjahre waren für ihn Lehrjahre und haben ihn noch härter gemacht. Die Bitterfelder Arbeiterschaft muß sich den Kampfgeist des Genossen Gustav Schulze zu eigen machen und sich organisatorisch eingliedern in die Rote Hilfe.

Genosse Gustav Schulze stattete der Bitterfelder Arbeiterschaft seinen Dank ab für Begrüßung und Empfang. Von ihm solle man nicht eine großangelegte Rede erwarten; das sei deshalb unmöglich, weil der Uebergang von der achtjährigen Zuchthausstrafe in die Freiheit zu schroff sei, um all seinen Gedanken Ausdruck zu geben. Die Leiden und Drangsalierungen in den Kerkern der deutschen Republik müssen als furchtbar bezeichnet werden. Nur durch die Solidarität der Arbeiter und der besonderen Hilfe durch die Organisation der Arbeiterschaft, die in der Roten Hilfe zum Ausdruck kommt, war es möglich, daß er diese Zeit überstanden hat. Besonderen Dank hat er auch dem Genossen Gustav Menzel auszusprechen, der als Vater der politischen Gefangenen unermüdlich tätig ist.

Er kehre in die Reihen der Arbeiterschaft zurück als der ungebrochene Kämpfer.

Nachdem noch ein RFB.-Kamerad den Genossen Schulze mit einem kräftigen „Rot Front" begrüßt hatte und die Schalmeienkapelle die „Internationale" spielte, setzte sich ein Demonstrationszug mit roten Fahnen in Bewegung. Genosse Schulze wurde durch ein Auto nach Schwemsal gebracht.

In Schwemsal selbst hatte sich schon eine große Anzahl Werktätige eingefunden und es wurde in der Mitte des Dorfes Aufstellung genommen, um nochmals den Genossen Schulze in seinem Heimatdorfe zu begrüßen. Unter lebhaftester Anteilnahme der Schwemsaler Bevölkerung wurde nunmehr nach dem Schwemsaler Gasthof marschiert, wo der Reichstagsabgeordnete Heinrich Schmitt das Wort ergriff und auf die Notwendigkeiten des Eintritts in die rote Klassenfront hinwies.

Der Genosse Gustav Schulze gab hier kurze Abschnitte aus seinem Zuchthausleben bekannt und schloß seine Ausführungen mit dem Appell, nicht nachzulassen, um endlich die Hegemonie der Arbeiterschaft zu erreichen.

Bitterfeld. Verfluchter Gattenmord? Wie wir gestern berichteten, fand ein Hauswirt seinen Mieter, den Bergmann Paul E., heftig stöhnend, mit einem nassen Lappen um den Hals, in seiner Wohnung vor. Da E. mit seiner Frau in keiner allzu glücklichen Ehe leben soll, nahm man, durch bisher unaufgeklärte Kombination dazu verleitet, an, daß E. von seiner Frau und deren Schwester erdrosselt worden war. Die beiden Frauen wurden dem Amtsgerichtsgefängnis in Bitterfeld zugeführt. E. ist wieder auf den Beinen. Wie hierzu von zuständiger Seite erklärt wird, kann es sich kaum um einen Mordversuch handeln. E. soll Halsschmerzen gehabt haben und heiser gewesen sein und sich deshalb einen Umschlag gemacht haben. In diesem Zustand wurde er dann heftig stöhnend aufgefunden. Wie sich dann die ganze „Mordgeschichte" entwickelt hat, läßt sich noch nicht genau feststellen. Jedenfalls ist man in der peinlichen Lage, nicht zu wissen, ob es sich um einen Mordversuch oder um Halsschmerzen handelt.

Bitterfeld. Aufbau der „Internationalen Arbeiterhilfe" Am Dienstag waren die Mitglieder der IAH. vollzählig im „Volkshaus" erschienen, um einen Bericht des Genossen Höcker über die Arbeiten der IAH. entgegenzunehmen. Einmütig wurde beschlossen, alles an dem Ausbau der IAH., besonders durch Werbung von Einzel- und Korporationsmitgliedern zu arbeiten. Die Ortsgruppe wird am Sonnabend, dem 2. März, einen großen russischen Filmabend im „Volkshaus" veranstalten und den Film „Palast und Festung" aufführen lassen. Ferner wird unverzüglich mit der Gründung einer Nähstube begonnen und ein Antrag auf Ueberlassung eines geeigneten Raumes dem Magistrat übermittelt. Die große Hilfe, die die IAH. auch im vergangenen Jahre den Familien streikender Arbeiter gebracht hat, muß die Bitterfelder Arbeiterschaft veranlassen, die IAH. zu stärken.

Bitterfelder Werktätige
besucht heute abend
nur die LLL.-Feier

Sandersdorf. Heraus zur Versammlung. Am Sonnabend, dem 26. Januar, abends 8 Uhr, veranstaltet die KPD. im Lokal Funke eine Mitgliederversammlung, wozu alle Sympathisierenden unserer Partei eingeladen sind. Ein Lichtbildervortrag: „Elf Jahre Sowjetunion" wird gegeben. Als Referent erscheint Genosse Kunz, Halle. Alle Werktätigen müssen den Vortragsabend besuchen. Sorgt für einen zahlreichen Besuch.

Wittenberg. Heraus zur LLL.-Feier. Die KP.-Ortsgruppe Wittenberg veranstaltet am Sonnatg, dem 27. Januar, um 20 Uhr im „Gewerkschaftshaus" Wittenberg eine LLL.-Feier. Alle werktätigen Männer und Frauen besuchen diese Veranstaltung, um damit zu dokumentieren, daß sie nach wie vor zu den Führern der proletarischen Revolution stehen.

Piesteritz-Kleinwittenberg. Sie berichtigen. Ein Mitglied der hiesigen SPD. teilt uns mit, daß der letztens in unserem Artikel genannte Gewerbeschullehrer Blum nicht mehr der SPD. angehört. Das heißt, angehört hat er dieser Partei. — Nächstens mehr über den Geist an unseren Fortbildungsschulen.

Delitzsch-Torgau

Vom Elsterwerdaer Amtsgericht

Ein geschäftstüchtiger Unternehmer

Der frühere Sand- und Kieswerksbesitzer Max Utisch war als Arbeitgeber ein schlechter Lohnzahler. Die Tariflöhne zahlte er nie. Diese mußten erst durch Klage beim Amtsgericht Elsterwerda eingezogen werden.

Utisch stand wieder vor dem Gericht und hatte sich betr. des § 137 zu verantworten. Seinen Lastkraftwagen hatte man gepfändet und demnach mit dem Kuckuck versehen. Utisch veräußerte den Lastkraftwagen. Dafür erhielt er einen Monat Gefängnis.

Die Arbeitskollegen bestohlen

Aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde der Sticker Paul Huster aus Mückenberg. Er hatte drei Arbeitskollegen bestohlen. Der Amtsgerichtsrat Thomas brachte zum Ausdruck, daß es eine Unverschämtheit ist, seine Arbeitsbrüder, die das Geld auch schwer verdienen müssen, zu bestehlen. Für diese Tat erhielt H. ein Jahr und acht Monate Zuchthaus, außerdem noch drei Jahre Ehrverlust und 150 Mark Geldstrafe. Gestohlen hatte er zwei Fahrräder und ein Paar Gamaschen. Diese Strafe wurde deshalb so hoch, weil er 16mal im Laufe von acht Jahren vorbestraft ist.

Will man den Bauer schonen?

Zwangsweise Vorführung mußte sich der Landwirt Wilhelm Körner aus Großthiemig gefallen lassen. Dieser hatte sich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Beleidigung zu verantworten. Körner war mit dem zuständigen Oberlandjäger für Großthiemig im Handgemenge geraten. Der Staatsanwalt Bauer aus Torgau beantragte sechs Monate und eine Woche Gefängnis. Das Gericht aber vertagte den Prozeß wegen angeblicher Unzurechnungsfähigkeit. Körner soll durch den Medizinalrat Dr. Dietrich auf Grund des § 51 untersucht werden.

Glimpflich abgelaufen

Ferner hatte sich der Schleifer Karl Hoffmann aus Prößen wegen eines kleinen Vergehens zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte aber keine Notlage an und setzte die Strafe auf vier Monate fest. Diese wurde ausgesetzt mit der Bedingung, daß er sich drei Jahre „gut" führt und bis 1930 eine Geldbuße von 100 Mark zahlt.

Delitzsch. Die Grippe in Delitzsch. Die Grippe ist nun hier stark verbreitet, bei der Ortskrankenkasse sind 300, bei der Landkrankenkasse 250 Mitglieder als grippekrank gemeldet. Es vielfach auch Angehörige der Mitglieder und andere nicht versicherte Personen krank darniederliegen, ist die Gesamtzahl der von der Epidemie Befallenen mit 1000 nicht zu hoch geschätzt. Erfreulicherweise verlaufen die Fälle fast durchweg leicht.

Arbeiter-Sport

Die Spiele der Ausgeschlossenen

35 1/2 15 Uhr Teutonia 1. — Cröllwitz 1. Sportplatz Interessengemeinschaft. J. A.: Hübner

Fußball

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk

Zum 27. Januar sind noch folgende Spiele nachzutragen:

50 11 Uhr Ammendorf Jgd — Teicha Jgd. Bruckner
51 14 Uhr Zörbig 1. — Dessau 1. Richter, Fernau

Spiele Nr. 38 und 39 finden nicht statt, da von Merseburg abgesagt. Nr. 40 leitet Pfeiffer, Wittenberg, nicht Ammendorf. Spiele Nr. 40 und 41 fallen aus. Sämtliche Jugendspiele von Merseburg Jgd fallen aus, da Merseburg Jgd zurückgezogen ist. VfB. Leitzkau spielt mit 2. Mannschaft und Jugend in Bitterfeld. Ermahne nochmals die Vereine, umgehend ihre Schiedsrichter an meine Adresse zu melden.

7. Bezirk. Am Sonntag, dem 27. Januar, Sportvereinigung „Ludwig Jahn" gegen Leben 1. — Burgörner-Alldorf 1. (Bezirksmeister) 1/4 Uhr auf der Wiese. Burgörner-Allmut 2. um 1/2 Uhr auf der Wiese. Da hiesiger Verein nicht in der Lage zu nehmen ist, wird es dem Bezirksmeister schwer fallen, den Sieg davonzutragen.

Fortuna Greppin weilte am 20. Januar in Calbe mit der 1. und 1. Jugend zum Rückspiel. Durch Krankheitsfälle mehrerer Spieler mußte Fortuna die Reise ohne Sammgmannen antreten. Um 12 Uhr betraten beiden Jugendmannschaften den Platz welcher mit einer Eisdahn verglichen werden konnte. Trotzdem es Fortuna Jugend, mit 6:2 als Sieger hervorzugehen. Als die 1. Mannschaft den Platz betraten stand dieser vollständig unter Wasser. Greppin konnte mit 5:0 den Sieg davontragen. Dies ist wieder ein Zeichen, daß sich Fortuna auch ihren jugendlichen Spielern sehen lassen kann. Hoffen wir, daß Fortuna den Siegeszug in diesen Jahre weiter fortsetzen möge. — **Vorsicht für Sonntag, den 27. Januar:** Greppin 1., 2. und Jugend hat den Sportverein Sandersdorf als Gast. Sollte der Boden gut beschaffen sein, so bekommt man anständige Spiele zu sehen. Die Jugend spielt 10 Uhr vormittags, 2. Elf 12.30 Uhr und die beiden 1. Mannschaften um 14 Uhr.

Turner

6. Bezirk. Spielleute. Sonntag, den 27. Januar, vormittags 9 Uhr, findet im Restaurant Hübner, Kurze Gasse unsere nächste Bezirks-Konzert-Lehrstunde statt. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig. J. A.: P. Henniges

Arbeiter-Fotografen Deutschlands, Ortsgruppe Halle.

Sonntag vormittag 10 Uhr Treffen an der Peißnitzbrücke zum **Uebungsausflug.** Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Vereinsmitteilungen

Fichte Halle, e. V. (Kinderausschuß). Sonntag, den 27. Januar, vormittags 9½ Uhr, Sitzung beim Spartgenossen K. Schuchbert, Artillerielstraße 82.

Fichte Halle (Handball). Die 2. Mannschaft trifft sich am Sonntag, 27. Januar, um 14 Uhr zum Spiel gegen Merseburg 1. im „Mansfelder Hof", anschließend Aufbau. Gleichzeitig müssen sämtliche Spieler ihre Paße und die nach Sollstreet abgeben.

FSV. Minerva 09. Wir weisen unsere Mitglieder, Freunde und Gönner unseres Vereins nochmals auf die am kommenden Sonnabend, 26. Januar, stattfindende Veranstaltung im „Gesellschaftshaus" Diemitz hin. Die für diesen Tag fällige Ehrung sammlung wird auf Sonnabend, den 2. Februar, verlegt.

Sportklub Adler 1895. Sonnabend, 26. Januar, fällt die Uebungsstunde aus. Dafür treffen sich sämtliche Adler-Leute im „Joe" zum Maskenball.

Germania-Fessenfeld. Unser Maskenball mit Preisverteilung findet am 26. Januar im „Deutschen Gesellschaftshaus" statt. Beginn 7.30 Uhr. Dies allen Mitgliedern zur Kenntnis.

Wie wird das Wetter?

Sonnabend: Meist trübes Wetter. Nach einzelnen Schneefällen Temperatur sinkend.

Sonntag: Wetterlage sehr unsicher. Einzelnen anhaltender Schneefälle nicht unwahrscheinlich.

Aus dem Geschäftsverkehr

Der heutigen Teilauflage für Bitterfeld liegt ein Prospekt der Firma Poschen & Co., Bitterfeld, bei.

Was ist Togal?

Togal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei **Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!**

Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel. „Laut notarieller Bestätigung anerkennen über 5000 Ärzte, darunter viele bedeutende Professoren, die gute Wirkung des Togal. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis Mk. 1.40

0.46 Chin. 12.6 Lith 74.3 Acid. acet. sal ad 100 Any.

Versammlungen der KPD.

Stadtorganisation Halle

Halle. Kommunalkonferenz. Sonntag, den 27. Januar, vormittags 10 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft. Alle Kommunalfunktionäre müssen pünktlich erscheinen.

Flugplatz-Zelle. Sonnabend 26. Januar, 20 Uhr, im Flugplatz-Kasino Mitgliederversammlung. Referent: Gen. W. Otto.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Könnern. Sonnabend, 26. Januar, 20 Uhr, im „Bürgergarten" LLL.-Feier mit Lichtbildern. Referent: Gen. Wittmer.

Beiersdaubsingen. Sonnabend, 26. Januar, 20 Uhr, bei Zach, Beseloan, Fortsetzung des Kursus. Referent: Gen. Benling.

Osmünde. Sonnabend 26. Januar, 20 Uhr, bei Möslein Mitgliederversammlung. Referent: Gen. Wollmann

Petersberg. Sonnabend, den 26. Januar, 13 Uhr, im „roten Haus" Erwerbslosenversammlung. Referent: Gen. Gutjahr.

Könnern. Sonntag, den 27. Januar, 15 Uhr, im „Bürgergarten" Kursus. Referent: Genosse Gutjahr.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Lützen. Sonnabend, 26. Januar, 20 Uhr, im „Bürgergarten" Generalversammlung. Referent: Gen. Drogalla.

Schkeuditz. Sonntag, den 27. Januar, 20 Uhr, im Lokal „Bahnhof" LLL.-Feier. Referent: Genosse Höcker.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Naebera. Sonnabend, 26. Januar, 20 Uhr, im „Adler" öffentliche Einwohnerversammlung. Referent der RGE.

Hohenmölsen. Sonntag, den 27. Januar, 20 Uhr, im „Preußischen Hof" LLL.-Feier. Referent: Genosse Karl Schulz, M. d. L., Berlin.

Leißling. Sonntag, den 27. Januar, 16 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Schippa.

Hannsburg. Sonntag, den 27. Januar, 14 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Schippa.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Holzweißig. Sonnabend, 26. Januar, 20 Uhr, bei Hesse LLL.-Feier. Referent: Gen. Baumgärtel.

Sandersdorf. Sonnabend, 26. Januar, 20 Uhr, bei Funke Mitgliederversammlung mit Lichtbildern. Referent: Gen. Kunz

Greppin. Die für Sonnabend, den 26. Januar, veröffentlichte LLL.-Feier findet erst am Sonnabend, dem 2. Februar, statt.

Unterbezirk Mansfeld

Unterzöblingen. Sonntag, den 27. Januar, norm. 10 Uhr, im Lokal Henze Kursus über „Grundmissen des Komm." Referent: Bruno Lieske.

Zappendorf. Sonntag den 27. Januar, 15 Uhr, bei Raabe Generalversammlung. Referent: Genosse K. Wagner.

Gerbstedt. Sonntag, den 27. Januar, 20 Uhr, bei Hesse Mitgliederversammlung. Referent der RGE.

Schraplau. Sonntag, den 27. Januar, 20 Uhr, im „Bürgergarten" Mitgliederversammlung. Referent der RGE.

Unterbezirk Sangerhausen-Nordhausen

Sangerhausen. Sonnabend, den 26. Januar, 20 Uhr, im „Herrenkrug" LLL.-Feier. Referent: Gen. Lessig.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Mühlsichen 5. Belgern. Sonnabend, 26. Januar, 19 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent: Gen. König.

Grünewalde. Sonntag, den 27. Januar, 19.30 Uhr, LLL.-Feier (für das Bockwitzer Arbeitsgebiet). Referent: Genosse Otto Härtel.

Dommitzsch. Sonntag den 27. Januar, öffentliche Einwohnerversammlung. Abends Mitgliederversammlung. Referent: Genosse O. König.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse: Max Bentwin Halle a. d. S., Mühlenröhde 2. Hof 2 Treppen. Telephonnummer 299 95. Postscheckkonto: Max Bentwin, Leipzig Nr. 291 97.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Sonntag, den 27. Januar, vormittags 10 Uhr, im großen Saal des „Wolfspark" Generalversammlung der gesamten Ortsgruppe. Die Ortsgruppe steht geschlossen 9 Uhr auf dem Paradeplatz.

Halle. Abt. 1 (Osten). Montag, den 28. Januar, 20 Uhr, bei Löw, Freiimfelderstraße, Kameradschaftsversammlung, Neuwahlen, Gruppenführer haben einzuladen.

Halle. Abt. 3 (Westen). Sonntag, den 27. Januar, 1/2 9 Uhr, Antreten auf dem Weingärtenplatz zur Generalversammlung. Alle Kameraden haben zu erscheinen.

Teicha. Sonnabend, 26. Januar, 20 Uhr, bei Sielzer Generalversammlung.

Unterbezirk Merseburg

Neumark. Sonntag, den 27. Januar, 15 Uhr, Abteilungsversammlung bei Schumann in Neumark. Daran nehmen teil die Ortsgruppen Mücheln, Neumark, Braunsdorf und Groß-Kayna. Eine halbe Stunde vorher Abteilungsleiterstützung.

Mücheln. Sonntag, den 27. Januar, 13 Uhr, sammeln sich alle Kameraden des RFB., der RSD. und der Freiheitler im Gewerkschaftshaus Gebäude, um an der Beerdigung des Kameraden Bäuerle teilzunehmen. Neumark, Braunsdorf, Frankleben, Kayna und Eichfeld müssen sich daran beteiligen.

Untergau Weißenfels

Hohenmölsen. Sonntag, den 27. Januar, tritt die gesamte Ortsgruppe am 1/4 18 Uhr in Bundeskleidung und mit Spielmannszug bei Rupsch zum Abholen des Bakalaitaa-Orchesters an. Erscheinen aller ist Pflicht.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Eisleben. Sonntag, 27. Januar, 14 Uhr, in der „Ludwig-Jahn"-Turnhalle Notenkursus. Es ist Pflicht, daß jeder Spieler erscheint. Notenschule u. Instrumente mitbringen.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Die angesetzte Untergaukonferenz fällt aus.

Ermsleben. Sonntag 27 Januar, vormittags 11 Uhr. Mitgliederversammlung beim Kam. Hermann Wirth. Jeder Kamerad hat unbedingt und pünktlich zu erscheinen.

Untergau Nordhausen

Nordhausen. Sonnabend, 26. Januar, öffentl. Mitgliederversammlung bei Hermann Mieth, Frauenbergerstraße. Mitgliedsbücher mitbringen. Bundeskleidung anziehen.

Untergau Zeitz

Zeitz. Sonnabend, 26. Januar, 20 Uhr, „Händlerbörse", Kameradschaftsversamml.

Zeitz. Sonntag, den 27. Januar, vormittags 10 Uhr, in der „Händlerbörse" erweiterte Leitungssitzung. Alle Ortsgr. sowie Jugd. Leit. m. Gruppf. anw. sein.

Untergau Wittenberg

Annaburg. Sonntag, den 27. Januar, 14 Uhr, Mitgliederpflichtversammlung.

Untergau Zitterfeld

Zitterfeld. Sonntag, den 27. Januar, Zusammenkunft aller Spielleute sowie Schalmeienkäpler im Untergauamtsstube im „Volkshaus" zu Zitterfeld vormittags 1/10 Uhr. Gruppenleiter ist anwesend.

Untergau Delitzsch

Zschortau. Sonnabend 20 Uhr Mitgliederversammlung im Sonntagschen Gasthof zu Zschortau bei Delitzsch.

Rote Jungfront Halle-Merseburg

An alle Abteilungen der Untergaue Halle-Saalkreis, Zeitz, Delitzsch und Merseburg!

Am 26. und 27. Januar findet im „Wolfspark" die Wochenendschule statt. Die Teilnehmer erscheinen pünktlich um 19.30 Uhr im „Wolfspark". Meldet die Teilnehmerzahl.

Halle. Alle Funktionäre des Roten Jungfront beteiligen sich an der Führertagung des RFB. am Freitag, dem 25. Januar, im „Wolfspark". Tagesordnung: Marxaufgabe der RJ.

Untergaue Mansfelder See- und Gebirgskreis, Sangerhausen, Nordhausen Sonnabend und Sonntag, den 26. und 27. Januar, in Eisleben im Jugendheim, Petersstraße, Wochenendschule. Beginn Sonnabend, 26. Januar, pünktlich 20 Uhr.

Halle. Alle Jungfrontkameraden marschieren zur Generalversammlung am Sonntag, dem 27. Januar, um 10 Uhr im „Wolfspark". Antrittsgetreue Liebe RFB.-Kalender.

Halle. Montag, den 28. Januar, 19.30 Uhr Sitzung der Gauführung und der halischen Abteilungsführer (auch die Reservisten) im Gaubureau.

Wittenberg. Mittwoch, den 29. Januar, Abteilungs-Pflichtversammlung im Gewerkschaftshaus. Anfang 20 Uhr.

Wittenberg. Heute 19 Uhr Funktionärsitzung im Gewerkschaftshaus.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Die Werbebezirke Osten und Westen müssen sofort die Abrechnung bei der Genossin Bormann vornehmen.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg

Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Fernsprech-Nummer 21473

Saalkreis. Der für Sonnabend und Sonntag angesetzte Kursus muß ausfallen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Süden Sonntag 1/10 Uhr Treffen im „Thüringer Schlößchen".
Norden Sonntag 9 Uhr alles in der „Goldenen Kette". Aller Mitgliedsbücher mitbringen.
Ost Sonntag 9 Uhr alles in der „Goldenen Kette". Aller Mitgliedsbücher mitbringen.

Halle. Sonntag Halbtagesausflug. Treffen 14 Uhr am Hallmarkt.

Halle. Sonntag 20 Uhr Produktiv-Genossenschaft Volksliederabend.

Halle. Montag Treffen alle Genossen, die erst weniger als ein Vierteljahr im KJV. sind, ins Gesellenheim zum Kursus.

Zwintschöna. Sonntag 15 Uhr treffen sich alle Genossen im Restaurant Harz. Alle Genossen aus Bruchdorf, Kleinkugel und Dieskau nehmen daran teil. Bringt Eure Freunde und Bekannten mit.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Sonnabend Agitprop-Truppe. Alles zur Stelle.

Merseburg. Sonntag, 27. Januar, Zeitungsverteilung. Alle Genossen treffen sich 1/2 9 Uhr an der Linde.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Sonntag, 27. Januar, 20 Uhr, Unterhaltungsabend im Jugendheim.

Jung-Spartakus-Bund

Leitrichtung: Halle-Merseburg
Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14

Halle. Sonnabend 18 Uhr Leiterbesprechung

Halle. Sonnabend holen alle Kassierer zwischen 19 und 20 Uhr im JSB-Büro Material ab.

Halle. Montag 14 Uhr Treffen Hallmarkt.

Halle. Montag 18 Uhr Norden im „Wolfspark".

Halle. Montag 18 Uhr alle Mandolinenspieler in der Produktiv.

Weißenfels. Sonnabend, 26. Januar 14 Uhr, Instruktionsstunde im bekannten Lokal.

Weißenfels. Sonntag, 27. Jan., Trommelspielstation. Näheres in der Jungspartakus-Zeitung.

Bund der Freunde der JAH

Landesverband Halle-Merseburg

Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 Telephon 291 30

Postscheckkonto Leipzig 16379, Joh Päcker

Das Bureau ist geöffnet vormittags 11 bis 12 Uhr und nachmittags 2½ bis 6½ Uhr

Achtung, Unterbezirkskassierer-Konferenzen am 27. Januar

Die für Sonntag, den 27. Januar, angesetzten JAH.-Kassierer-Konferenzen für den UB. Weißenfels, Merseburg und Halle-Saalkreis müssen aus technischen Gründen auf Sonntag, 10. Februar, verlegt werden. Die Lokale und die Zeit bleiben bestehen.

Unterbezirkskonferenz und Unterbezirkskassierer-Konferenz für Halle-Merseburg Sonntag, den 27. Januar, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kurfürstenstraße. Daran nehmen teil die Ortsgruppen: Wittenberg, Gräfenhainichen, Zahna, Pleßa und Annaburg.

Halle. Alle Unterkassierer haben sofort bei ihrem Stadtteilkassierer für den Monat Januar abzurechnen. Obelsen müssen dann umgehend ihre Abrechnung mit dem Hauptkassierer vornehmen.

Schraplau. Sonnabend, 26. Januar, 20 Uhr, im „Bürgergarten" (Gastwirt Wilhelm Filmaufführung: „Zehn Tage, die die Welt erschütterten."

Theißen. Sonntag, 27. Januar, 20 Uhr, im Lokal „Zum blauen Stern" Filmaufführung: „Dirnentragödie."

Zörbig. Sonntag, 26. Januar, 20 Uhr, Generalversammlung.

Bannsburg. Montag, 28. Januar, 20 Uhr, im Gasthof Reichert Filmaufführung „Dirnentragödie."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290125-14/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 13 Pf. für den mm Höhe u. Spalte; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle (Red.) 21045 (Verl.) 21047, (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle; Friedmann & Co., Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Frin Krod. Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, 25. Januar 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 21

Notschrei der Erwerbslosen im Reichstag

„Wir wollen Arbeit und Brot!" — „Nieder mit den sozialdemokratischen Verrätern!"

Die Erwerbslosen als Schacherobjekt

für die Bildung der Großen Koalition

(Eig. Meldg.) **Berlin**, 24. Januar.

Nach einer Pause von über vier Wochen gaben sich heute die Volksvertreter" ihr erstes Stelldichein im neuen Jahre. Die Frage der Regierungserweiterung ist im Moment die einzige Frage, die die Gemüter, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, ein wenig anregt. Loebe hat schon dafür gesorgt, daß keine Gebiete berührt werden, die einer Regierungserweiterung hinderlich sein könnten. Was kümmert auch die bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten die Not der Erwerbslosen, welches Interesse hätten sie wohl an der Behandlung der Groener-schen Geheimschrift zum Panzerkreuzer? Solche Fragen gehören jetzt nicht ins Parlament.

Um 3 Uhr begann die Sitzung. Sogleich erfolgte der Vorstoß der kommunistischen Fraktion durch Genossen Stoecker. Mit scharfen Worten verlangte er unbedingt die Behandlung der kommunistischen Interpellation, die bereits im November vergangenen Jahres eingebracht wurde, verlangte ferner die Beratung der Erwerbslosenanträge und forderte die Erklärung der Regierung zu Groeners Kriegsdenkschrift. Doch da erhob sich der Zentrumsprälat Leicht aus den Reihen der Bayrischen Volkspartei und protestierte, und schon war

die Beratung der kommunistischen Anträge abgewürgt.

Es folgt nun als einziger Tagesordnungspunkt die Beratung eines Gesetzes über die Wartegeldempfänger. Zuerst sprach Hilferding, an dem die neue Lautsprecheranlage erprobt wurde. Genosse Torgler sprach für die kommunistische Fraktion über die Bestimmenfeindlichkeit des neuen Gesetzes.

Als nach anderthalbstündiger Beratung Präsident Loebe die Sitzung schließen wollte, sprang Genosse Torgler noch rasch zur Rednertribüne und verlangte, daß wenigstens auf die Tagesordnung der morgigen Reichstagssitzung die kommunistischen Anträge für die Erwerbslosen wie die Groener-Interpellation gestellt würden. Aber

sowohl gegen die Behandlung der Erwerbslosenanträge wie auch der Groener-Interpellation stimmten in geschlossener Einheitsfront Sozialdemokraten und Deutschnationale.

In diesem Moment erhoben sich plötzlich auf allen Zuhörertribünen die Massen erschienene Erwerbslose und riefen wuchtig in den Saal: **„Wir wollen Arbeit und Brot!"**

Präsident Loebe schloß schnell die Sitzung, ohne jedoch den weiteren Verlauf der Erwerbslosenkundgebung auf den Tribünen dadurch unterbrechen zu können.

Ein großes Transparent mit den Forderungen der Erwerbslosen flatterte in den Sitzungssaal.

Die Abgeordneten strömten zusammen. Händeklatschen auf den Bänken der Kommunisten. Verwirrt laufen die Sozialdemokraten umher, denn weitere Zurufe folgen: „Hier sieht man die Verräter!" „Wo bleiben denn die Gewerkschaftsführer?" Fäuste erheben sich und wütende Reden werden von den Tribünen zu den Reihen der bürgerlichen Abgeordneten gehalten. Diese versuchen zu erwidern, doch geschlossen der neue Ruf: „Wir wollen Arbeit und Brot!" Noch zehn Minuten nach Schluß der Sitzung waren die Tribünen überfüllt. Keiner wollte weichen. Eine wuchtige Demonstration. Ein

Alarmruf an alle Erwerbslosen im Reich, an die gesamte Arbeiterklasse!

Wie immer: die Staatsgewalt erschien darauf in Gestalt der Schupo des Herrn Jörgiebel. Ein Ueberfallkommando war zur Stelle. Man wollte Verhaftungen vornehmen, die jedoch durch das Eingreifen der kommunistischen Abgeordneten verhindert wurden.

Die sozialdemokratische Presse wird wieder einmal von kommunistischem „Theater" schreiben. Das wird nichts nützen. Die Erwerbslosen auf den Tribünen des Reichstages konnten mit eigenen Augen sehen und mit eigenen Ohren hören, welch Schindluder Regierung und Regierungsparteien, einschließlich der Deutschnationalen, mit ihnen treiben. Sie konnten sehen, daß

Sozialdemokraten und reformistische Gewerkschaftsführer Arm in Arm mit den brutalsten Scharfmachern

gegen die Behandlung der Erwerbslosenfragen stimmten.

Bald wird Reichskanzler Müller die Regierung der Großen Koalition vorstellen, geschaffen auf dem Hunger der Erwerbslosen und dem wachsenden Massenelend.

Doch der Ruf der Erwerbslosen von den Tribünen des Reichstags muß gehört werden von allen Erwerbslosen draußen im Lande, von allen, die noch im Betriebe stehen.

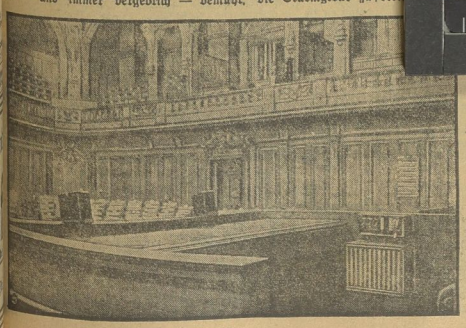
Nieder mit der Regierung!" Wir wollen Arbeit und Brot!"
„Jagt die Verräter zum Teufel!"

Schart Euch um die Kommunistische Partei zum Kampf um die Diktatur des Proletariats!

Die Erwerbslosen auf de

übertönten mit ihren Stimmen d

Mit der Klingel kann es Loebe im Reichstag nicht mehr schaffen. Dieser sozialdemokratische Ordnungshüter hat sich oft — und immer vergeblich — bemüht, die Sturmglocke zu



oder Liebeserklärungen sozialdemokratischer Abgeordneter für die Bourgeoisie verstärken. Zwischenrufe kann Herr Loebe durch die laute Stimme des Redners übertönen lassen. Er selbst kann Ordnungsrufe nun mit seiner Donnerstimme erteilen.

Unser Bild zeigt den Präsidentenplatz mit den aufgebauten Apparaten, deren Hebel von ihm je nach Gebrauch betätigt werden können. Er ist jetzt also Präsident und Radiobastler zugleich. Die Lautsprecher sind in ganz unauffälliger Form über die Wände des Reichstags verteilt.

Unser Bild zeigt auch die Tribünen, von denen gestern die Erwerbslosen ihre Forderungen verkündeten. Diesen Zwischenrufern war allerdings Loebe nicht einmal mit seinen Lautsprechern gewachsen. Der sozialdemokratische Präsident holte sich Polizei heran, um die Erwerbslosen mit dem Gummiknüppel vertreiben zu lassen. So betätigen **sich die Sozialdemokraten für die Erwerbslosen . . .**

Bürgerblocketat der Koalitionsregierung

(Eig. Meld.) **Berlin**, 24. Januar.

Das „Berliner Tageblatt" veröffentlicht Einzelheiten aus dem Reichsetat. Die Ausgaben für die Wehrmacht sind gegenüber dem Etat 1928 um 450 Millionen Mark erhöht worden. Die Ausgaben für die Reichswehr sind um 60 Millionen Mark erhöht worden. Die Ausgaben für die Marine sind um 9 Millionen Mark erhöht worden. Die Ausgaben für die Reichsbahn sind um 50 Millionen Mark erhöht worden. Die Ausgaben für die Reichspost sind um 50